

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 11. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Steuer-Raubzug ist vollbracht!

Auch der letzte Rest der volksbelastenden Steuern, die von der konservativ-kerikalischen Mehrheit ausgeklügelt waren, wurden heute in die Scheuern gebracht. Natürlich mit der überfastesten Geschwindigkeit, die auf eine ernstliche Begründung vollständig verzichtet. Aber ehe es an die eigentliche Erntearbeit ging, kam es noch zu einer Generaldebatte über die Steuerpuscherei an sich sowohl wie über die politische Lage überhaupt. Daß diese Generaldebatte nicht bei Beginn der dritten Lesung vorgenommen sondern da mitten hinein nach definitiver Bewilligung von drei wichtigen Steuern, eingeschaltet wurde, ist auch eine der Reichswidrigkeiten, durch welche diese verworrene Gesetzesmacherei sich auszeichnet. Doch das ist immerhin eine Nebensächlichlichkeit. Bezeichnend für den Zustand, in welchen die maßgebenden Politiker die Reichspolitik versteht haben, war es, daß bei dieser wichtigen Aktion ein verantwortlicher Reichskanzler nicht zur Stelle war. Tatsächlich wird das Deutsche Reich augenblicklich völlig verantwortungslos regiert. Dem daß Wilow sich hat bereitfinden lassen, die formelle Verantwortung für einen Akt der Gesetzgebung zu übernehmen, den er an sich durchaus mißbilligt, ist nur eine Maske für die Tatsache, daß ein leitender Staatsmann nicht vorhanden ist, der wirklich, nicht nur dem Namen nach, die volle Verantwortung für diese Steuerpuscherei trägt.

In Vertretung des bereits völlig außer Kurs gefetzten Wilow war der übliche Stellvertreter Herr v. Bethmann-Hollweg auch diesmal erschienen. Seine kläglichen Beschönigungsversuche dafür, daß nicht nur Wilow, sondern auch seine Ministerkollegen ihrer Ueberzeugung entgegen eine Politik durchführten, die sie anfangs für durchaus unannehmbar erklärt haben, sind ja für den Gang der Politik völlig belanglos. Es wäre unnütz, ein Wort der Kritik daran zu verschwenden. Sollte es wirklich wahr sein, daß dieser durch seine Mißschuld an der Wilowiterei völlig diskreditierte Herr von Bethmann-Hollweg auf den Reichskanzlerposten befördert würde, so würde das nur der Tatsache Ausdruck geben, daß diese Regierungsbureaukraten nunmehr völlig darauf verzichteten, den Schein aufrecht zu erhalten, als ob sie noch irgend welche Ueberzeugung vertreten.

Entscheidend für die Richtung des Regierungskurses, der künftig in Deutschland gesteuert werden soll, ist ja die Politik, für welche die kerikal-konservative Koalition sich entscheidet. Und deshalb sind die Ausführungen der Führer des schwarz-blauen Blocks wichtiger als verlegene Ministerreden. Angesichts der Tatsache, daß die Kerikalen in konstitutionelle Bahnen sogar mit Genugtuung begrüßt werden können, daß die Anschauungen einer Reichstagsmehrheit maßgebend sind für die Reichspolitik. Das Bizarre an dem gegenwärtigen Zustand ist aber, daß die gegenwärtige Mehrheit keineswegs das Recht hat, sich als Vertreterin der Volksmehrheit auszugeben oder auch nur einer Mehrheit entspricht, die nach dem gegenwärtigen Wahlsystem von dem Volke in den Reichstag hineingeschickt werden würde, wenn es sein Urteil über die sogenannte Finanzreform bei allgemeinen Neuwahlen ausdrücken könnte. Weil die Regierung und die nunmehr herrschenden Parteien eine solche Mehrheit fürchten, wurde ja gerade der Reichstag nicht aufgelöst. Darin liegt aber das offene Eingeständnis, daß die Regierung gegen den Willen des Volkes weiter wursteln will. Aber auch das ist unvereinbar mit dem Geiste parlamentarischer Einrichtungen, daß die herrschende Parteikonstellation zwar maßgebend ist für die Regierungspolitik, daß aber ihre verantwortlichen Führer nicht berufen werden, die Regierung selber zu übernehmen, um die volle Verantwortung für die Politik zu tragen, sondern daß irgend welche farblose, mit Ueberzeugungen nicht behaftete Bureaukraten diese Politik machen sollen.

Was sagten nun die verantwortungslosen Führer der regierenden Parteien?

Für die Konservativen sprach Herr v. Seydebrand und der Vize, der sonst nur im preussischen Abgeordnetenhaus als Führer der Konservativen das Wort zu nehmen pflegt, während er im Reichstag gemeinlich die konservative Vertretung anderen Vorkämpfern des Junkertums und der Agrarier überläßt. Darin prägt sich die Tatsache aus, daß den Konservativen das preussische Abgeordnetenhaus als Hochburg gilt und nur nebenbei das Reich von ihnen mitregiert wird. Von seinem Standpunkt aus sprach Herr v. Seydebrand zweifellos geschickt und wirkungsvoll. Er suchte die Fiktion aufrecht zu erhalten, daß man in Deutschland wie in Preußen eine über den Parteien stehende Regierung habe, die aus innerer Erleuchtung dem Volkswohl diene, und daß der Monarch die Zentralfonnte dieses unübertrefflichen Regierungssystems sei. Er nahm auch jetzt noch für den Kaiser das Recht in Anspruch, sich den Reichskanzler ganz unbeeinträchtigt nach eigenem Gutdünken zu wählen. Die Verschleierung der Tatsache dafür, daß in Preußen und Deutschland nach konservativen Grundsätzen regiert wird und daß die Konservativen sich auch durch den Kaiser und König von diesem Recht nichts abwaschen lassen, mußte allerdings vollkommen mißlingen. Die letzten Ereignisse haben es doch hin-

reichend erwiesen, daß für Junker und Junkerengenossen unüberbrücklich der Grundsatz gilt: „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut“.

Geradezu rührend hörte es sich an, als der Vorkämpfer der agrarischen Junker, die stets rücksichtslos ihre Klassenprivilegien verfolgen, darzulegen versuchte, welche Opfer die Agrarier bei dieser sogenannten Steuerreform gebracht hätten. Aus Patriotismus hätten sie auf die Herabsetzung der Zuckerversteuerung verzichtet, aus Patriotismus sogar der Brauntweinsteuerverhöhung zugestimmt, die ihnen bekanntlich 40 bis 50 Millionen Mark Liebesgaben jährlich dauernd verbürgt. Mit diesen Ausführungen erweckte er im Hause denn auch nur auf der Rechten verständnisvolle Seltsamkeit, auf der Linken offenes Hohnlachen.

Eine bittere Pille für die Liberalen war es aber, als ihr ehemaliger Vorkämpfer, der sie so unfaust aus dem Regierungsblock hinausbefördert hatte, ihnen rundweg erklärte, daß eine dauernde Gemeinschaft zwischen Konservativen und Liberalen doch unmöglich sei, und daß die Liberalen nur so lange einer solchen Gemeinschaft gewürdigt wurden, als sie sich dazu bereit fanden, konservative Politik zu machen. Es ist eben das trübe Schicksal des Liberalismus, daß die Liberalen das nicht selbst erkannt haben. Die Kernfrage der kommenden Kämpfe berührte Herr von Seydebrand jedoch, als er darauf zu sprechen kam, daß die Erbschaftsteuer, abgesehen von sonstigen Bedenken, schon deshalb nicht die Zustimmung der Konservativen finden könne, da man einem Parlament des allgemeinen Wahlrechts eine so gefährliche Waffe nicht in die Hand geben dürfe. Die Feindschaft gegen das allgemeine Wahlrecht, von dessen Einführung in Preußen die Junker eine Erschütterung und schließlich den Sturz ihrer Herrschaft zu erwarten haben, ist schon gegenwärtig das Leitmotiv für die Politik der Konservativen und wird es mehr noch in der Zukunft sein.

Daß der Junkerführer seinem Abscheu vor der Sozialdemokratie Ausdruck gab, versteht sich an Mande. Er wählte dafür aber die eigentümliche Form, sein antisozialistisches Empfinden in eine Lobeserhebung für den gestürzten Wilow zu kleiden, indem er bewundernd versicherte, die schönen Reden dieses zitatentfrohen Diplomaten hätten den Reichswegen eigentlich der Sozialdemokratie völlig den Garaus machen müssen. Wenn Herr v. Seydebrand mit der Methode Wilowischer Sozialistenbekämpfung so sehr zufrieden ist, so beweist er in dieser Beziehung immerhin eine Bescheidenheit, die ihresgleichen sucht.

Die gebührende Antwort auf diese Darlegung der Junkerpolitik zu erteilen, war dem Genossen Singer vorbehalten. Denn der Freiherr v. Hertling, der als Vertreter der Zentrumsparlei nach dem parlamentarischen Brauch vorher zu Wort hätte kommen müssen, hatte sich als vorzüglicher Mann weiter zurückstellen lassen. Singer wies treffend darauf hin, daß die Liberalen durch ihre verblödete Wahlpolitik im Wilowblock die Konservativen selbst in die Position gebracht hätten, jetzt mit den Antisemitismen, Polen und Zentrumsleuten zusammen eine reaktionäre Wirtschaftspolitik zu treiben und die Liberalen an die Wand zu drücken. Die Regierung bestehe ja nur noch aus Marionetten des neuen schwarzblauen Blocks. Die Feindseligkeit, mit der Herr von Seydebrand das allgemeine Wahlrecht behandelt habe, liefere aufs neue den Beweis, wie notwendig ein Kampf auf Tod und Leben gegen die reaktionären Anschauungen sei, die wir da zu hören bekommen hätten. Singer wies dann an den bewilligten Steuern nach, in wie frevelhafter Weise die arbeitenden Massen des Volkes ausgeplündert würden. Den Liberalen könne der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie ebenso bereit gewesen seien, 400 Millionen indirekter Steuern zu bewilligen, wie ihre kerikal-konservativen Konkurrenten. Was aber der Schnapsblock geleistet habe, übertreffe doch alles, was man für möglich gehalten hätte. Inbes der Tag der Vergeltung werde kommen; das Volk werde es satt werden, sich zur Vorkostung der Kosten für das wahnsinnige Wettrennen noch weiter so in seinen unentbehrlichsten Lebensbedürfnissen besteuern zu lassen.

Der nationalliberale Dr. Hieber suchte sich in erster Reihe das Zentrum für seine Polemik aus. Konnte er doch aus früheren Zentrumschriften Stellen zitieren, die zeigten, wie völlig die Zentrumsparlei ihre Steuerpolitik geändert hat, nur um auf diese Weise wieder Einfluß auf die Regierung zu gewinnen. Aus seiner Rede leuchtete aber auch die Hoffnung hindurch, daß es den Nationalliberalen nochmals gelingen könne, in ein Bundesverhältnis zu den Konservativen zu kommen. Das eröffnet allerdings wenig Aussicht darauf, daß die Nationalliberalen zu einem ernstlichen Kampf gegen die Reaktion sich aufrufen können. Schärferer Töne schlug der Freisinnige Dr. Wiemer an, doch hielt auch er noch immer die Bildung des Wilowblocks für eine preisenswerte Tat. Selbst die brutale Abgabe des Herrn von Seydebrand hat die Liberalen also nicht völlig kuriert.

Der Vorsitzende der Zentrumsparlei, Freiherr v. Hertling, schwebte im Triumph der neugewonnenen Position. Er machte kein Hehl daraus, daß er und seine Freunde von Anfang an versucht hätten, die konservativen Freunde, mit denen gewisse Grundanschauungen sie gemeinsam verbänden, für die Wiederherstellung des alten kerikal-konservativen Bündnisses zurückzugewinnen. Um die Rechtfertigung der ungeheuerlichen Steuern mühte er sich nicht weiter ab. Doch konnte man aus seinen Ausführungen die Ueberzeugung schöpfen, daß das deutsche Volk eine Aera reaktionärer Wirtschaftspolitik über sich ergehen lassen muß, so lange das ungeschriebene Bündnis des Zentrums mit den Konservativen nicht bei allgemeinen Neuwahlen durch das Volk selbst zertrümmert wird. Der Pole v. Czarlinski begnügte sich mit der üblichen kurzen Erklärung, daß aus rein sachlichen Gründen seine Fraktion sich dem konservativ-kerikalischen Steuerblock angeschlossen habe. Er machte aber nicht den geringsten Versuch, es zu erklären, weshalb die Polen dieser Regierung, von der sie bis aufs Blut gepeinigt wurden, 500 Millionen neuer Steuern bewilligen, von denen in der Ueberzahl die polnischen Proletarier genau so schwer getroffen werden wie die deutschen. Schließlich verteilten noch einige freikonservative und antisemitische Redner das konservative Programm in etwas abgeschwächter Form.

Ohne noch einen zweiten sozialdemokratischen oder freisinnigen Redner zum Wort zu lassen, schloß nunmehr der Schnapsblock brutal die Generaldebatte. Dann wurden mit der gewohnten Hast und ohne Paß auch die übergebliebenen Steuererlasse, Kaffeezoll, Teezoll, Zündwarensteuer, Wechselstempel usw. in dritter Lesung angenommen. Die Mehrheit reagierte mit unartikulierten Lauten des Unwillens auf die Ankündigung, daß die Sozialdemokratie insgesamt sieben Anträge auf namentliche Abstimmung bei den Einzelsteuern gestellt hatte. Aber es blieb ihr nicht erspart, daß ein jeder Schnapsblockbruder sich zur Annahme dieser volks-schädlichen Steuern bekennen mußte.

Eine ernstliche Debatte gab es noch über einen Antrag des Grafen Westarp, der es fertig gebracht hatte, für die dritte Lesung des Stempelgesetzes noch einen Passus zu formulieren, der eine Wertzuwachssteuer spätestens zum 1. April 1912 verlangte. Dieser Antrag war wieder so unausgeführt und unklar, daß er berechtigten Spott und Hohn bei den Oppositionsparteien hervorrief. Für ihn sprach allein der Antragsteller Graf Westarp. Der freisinnige Abgeordnete Cuno wies nach, wie die Durchführung dieses Antrages den Gemeinden die größten Ungelegenheiten bereiten müßte. Genosse Südekum verlangte energisch, daß ein Vertreter der sogenannten Regierung erklären solle, welche Stellung sie dazu einnehme. Diese letzte Puscharbeit setze doch geradezu dem ganzen Steuerpuschwerk die Krone auf. Dieser kräftige Appell brachte denn endlich den Schatzsekretär Sydow auf die Beine. Er kam zögernd mit dem Eingeständnis heraus, daß er der eigentliche Vater des auf den Namen Westarp getauften steuerlichen Wechselbalges sei. Das Zentrum war vorsichtig genug, sich nicht durch kein Wort der Empfehlung dafür ins Zeug zu legen, genierte sich aber nicht, mißsam den übrigen Schnapsblockparteien dem Umding zur Annahme zu verhelfen.

So ist denn das Steuerbündel des Schnapsblocks mit dem Segen der Regierung in die Reichskasse eingebracht. Wie die einzelnen Steuern unklar in der Fassung, sind sie unberechenbar in ihren Folgen. Verhängnisvoll für das deutsche Volk wird diese Plünderung der Unbemittelten unter Schonung der Wohlhabenden aber jedenfalls wieder ausfallen. Nur ist zu hoffen, daß dadurch die Kräfte endlich zu einer Empörung aufgerrüttelt werden, die dem gesamten herrschenden Regierungssystem mit seinen agrarischen Ausbeutungsmethoden ein für allemal ein Ende macht.

Deutscher Jammer.

Der Raub der halben Milliarde, der heute gebotgen wurde, ist nicht nur ein Verbrechen an der Wohlfahrt des deutschen Volkes, ein Abbruch an der Lebenshaltung der arbeitenden Massen, ein Verhängnis für zehntausende Arbeiter, die die Beschlässe des Reichstags in das Elend der Arbeitslosigkeit stoßen. Außer dem sozialen Elend, das diese Finanzreform der Gewissenlosigkeit und Raffgier bedeutet, enthüllen die Verhandlungen dieser Tage auch das ganze unsagbare politische Elend des deutschen Volkes. Ein Volk, dessen Arbeiterklasse dem Proletariat der ganzen Welt zum Muster geworden ist durch die Hingebung an das große Ideal der sozialen Befreiung, durch die Klarheit seines politischen Willens, durch den Eifer in dem Ausbau seiner starken Organisationen, ist ausgeliefert der Herrschaft einer kleinen Klasse von Grundrentnern, die durch die ökonomische Entwicklung längst in den Hintergrund gedrängt, die politische Gewalt

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgeleitete Kolonne oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

nichtbrauchen, um eine Diktatur aufzurichten, die dem fortgeschrittensten und stets rascher fortschreitenden Industrielande des Kontinents immer unerträglich wird, die längst gestürzt zu Boden läge, wäre das Bürgertum aus Angst vor dem Proletariat nicht immer wieder in den Schutz dieser seiner Prätorianer geflüchtet.

Herr v. Heydebrand, der „heimliche König von Preußen“, der in Wirklichkeit erreicht hat, was Wilhelm II. wie Fürst Bismarck vergeblich erstrebt haben: zugleich Kaiser und Kanzler zu sein, Herr v. Heydebrand hat heute im Reichstage gesagt: „Die Partei, die nichts anderes für sich hätte und für ihre Macht, als die formalen Bestimmungen eines Wahlgesezes, würde auf die Dauer doch keinen festen Grund haben.“ Der konservative Führer hat recht! Die parlamentarische Macht der Konservativen und des verbündeten Zentrums ruht allerdings auf den formalen Bestimmungen eines Wahlgesezes, auf der Ungerechtigkeit der Wahlkreis-einteilung im Reiche, die es zulässt, daß die Erwählten von vier Millionen die von sieben Millionen überstimmen. Sie beruht auf den Bestimmungen des preussischen Dreiklassenwahlrechts, das die Gegner der Junter zu einer hoffnungslosen Minorität verurteilt, das ihnen die Herrschaft in Preußen, die preussische Verwaltung und Regierung und damit die Führung im Bundesrate gewährt. Wenn aber diese Bestimmungen zu so „festem Grunde“ werden konnten, daß die Partei, die im Reichstage 63 Mandate besitzt, ihren Willen als oberstes Gesetz dem deutschen Volke auferlegen kann, dann trägt die Schuld das deutsche Bürgertum, das immer wieder die Arbeiter im Stiche läßt, wenn es den entscheidenden Kampf gilt. Nie hätte Herr v. Heydebrand sein gewagtes Spiel gegen das deutsche Volk gewinnen können, hätte er nicht die Gewissheit gehabt, daß seine bürgerlichen Gegner es bei ohnmächtigen Protesten zulassen würden, daß sie sich der parlamentarischen Zufallsmajorität beugen und eher das Junterjoch sich auferlegen als von der parlamentarischen Majorität den Appell an die überwältigende Majorität des Volkes zu wagen und den Kampf zu entfesseln, der allein die Junterherrschaft zerbrechen kann: den Kampf um die volle und uneingeschränkte politische Demokratie im Reiche und den Bundesstaaten, diese Demokratie, die heute dem deutschen Bürgertum sofort die Macht geben würde, aber freilich auch dem deutschen Proletariat freie Bahn zur Lösung seiner großen historischen Mission, dem Aufbau der neuen Gesellschaft.

Aber eben deshalb sinkt dem deutschen Bürgertum, so oft die Stunde ruft, der Mut. Nicht erkämpfen, erklimmen möchte es sich die Macht und so wird es immer wieder zum Besiegten, weil es die Macht will ohne den Mut, die Mittel, die zum Ziele führen, zu gebrauchen.

So sind die Vertreter des deutschen Proletariats allein geblieben in diesem langen Kampfe. Sie blieben allein im Beginn, als alle bürgerlichen Parteien sich weigerten, den Kampf gegen die neue Belastung der arbeitenden Massen aufzunehmen. Sie blieben allein, als es zu Ende ging, als der schwarze Schnapsblock seinen Sieg in Sicherheit bringen wollte, und als es den Versuch galt, ihm im letzten Moment den Sieg zu entreißen. Die Reichstagsauslösung wäre zu erzwungen gewesen, wenn die sozialdemokratische Fraktion, die zum Kampfe bereit war, die immer wieder verlor, der Durchsetzung der Steuern entgegenzutreten, von den liberalen Parteien die für den Erfolg unentbehrliche Unterstützung erhalten hätte. Sie blieb verlagert; denn lieber ertragen deutsche Liberale die härtesten Unbilden von oben, bevor sie es wagen, sich den Unteren anzuvertrauen. Weiter politisch in die Knechtschaft zurückzuführen, als mit dem gefährlichsten Proletariat im Bunde zu stehen, das ist der bürgerlichen Weisheit letzter Schluss gewesen, wie immer so auch heute. Herr v. Heydebrand hat recht: nicht die formalen Bestimmungen des Wahlgesezes allein, das Versagen des deutschen Bürgertums ist es, das die Junter zu Herren Deutschlands macht. Die bürgerliche Feigheit, die um die Macht zu gewinnen, nicht den Einsatz der politischen Befreiung wagt, die allein den Sieg verbürgt, das ist der Grund des deutschen Jammers.

Was aber kann diesen Jammer besser beleuchten, als die unglaubliche Tatsache, daß die schon durch ihr Ausmaß beispiellose und durch ihre sozial verderblichen Wirkungen einschneidendste Steuervermehrung zustande gekommen ist ohne eine Regierung, die dafür die politische Verantwortung trägt? Zwischen liberalen und konservativen Blättern ist eine heftige Fehde darüber entbrannt, ob Fürst Bismarck die Finanzreform verantwortlich unterzeichnen soll oder nicht. Kann die Zümmlichkeit unseres Konstitutionalismus noch heller beleuchtet werden? Unterzeichnet Fürst Bismarck, so verleugnet er selbst den Sinn seiner Demission, die ja bedeutet, daß er die Verantwortung für das Werk des Schnapsblocks nicht übernehmen kann; vollends lächerlich wirkt aber die Unterzeichnung durch einen neuen Mann, der nachträglich verantwortlich soll, worauf er keinen Einfluß genommen hat.

In Wirklichkeit aber zeigt dieser Streit, daß die angeblich über den Parteien stehende Regierung gar nicht existiert, nie existiert hat. Doch wäre es sehr gefehlt, deshalb von Parlamentsherrschaft zu sprechen. Was wirklich ist und bleibend ist die Herrschaft der Junter und nur das Instrument dieser Herrschaft wechselt. In normalen — für Deutschland normalen Zeiten — herrschen sie durch die Krone und durch die Regierung. Lockert sich aber diese Herrschaft einen Moment lang, so stürzen sie die Regierung durch das Parlament, wie sie umgekehrt das Parlament auflösen lassen, wenn es ihnen für die Erfüllung ihrer Forderungen nicht mehr geeignet erscheint. Und nur das unterscheidet die politischen Perioden voneinander, ob die Junter ihre Herrschaft stützen lassen von Merkmalen oder liberalen Helfern!

Daß das aber keine konstitutionelle parlamentarische Regierung ist, das beweist gerade die Art, wie jetzt sich der Regierungswechsel vollzieht. Man wartet, bis das Parlament vertagt ist. Dann wird der Kaiser nach Berlin kommen und irgend jemand wird Reichskanzler. Das Parlament hat nichts zu sagen, es wird aus den Zeitungen die Ernennung des einzigverantwortlichen Ministers erfahren, wie andre Zeitungsleser auch. Monatlang wird Deutschland von einem Manne regiert werden, den heute niemand kennt. Er mag ein Genie oder ein Dummkopf sein — das entscheidet das Schicksal und der Geschmak Wilhelms II. Das deutsche Volk und seine Vertretung hat darauf keinen Einfluß.

Man hat das deutsche Regierungssystem Scheinkonstitutionalismus getauft. Man sollte es besser Scheinabsolutismus nennen. Denn selbst das persönliche Regiment ist bloße Form. Dahinter verbirgt sich aber als Wirklichkeit der Absolutismus der Junter, der als

fester Grund bleibt, wie immer auch die Verhältnisse zu wandeln sich scheint. Wie lange noch?

Der Kampf um die Finanzreform ist zu Ende. Und so beginne denn heute der Wahlkampf. Als ob dieser Reichstag schon aufgelöst wäre, so wollen wir jetzt arbeiten, agitieren und organisieren.

Der Wahltag muß des deutschen Volkes, der deutschen Arbeiter Wahltag werden!

„Ultramontane Arbeiter-, Vertreter“.

Die Wandelbarkeit der Zentrumsabgeordneten ist selten so drastisch aufgezeigt und gebrandmarkt worden wie vorgestern an der Person des christlich-katholischen Herrn Giesberts. Die Einzelheiten der Prozedur an diesem „Arbeitervertreter“ können im Bericht über die Reichstagsverhandlungen nachgesehen werden. Wir wollen hier nur hervorheben, daß der „Arbeitervertreter“ Giesberts seinen Namen hergab für einen Antrag, den selbst der nationalliberale Abgeordnete Strefemann, bekanntlich Sekretär der sächsischen Industriellen, als einen arbeitereindlichen Verschlechterungsantrag brandmarkte. Der freisinnige Abgeordnete Dr. Pothhoff drückte ebenfalls seine Entrüstung darüber aus, daß ein Mann, der selbst Arbeiter war, von Arbeitern als Gewerkschaftsbeamter befehligt wird, Verschlechterungsanträge stellt und eifrig solche Anträge bekämpft, die einer Petition der christlichen Tabakarbeiter entsprechen! Die sozialdemokratische Fraktion machte sich zum Fürsprecher für die christlichen Arbeiterwünsche, und der Fraktionsredner Franz verabreichte dem „Arbeitervertreter“ Giesberts, der seinen nollebenedicti Klassen- und Glaubensgenossen Zutritte versetzte, die verdiente Züchtigung.

Wie Giesberts die Interessen der Arbeiter während des Steuerabrahuges vertreten hat, das kann glücklicherweise mit den eigenen Worten des Mannes nachgewiesen werden.

Als im Herbst v. J. die Steuerpläne der Regierung bekannt wurden, beschäftigte sich die Zentrumspresse sehr kritisch mit den angefügten Vorlagen. Die ursprünglich angelegte Besteuerung der Erbschaften war bekanntlich ausgedehnter geplant, als die später herausgegebene erste Vorlage vorsah. Im Vergleich zu der zweiten Erbschaftsteuervorlage der Regierung war die im Herbst v. J. angekündigte immerhin noch als eine disutable Besitzsteuer zu bezeichnen. Gerade zu der Zeit nun, als die steuerlichen Kundmachungen der offiziellen Presse eine weit stärkere Heranziehung des Besitzes zur Deckung der Reichsausgaben wahrscheinlich machten, hielt der Verband westdeutscher katholischer Arbeitervereine in Essen einen Delegiertentag ab. Auf dem Delegiertentag hielt Herr Giesberts ein Referat über die Finanzreform. Wie sich Herr Giesberts da vor den katholischen Arbeitern benahm, darüber lassen wir uns am besten sein Parteiblatt, die „Essener Volkszeitung“, berichten. Das Zentrumsblatt schrieb in seiner Nummer vom 14. Oktober 1908:

Ueber die Reichsfinanzreform referierte Herr Abgeordneter Giesberts. Redner verbreitete sich in eingehender Weise über die Finanzlage des Reiches und die Steuerprojekte der Regierung und gab seinem lebhaften Bedauern Ausdruck über den mangelnden Erfolg der Regierung, die bestehenden Klassen stärker zur Steuer heranzuziehen. In der Diskussion wurde die Resolution, die in einer gemeinsamen Besprechung der Arbeitersekretäre in Düsseldorf gefaßt und dann an die Zentrumsfraktion des Reichstages abgehandelt wurde, zur Verlesung gebracht. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die in Düsseldorf versammelten katholischen Arbeitersekretäre glauben der Meinung der katholischen Arbeiter, wie sie dieselbe in Versammlungen, in persönlichem Verkehr in betreff der in Aussicht stehenden Reichsfinanzreform kennen gelernt haben, in folgender Weise der Leitung der Zentrumsparlei zur Kenntnis geben zu müssen.

Es berührt die Arbeiterklasse sehr bestrebend, daß fast der ganze Betrag der zur Erhaltung des Reiches notwendigen Steuern von der breiten Masse des Volkes getragen werden soll, wie das in der geplanten Erhöhung der Steuern auf Tabak, Bier und Branntwein zutage tritt. Gegenüber der Forderung des Reiches verkennt die Arbeiterklasse durchaus nicht die nationale Pflicht, eine Befreiung der Reichsfinanzen herbeizuführen, indessen muß dagegen Einspruch erhoben werden, daß der größte Teil der Steuern wiederum auf die breiten Massen des Volkes abgewälzt wird, während kein ernsthafter Versuch zu erkennen ist, die bestehenden Klassen, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, zur Befreiung der Bedürfnisse des Reiches heranzuziehen. Das ist um so mehr geboten, weil die arbeitenden Hände durch den gegenwärtigen Niedergang der Industrie in besonderer Weise betroffen werden und auch schon durch eine Reihe indirekter Steuern belastet werden. Um so mehr ist eine Erhöhung der leistungsfähigeren Kreise des Volkes durch direkte Steuern geboten, als dieselben durch indirekte Steuern in besonderer Weise nur wenig getroffen werden können, da sogenannte Luxussteuern geringe Einkünfte abwerfen.“

Der Verbandsrat erklärte einstimmig seine Zustimmung zu dieser Resolution.

Als es noch den Anschein hatte, daß die Finanzreform eine weit stärkere Belastung der Besitzenden durch eine Besteuerung der Erbschaften bringen würde, als das jetzt der Fall sein wird dank der Herrschaft des Schnapsblocks, witterte also Herr Giesberts vor den katholischen Arbeitern gegen die Regierung, weil sie keinen ernsthaften Versuch mache, die Besitzenden zu belasten. Giesberts protestierte dagegen, daß fast der ganze Betrag der zur Erhaltung des Reiches notwendigen Steuern von der breiten Masse des Volkes getragen werden soll. Die Delegiertenversammlung beschloß einstimmig auf Betreiben des Herrn Giesberts, die Zentrumsfraktion zu ersuchen, gegen die geplante Vermehrung der indirekten Steuern zu kämpfen.

So trat Herr Giesberts vor den katholischen Arbeitern auf als ein unentwegter Beschützer der Schwachen, als ein Dränger nach einer Finanzreform, die den größten Teil der neuen Lasten den Besitzenden auferlegt. Im Reichstage aber half Herr Giesberts eifrig mit, eine noch weit ungerechtere Steuerbelastung, als die von der Regierung geplante, zustande zu bringen! Er stimmte mit für die skandalösesten Steuergeseze, ja, er ließ sich von den Röchern im Schnapsblock sogar für die Bekämpfung berechtigter Wünsche der um einige Nachsicht bittenden, elend bezahlten christlichen Tabakarbeiter gebrauchen! Von einem Unternehmerssekretär mußte sich der „Arbeitervertreter“ Giesberts schmiegeln lassen als ein Geschäftsmacher des Agrariertums, das sich hartnäckig weigert, die von dem Tabaksteuergeseze schwer geschädigten Arbeiter und Angestellten gebührend zu entschädigen!

Von den vielen abstoßenden Szenen in dem Plünderungszug auf die Taschen der Besitzlosen ist am empfindlichsten zweifellos die, die den Arbeiterführer Giesberts als den Wortführer der skrupellosen Arbeiterschädiger zeigt!

Das Parlament in Gefahr.

Aus Wien wird uns vom 9. Juli geschrieben:

In einem Haare hängt nun das Leben des österreichischen Abgeordnetenhauses. Wenn die agrarische Obstruktion ihren Willen behauptet und der Reichsrat vorzeitig und ergebnislos heimgeschickt werden muß, so ist das Haus des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes im Märkte getroffen. Denn dann haben sich die Hoffnungen, die man an die Wahlreform geknüpft hat, als trügerisch erwiesen, und das demokratische Parlament steht in der Stärke seiner Widerstandsfähigkeit gegen die zentrifugalen Tendenzen nicht höher als das Kurienparlament. Was man von der Wahlreform gewärtigt hat, war nicht weniger, als daß das Volkshaus den Wählern als ein so hohes Gut erscheinen und von ihnen als ein so bedeutungsvoller Besitz gewertet werden wird, daß der nächsten Obstruktion, die die parlamentarische Arbeitsfähigkeit angreift und zerstört, durch sein Dasein ein Damm gesetzt sein wird. Wenn aber diese Obstruktion, die frivoler und gewissenloser ist als jede vor ihr, Recht behält und das Parlament ihr unterliegt, so ist sein Zusammenbruch besiegelt. Denn dann wird es aus der Gefahr der Obstruktion nie mehr herauskommen.

Sachlich betrachtet ist diese Obstruktion einfach unverständlich, und sie wird demjenigen, der die psychologischen Antriebe der parlamentarischen Berufsstreber nicht kennt, schlechthin als aberwitzige Tollheit erscheinen. Ohne Widerpruch hat die slavische Union, die Vereinigung der Tschechen und Südslaven, den Staatsvoranschlag erliegen lassen. Nun ist aber gerade der Staatsvoranschlag, als eine nicht zu missende Bewilligung, die Achillesferse jeder Regierung. Da aber die slavische Opposition die Budgeterledigung werksätzig förderte, so erschien die Obstruktionsgefahr wirklich gebannt, und die Erledigung des restlichen Arbeitsprogramms durchaus gesichert. Zumal da dieses Arbeitsprogramm nur noch wichtige wirtschaftliche und soziale Gesetzesfragen umfaßt, mit deren Vereilung der Regierung eine tödliche Wunde nicht beigebracht werden kann. Wohl befindet sich unter diesen Vorlagen auch der Handelsvertrag mit Rumänien und ein Ermächtigungsgesez, wodurch die Regierung ermächtigt werden soll, die noch außenstehenden Handelsverträge, insbesondere mit Serbien und mit Montenegro abzuschließen und in Kraft zu setzen und die Obstruktion mag auch sicherlich der Erwägung entsprungen sein, mit der Verhinderung der Handelsvertragsvorlage eine dem strupellosen Agrariertum genehme Tat zu vollbringen.

Doch hat es sich die Regierung so viel kosten lassen, dem agrarischen Widerstand die Grundlage zu entziehen — bietet sie doch als Entgelt nicht weniger als für jedes Jahr dieser Verträge eine außerordentliche Subvention an die Landwirtschaft von sechs Millionen Kronen, also insgesamt von 64 Millionen an — daß auch die ausgebildete agrarische Selbstsucht nicht ausreicht, die Obstruktion zu erklären. Und nebst dem Ermächtigungsgeseze, das Handelsverträge mit den von den österreichischen Slaven so patrosifizierten Balkanstaaten vorsieht, sollte noch eine ganze Reihe wirtschaftlicher (eine Lokalbahnvorlage, die Sanierung der galizischen Kohalindustrie und sozialpolitischer Geseze (Unfallversicherung der Fabrikarbeiter, Vertrag der Handlungsgeschäften, Arbeitszeit der Handelshilfsarbeiter) erledigt werden, die zu obstruieren doch einschuldenerweise nicht den geringsten Sinn hat, deren Obstruktion aber die Empörung weiter Kreise der Bevölkerung wecken muß. Trotzdem in das Abgeordnetenhause von der slavischen Union mit fünf Dutzend der berichtigten „Dringlichkeitsanträge“ überzogen worden, die nach der Geschäftsordnung „sofort“ in Verhandlung zu ziehen sind, und so steht vor der Tagesordnung eine Materie, die abzuräumen Zeit, Ausdauer und Entschlossenheit bedingen würde. Der sozialdemokratische Verband war dazu natürlich bereit und hat den Kampf gegen die frivolen Obstruktionisten sofort aufgenommen, indem er die dringlichsten Gesetzesvorlagen in Form von Dringlichkeitsanträgen einbrachte und damit der Obstruktion wenigstens eine zeitliche Grenze gesetzt hat. Aber den bürgerlichen Parteien fehlt die Energie, die zu diesem Kampfe nötig wäre, und so ist heute die fruchtlos-erdulternde Möglichkeit ganz nahe gerückt, daß das Haus einfach heimgeschickt und die Kapitulation vor der vermeinten Obstruktion Tatsache wird. Das soll sich nach einem letzten Versuch der Vermittlung, der gestern angefangen wurde, morgen nachmittags entscheiden.

Die eigentlichen Motive der Obstruktion sind freilich politischer Natur: es ist die Wut der enttäuschten Slaven, die sich durch das Regime Wienertich zurückgesetzt fühlen, und durch das Gewaltmittel der Obstruktion die Beachtung erzwingen wollen. Mit der Regierung Wienertich ist es nämlich sehr merkwürdig bestellt: sie ist eine ganz gewöhnliche Bürokratenregierung, ein Kabinett von der Qualität, von der zwölf auf ein Dutzend gehen, national ganz geschlechtslos; aber sie ist als eine „deutsche“ Regierung gemarkt, und dieser Schein genügt, die deutschen Parteien zu verblenden, die slavischen zu erbitern. Es wäre natürlich keine Exzente, mit dieser Obstruktion, die nur darauf ausgeht, irgend etwas zu erreichen, die also auch einen Scheinerfolg hinwegzuschmeißen würde, fertigzuwerden; aber da liegt die Schwereigkeit wieder in der Person des Ministerpräsidenten selbst, der aus seiner persönlichen Not die politische Tugend macht: also, weil er es nicht zu Wege bringen würde, die Hindernisse zu bawältigen, die Dinge zu meistern, die Theorie verkündet, daß ihn die Schwierigkeiten des Parlamentes nichts angehen, seine Aufgabe es vielmehr nur sei, „fest“ zu bleiben und die unentwegte staatliche Autorität zu perfizieren. Wozu als Allermerkwürdigstes noch kommt, daß Herr v. Wienertich diese Theorie geglaubt und seine Weisheit, die im Wesen daraus hinausläuft, nichts zu tun, als tiefinnige Staatsmännerei bestaunt wird. Tatsächlich hat der Ministerpräsident dieser zweiwedigen Krise ganz tatenlos zugehört und als er sich gestern zum erstenmal entschloß, die Obstruktionführer zu empfangen, hat er ihnen eigentlich nichts mehr zu sagen gewußt, als daß er auf ihre unterschiedlichen Forderungen nicht eingehen könne, obwohl es keinen besonderen Scharfsinn erfordert hätte, zu erkennen, daß diese Forderungen mehr oder minder dekoratives Weiswerk sind. Ein Parlament wie das österreichische, das durch die nationalen Verschiedenheiten ein Problem für sich, von ganz besonderer Art ist, kann der planmäßigen Führung durch die Regierung nicht entbehren. Aber die Regierung Wienertich ist unfähig, die Konfliktkeime rechtzeitig zu erkennen und jede Schwierigkeit wächst unter ihren ungeschickten Händen riesenartig heran. Nur so ist es zu erklären, daß diese sinn- und zwecklose Obstruktion bisher nicht ausgerollt werden konnte und das Haus des allgemeinen Wahlrechtes vor der Gefahr steht, an der Streiberer von der einen und der Unfähigkeit von der anderen Seite zugrunde zu gehen.

Die letzte Hoffnung ruht nun darauf, daß sich die Lebenskraft des Parlamentes doch als stärker erweisen wird und die großen Interessen, die es verlorpert und die von seiner Arbeitsfähigkeit abhängen, eine Reaktion noch im letzten Augenblicke auslösen werden. Daß die sozialdemokratischen Abgeordneten alles daran setzen werden, um das Parlament zu retten, und es auf die Bahn erprießlicher Arbeit zu führen, ist selbstverständlich. Wenn es gerettet wird, so wird ihre Zuvorsicht und ihre Entschlossenheit dabei am meisten mitgewirkt haben.

Der Zusammenbruch.

Wien, 10. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“) Das Parlament ist heute zusammengebrochen, und der Reichsrat wird morgen geschloffen werden. Die Obstruktion war bereit, die Dringlichkeitsanträge zurückzuziehen, dem Appell der Sozialdemokraten zu folgen und das Parlament zu retten; sie verlangte nur einen präzisen Beschluß des Hauses darüber, daß den Forderungen der böhmischen Agrarier nicht nachgegeben werde.

Die Regierungsparteien waren bereit, zugestimmen, Ministerpräsident Bienerth aber, der sein Prestige retten zu müssen glaubte, widersprach, wodurch die Vermittlungsfaktion glatt scheiterte. Die Regierung hat den Zusammenbruch durch ihre Eitelkeit herbeigeführt oder aber: sie hat ihn eben gewollt!

Die internationale Lockspitzelei.

Die Affäre Harting ist rasch ein internationaler Polizeiskandal geworden, in dem, wie es scheint, nicht nur die französische Polizei zur Mitschuldigen des inhumanen Epistelsystems geworden ist. Deren Mitschuld steht allerdings außer Zweifel. Dergew macht sich nämlich zum Betweife erdödig, daß die Untersuchenden im Ministerium des Innern selbst sehr leicht einen Harting betreffenden Akt finden können, der besagt, daß dieser Mensch 1890 in Frankreich verurteilt worden ist. Wenn es erforderlich ist, werde er die Persönlichkeiten der französischen Polizei nennen, die die Existenz und den Inhalt dieses Aktes genau kannten. Was er schon heute sagen könne, sei, daß das Geheimnis des Generals Harting seit langem bekannt war, und zwar ebenso den Autoritäten der französischen Polizei als einigen hervorragenden Beamten in Rußland. Bemerkenswert ist auch, daß Herr Hamard, der vor zwei Tagen noch erklärte, Harting nie gesehen zu haben, plötzlich sein Gedächtnis wiedergefunden hat und zugibt, daß ihm Harting einmal in sein Bureau wichtige Auskünfte über in Paris lebende Russen zugetragen und gleichzeitig eine Intervention für eine Person erbeten habe.

Damit wird der Harting-Skandal zu der prinzipiellen Frage, ob es noch länger geduldet werden soll, daß die politische Polizei der europäischen Staaten dem russischen System der Verhöre und Provolation auch noch ferner ihre schmachvolle Unterstützung leisten will. Darüber schreibt Jourda heute in der „Humanité“: „Dergew hat recht behalten: der elende Provolateur Landesen ist derselbe Mann wie der General Harting, der Chef der russischen Polizei in Paris. In diesem Polizeisystem ist also die amtliche französische Polizei entweder die Mitschuldige, wie im Jahre 1890, oder mindestens doch die Helferin. Mit dieser Schande muß ein Ende gemacht werden, es handelt sich hier nicht um einen Streit mit dem Ministerium Clemenceau, das dieses System übrigens nicht geschaffen hat, es handelt sich vielmehr um dieses Regime selbst, das seit zwanzig Jahren in Frankreich funktioniert und die Vasallenschaft beweist, zu der unser Land herabgesunken ist.“

Sehr merkwürdig scheint die Rolle gewesen zu sein, die die deutsche Polizei gegenüber dem Provolateur gespielt hat. Die Wiener „Neue Freie Presse“ berichtet nämlich folgendes:

„Harting war vor einigen Jahren anlässlich des Harenbesuches nach Swinemünde gekommen, um für die Sicherheit des Haren zu sorgen. Den Leitern der deutschen Polizei, die sich über die Qualität des Herrn Harting vollkommen im Klaren waren, machten damals die russischen Terroristen, die etwa ein Attentat auf den Haren hätten verüben können, weit weniger Sorge als Harting und seine Agenten, denen sie wohl zurauten, daß sie ein Attentat inszenieren und durch dessen Entdeckung die Wachsamkeit der russischen Geheimpolizei wieder einmal glänzend dokumentieren könnten. Die Leiter der deutschen Polizei hielten es daher für ihre Pflicht, in Swinemünde vor allem Herrn Harting und seine Leute bewachen zu lassen. Insbesondere der Chef der deutschen Polizei war sehr eifrig um Herrn Harting bemüht und ließ Herrn Harting seinen Augenblick aus den Augen.“

Harting selbst hat seine Sache übrigens aufgegeben und ist aus Brüssel geflüchtet, wie es heißt, kurz bevor er seine Absicht, ein neues Pseudokomplotz zu inszenieren, ausführen konnte.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. Juli 1909.

Wilsons Sturz: ein Werk der Konservativen.

In der „Südd. Reichs-Korr.“ wird das Ende des Kanzlers in einem Artikel besprochen, dem man leicht anmerkt, daß Wilson selber dem Schreiber das Material geliefert hat. Die Rolle der Konservativen als der Ministerstürzer wird mit aller Schärfe und aller Deutlichkeit gekennzeichnet. So heißt es zum Beispiel:

„Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, Fürst Bülow habe sich den Liberalen verkauft. Allerdings hat er sein Schicksal mit einem Zusammenarbeiten von Konservativen und Liberalen an den parlamentarischen Aufgaben verknüpft. Eine andere Grundlage für die Führung der Geschäfte mit dem Reichstage hatte Fürst Bülow nicht mehr. Das wußten die Konservativen; sie wußten auch, daß, wer dem Reichskanzler diesen Boden unter den Füßen fortzöge, ihn selbst zu Fall bringen mußte. Sie wußten es nicht bloß, wie hier schon einmal gesagt worden ist, aus ihrer Kenntnis der politischen Lage, sie wußten es, wie heute hinzugefügt sein mag, auch durch ausdrückliche an sie gerichtete Mitteilungen des Kanzlers! Bereits im April dieses Jahres hat Fürst Bülow den Führern der Konservativen erklärt, daß er zurücktreten werde, wenn sie bei ihrer ablehnenden Haltung gegen die Erbschaftsteuer beharren und dadurch eine für ihn unannehmbare politische Konstellation herbeiführen würden. Auch in der seitdem verflochtenen Zeit hat es an deutlichen Hinweisen auf den Kanzlerwechsel als Folge einer Vertämmung des Blods in der Frage der Reichsfinanzreform nicht gefehlt. Die letzten Worte des Fürsten im Reichstage waren nicht mißzuverstehen. Die Konservativen kannten nicht übersehen sein. Sie durften von einem ehrlichen Staatsmann nicht denken: er hat zwar gesagt, er geht; aber er geht doch nicht.“

Daß Wilson den Konservativen seinen Sturz verdankt, ist jetzt sozusagen dokumentarisch festgelegt.

Liberaler Einigung.

Die freisinnige Presse erörtert wieder einmal lebhaft die Frage der liberalen Einigung, da aus den Kreisen freisinniger Parlamentarier heraus wenigstens die Verschmelzung der drei freisinnigen Parteien gefordert worden ist. Und in der Tat sollte man meinen, daß gerade jetzt, nach dem kläglichen Scheitern der Missionen der freisinnigen Regierungsfähigkeit, eine Zusammenschließung der drei „linksliberalen“ Parteien möglich sein müßte. Aber die „Vossische Ztg.“ und andere Blätter äußern lebhaftes Bedenken. Speziell innerhalb der Freisinnigen Vereinigung habe sich

ein „Individualismus“ der einzelnen Abgeordneten eingebürgert, der der Zusammenfassung in einen festen Parteikörpern widerstrebe. Das Organ des männlichen Freisinn ist also so, als ob ihm Leute, wie die Radikale und Radikale, als zu unsichere Kantonten erschienen. Als ob nicht umgekehrt die Gothein und Boshoff alle Ursache hätten, in keine allzu enge Gemeinschaft mit einem Fischbein, Kopsch oder Biemer zu treten. Sollte es aber doch früher oder später zu einer Einigung des Freisinn kommen, so würde das schließlich nur auf eine Reifstellung oder die Herausbildung der wirklich noch unterschieden liberalen Elemente hinauskommen.

Das befürchtet auch die freisinn-demokratische „Voss-Ztg.“, die über die Gefahren der Hansabündelei schreibt:

„Das allgemeine liberale Einigungsgerede ist verhängnisvoll für den deutschen Freisinn. Zuerst wurden die radikalere Elemente der Freisinnigen Vereinigung mundtot gemacht, denn man mußte doch auf die gemäßigteren Volksparteier Rücksicht nehmen, die von einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie nicht hören mochten. Jetzt hat sich die gesamte Freisinnsgemeinschaft nach den Rationalisten zu richten. Kur stille und kein Geräusch gemacht, daß ihr die Gefolgsleute Wassertränke bei ihrer Entwicklung nach links nicht stört und durch übertriebenen Radikalismus abschneidet.“

Sich nach dem Liberalismus dieser Elemente orientieren, heißt eben auf jede Energie verzichten und heißt die Hoffnung, daß der Freisinn, nachdem sich die goldenen Pforten des Blods hinter ihm geschlossen haben, eine kampfbereite Oppositionsfaktion einnehmen werde, auf ein Minimum reduzieren. Er wird mit seinen Laten bis zu den Neuwahlen warten. Jetzt nicht, aber in zwei Jahren will er mutig sein und dann soll auch das Volk aufgerufen werden. Als ob Weigerung eine Heringsware wäre, die sich bis zu dem für ihre Entladung gesetzlich festgesetzten Termin einpöbeln ließe. Wer weiß, was bis zum Jahre 1911 alles geschehen mag? Es wird schon dafür gesorgt werden, daß der deutsche Michel eingelullt wird und vergißt. Bis dahin reißt vielleicht auch eine neue „nationale“ Parole. Die Notwendigkeit einer Flottenvermehrung, der sich der Freisinn nicht entziehen wird, und anderes mehr.“

Beamtenprotest gegen den Verrat des Schnapsblokes.

Gegen 3000 mittlere und untere Postbeamte erhoben am Freitagabend in der Brauerei Friedrichshain geharnischten Protest gegen die Beschlässe der Budgetkommission in der Beamtenbesoldungsfrage.

Als erster Referent führte ein Oberpostassistent aus, daß man den letzten Beschlässen der Budgetkommission sprachlos und voll Erbitterung gegenüberstehe. Noch im vorigen Jahre hätten zahlreiche Abgeordnete der verschiedensten Parteien den Beamtenvertretern versichert, daß sie mit aller Energie die berechtigten Ansprüche der Beamten im Reichstage vertreten würden. Jetzt aber habe es den Anschein, als ob es bei diesen Herren keinen Glauben an deutsches Manneswort und deutsche Treue mehr gebe. Die Konservativen und das Zentrum hätten bisher ihre angebliche Fürsorge für die Beamten laut betont, doch zeige ihr Auftreten in der allerjüngsten Zeit nur zu deutlich, daß man ihrer Beamtenfreundlichkeit wenig Glauben beimessen dürfe. Am meisten zu verurteilen sei die Haltung des Zentrums, und die Beamtenenschaft in den katholischen Ländern sollte sich diesen Umfall für spätere Zeit besonders merken. (Lebhafte Beifall.)

Der folgende Redner, der gemahregelte frühere Oberpostassistent Kemmer, Redakteur der „Deutschen Postzeitung“, kritisierte in temperamentvoller Weise die Haltung der Regierung und des neuen Blods. Als er die Frage aufwarf, wo denn die Reichspostverwaltung bei den entscheidenden Beratungen über die Gehaltsfrage geblieben sei, wurden in der Versammlung minutenlange stürmische Zustimmungsrufe laut.

Man müsse noch einmal an die Reichsregierung appellieren, ob sie angesichts der teuren Lebensverhältnisse auf dem von ihr angebotenen „Unannehmbar“ bestehen bleiben wolle. Jedenfalls sei die gesamte Postunterbeamtenchaft nicht gewillt, vor den Beschlässen der Reichstagsmehrheit stillzuweigen und die Waffen zu strecken. Man solle doch bei den Postbeamten die Belastungsprobe nicht zu sehr forcieren, sonst könnte es doch einmal heißen: Bei Philipp sehen wir uns wieder! (Lebhafter Beifall.)

Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute zu Tausenden in der Brauerei Friedrichshain versammelten mittleren und unteren Reichspostbeamten erklären in völliger Uebereinstimmung, daß sie in der Annahme der in zweiter Lesung der Budgetkommission beschlossenen Grundsätze nicht im entferntesten eine zufriedenstellende Besoldungsreform erblicken können. Sie fordern noch in letzter Stunde, daß die von der Budgetkommission des Reichstages in erster Lesung für die Assistentenklasse und für die Unterbeamten einstimmig angenommenen Gehaltsätze in der Beratung des Plenums wieder hergestellt werden.“

Regierung und Beamte.

Vor längerer Zeit war gegen eine Anzahl Beamte und Unterbeamte das Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil sie in mehreren großen Beamtenversammlungen scharfe Kritik an der Regierung und den politischen Zuständen geübt hätten; sie hatten sich besonders scharf gegen das Herrenhaus gewandt. Namentlich ist die Entscheidung in diesem Verfahren gefallen. Die meisten Beamten sind mit geringen Disziplinarstrafen davonkommen, nur der Oberpostsekretär Casparz, der wegen seiner mords-, patriotischen Reden bekannt ist, erhielt 50 Mark Geldstrafe — für die Wahnehrung und Betonung der Staatsbürgerrechte jedenfalls eine Strafe, wie sie nur in Preußen-Deutschland möglich ist.

Ob das Beamtenum dazu schweigen wird? Mag die Regierung nur in dieser Weise fortfahren — wenn uns nicht die Beamten leid täten und jedermann Respektierung auch der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten fordern müßte, solches Verfahren wäre Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie! —

Für die wirtschaftliche Lage der Beamten ist es übrigens sehr bezeichnend, daß die Oberpostdirektion Berlin eine Rundverfügung erlassen hat, wonach sie nicht mehr imstande ist, sämtliche Nachfragegesuche in voller Höhe zu berücksichtigen, da die vorhandenen Mittel nahezu erschöpft sind! Diese eine Tatsache spricht Bände!

Fürst und Profetazierin.

Ueber den ferneren Verlauf der Meineidsaffäre Eulenburg will eine Berliner Korrespondenz erfahren haben, daß die Staatsanwaltschaft der Anschauung ist, daß an eine Wiederaufnahme des Prozesses in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Die Staatsanwaltschaft will dem Fürsten deshalb vorerst eine mehrmonatige vollständige Schonung, die durch keinerlei behördliche Maßnahmen unterbrochen wird, gewähren. Es werde von ihr auch kein Einspruch erfolgen, wenn der Fürst, dem Kate seiner Kräfte entsprechend, einen Kurort aufsucht, selbst dann nicht, wenn sich dieser in Oesterreich befindet. Nach Ablauf einer bestimmten Zeit, voraussichtlich aber nicht vor dem Spätherbst, würde der Gesundheitszustand des Fürsten Eulenburg gerichtsärztlich geprüft werden. Auf Grund dieses Gutachtens werde die Behörde dann ihre weiteren Maßnahmen einrichten. Von

einer weiteren polizeilichen Beobachtung werde vollständig Abstand genommen werden, um alles zu vermeiden, was den Fürsten in seelische Erregung versetzen könnte. Eine neuerliche Verhandlung soll erst dann stattfinden, wenn wirklich sichere Garantien dafür vorhanden sind, daß der Prozeß ohne Störung zu Ende geführt werden kann.

Die „Berl. Volks-Ztg.“ bemerkt zu dieser Nachricht:

„An demselben Tage, an dem der Fürst Eulenburg den schweren Anfall im Gerichtsgebäude in Moabit erlitt, wurde auch, wie wir berichteten, eine Frau aus Oranienburg, die sich vor dem dortigen Schöffengericht wegen Unterschlagung und Betruges zu verantworten hatte, vor Gericht von einem schweren Herzkrampf befallen. Diese Frau wurde nach dem Gerichtsgefängnis zurückgebracht; ein Badeurlaub oder gar der Aufenthalt in einem ausländischen Badeorte wird ihr sicherlich nicht gestattet werden. Bei dem Fürsten Eulenburg liegt außerdem, wie der Oberstaatsanwalt in der letzten Verhandlung erklärt hat, der Verdacht vor, daß er weitere Versuche zur Beeinflussung von Jurgen unternimmt. Muß der Fürst Eulenburg anders behandelt werden als die Frau aus Oranienburg!“

Das persönliche Regiment junior.

In parlamentarischen Kreisen wurde erzählt, daß das „Stuttgarter Tageblatt“ die Mitteilung bringe, der Kronprinz habe an Dr. Liman, den Redakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, alias „Armer Jorik“, ein Schreiben gerichtet, in dem nicht nur Limans Ansichten und — Still (!) gelobt, sondern auch Angriffe gegen die Konservativen erhoben seien. Von anderer Seite wird Brief und Adressat eingestanden, auch zugegeben, daß der Brief sich mit politischen Fragen beschäftige, aber keine Angriffe gegen eine politische Partei enthalte. „Glende“ seien die Konservativen sicher nicht genannt worden.

Ein Offizier als Espresso!

Das Oberkriegsgericht in Dresden beurteilte am Freitag den ehemaligen Bezirksoffizier beim Bezirkskommando Pötha, jetzigen Oberleutnant z. D. Friedrich Ernst Wagner, wegen schwerer Privaturlundenfälschung, Betrug und Erpressung zu zwei Jahren Gefängnis, zwei Jahren Ehrverlust und Entfremdung aus dem Heere. Die Verhandlung fand unter strengem Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Russische Freiheit.

Wie aus Kattowitz gemeldet wird, wurde der Arbeiter Redwig, als er von einer Radpartie heimkehrte, plötzlich von der russischen Grenzseite aus durch einen Schuß tot niedergestreckt. Der Schuß war von einem russischen Grenzsoldaten ohne ersichtlichen Grund abgegeben worden. Der Erschossene hinterläßt Frau und vier unmündige Kinder.

Ein musterstaatlicher Schildbürgerstreich.

Die badische Eisenbahndirektion beauftragte die Münchener Firma Raske mit der Herstellung eines neuen Systems Lokomotiven. Diese Ungetüme sollten den Verkehr über die Schwarzwaldhöhe so herstellen, daß die ganze Ringstrecke des badischen Landes von Mannheim bis Konstanz mit einer solchen „Schwarzwald-Lokomotive“ ohne Maschinenwechsel oder Vorspann zurückzulegen wäre. Diese Maschinen, von denen neun Stück a 85 000 M. angefertigt wurden, dürfen nun ihre Laufbahn über das Gebirge nicht betreten. Die Eisenbahnverwaltung hatte nämlich bei der Bestellung der neuesten Riesenlokomotiven keine Rücksicht genommen auf die für solche rollenden Kolosse noch nicht vorgesehene statische Einrichtung der Eisenbahnbrücken auf der Strecke Donaueschingen-Konstanz; auch die Verläufe, die „Dampfproben“ mit einer Verringerung des Wasservorrates in ihrem fahrenden Gewicht zu reduzieren, fruchteten nicht. Die neuen, imposanten Lokomotiven, die nun in der Abmeißelung der bequemeren Arbeit obliegen dürfen, erweisen bereits, daß auch die von ihnen erwartete Maximalleistungsfähigkeit nicht vorhanden ist; es beschränkt sich der ganze Mehreffekt, wie die „Bad. Landesztg.“ zu berichten weiß, auf die Mitführung eines einzigen weiteren Wagens gegenüber dem bisherigen Höchstmaße der Jugausstattungen.

Dieser neueste Schildbürgerstreich soll nach der Auffassung des nationalliberalen Blattes darauf zu erklären sein, daß die einzelnen Ressorts des staatlichen Eisenbahnbaues für Maschinen- und Streckenbau sich nicht verständigt haben bei einem Projekt, das über dreihundert Millionen kostet! Was man sich im Lande sonst nach von Schildbürgerreien bei einzelnen Bahnen und Bahnhöfenbauten erzählt, scheint zu genügen für die Verächtlichmachung der Auffassung, daß die badische Eisenbahnpolitik ihrer Eisenbahnbaupolitik nichts vorzuzusetzen hat.

Frankreich.

Bleiwasserverbot.

Paris, 10. Juli. Die Kammer nahm die Gesetzesvorlage, das Verbot der Bleifarben betreffend, im Vorlaufe des Senats an, ferner mit 400 gegen 104 Stimmen den einzigen Artikel der Vorlage, die in besonderen Fällen das Monopol der französischen Flagge aufhebt.

Italien.

Das Vertrauensvotum.

Rom, 10. Juli. Die Kammer billigte ein Projekt, das der Regierung die Spezialvollmacht zur Ausarbeitung eines Zolltarifes erteilt.

England.

Die Kanzel gegen den Haren.

London, 10. Juli. In sehr vielen englischen Kirchen wird morgen dem wachsenden Abscheu Ausdruck gegeben werden, der durch die Enthüllungen über die Grausamkeit in russischen Gefängnissen und die Reden der politischen Gefangenen in England hervorgerufen worden ist.

Die Kolonien und das Mutterland.

London, 10. Juli. Die Konferenz, welche beauftragt ist, die Anteilnahme der englischen Kolonien an der Verteidigung Englands zur See festzustellen, wird in diesen Tagen zusammengetreten. Der Premierminister von Neufundland hat erklärt, daß Neufundland der Bepotologie alle Schiffe, welche es bauen könne, zur Verfügung stelle.

Türkei.

Die letzte Arbeit der Kriegsgerichte.

Konstantinopel, 10. Juli. Heute werden die letzten Exekutionen vorgenommen. An verschiedenen Punkten der Stadt werden insgesamt 22 Personen gehängt, darunter Generalleutnant Mehmed Tcherkez und der Chefredakteur des „Balkan“ Scheich Bahdett Pasha werden weitere 150 Personen verbannt. Hiermit gelangt die Tätigkeit der drei Kriegsgerichte zum Abschluß.

Persien.

Die Russen im Laus.

Teheran, 10. Juli. 800 russische Soldaten sind gestern in Enseli gelandet. Die Sicherheit der Europäer in Enseli ist im Augenblick nicht bedroht.

Gewerkschaftliches.

„In Schlessen machen wir das so . . .“

Die Politisch-Erklärung von Gewerkschaften scheint bei den schlesischen Gerichten Brauch zu werden. Wir berichteten neulich einen Fall aus Waldenburg, wo der Bergarbeiterverband für politisch erklärt wurde, um ihm die Jugendlichen fernzuhalten. Jetzt wird ein neuer Fall gemeldet, in dem der Holzarbeiterverband durch Politisch-Erklärung zur Anmeldung seiner Versammlungen gezwungen werden soll.

In Festenberg i. Schl. fand im Herbst v. J. eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in der der Arbeitersekretär Neufkirch einen Vortrag hielt, in dem er zum Schluß zum Beitritt in den Deutschen Holzarbeiterverband aufforderte. Der Einberufer der Versammlung erhielt darauf einen Strafbefehl von 5 M., weil er diese Versammlung, die eine politische Versammlung sein sollte, nicht angemeldet hatte. Da richterliche Entscheidung angerufen wurde, beschäftigte sich das Schöffengericht in Festenberg mit diesem Falle und kam ebenfalls zu einer Verurteilung, und zwar unter folgender Begründung:

„Die Erörterung wirtschaftlicher Angelegenheiten sei nur Weisheit, denn der Redner war sich von Anfang an darüber klar, daß die Veränderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zurzeit nicht angängig sei. Die Hauptsache war die Agitation für den Holzarbeiterverband mit dem ausdrücklichen Zugeständnis, Geld in die Kasse zu bekommen. Die Agitation für den Holzarbeiterverband aber ist eine politische Angelegenheit, denn der Verband ist, wie gerichtlich bekannt ist, bestrebt, sozialpolitische Zwecke durch Einwirkung auf die Staatsgewalt zu bewirken. Das Verbot von Mitgliedern aber stärkt die Stellung des Verbandes, (1) und ist somit politische Betätigung. Danach ist die Versammlung über den rein wirtschaftlichen Zweck hinausgegangen und dadurch anzeigepflichtig.“

Der Verurteilte wollte wissen, woher das Gericht seine Kenntnis von dem politischen Charakter des Verbandes habe, und legte Verurteilung ein. Das Landgericht in Oels trat darauf dem Urteil erster Instanz mit folgender Begründung bei:

„Der Deutsche Holzarbeiterverband mag sich zur Hauptaufgabe gestellt haben, die wirtschaftliche und soziale Lage seiner Mitglieder und der gewerblichen Arbeiter durch die Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben. Dieses Streben soll sich indessen nicht allein im Rahmen der bestehenden Gesetze auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter beschränken. Vielmehr hat sich der Holzarbeiterverband, wie jede freie Gewerkschaft, ein weiteres Arbeitsfeld gesucht. Er will durch die Größe und Geschlossenheit seiner Organisation und durch die Waffe seiner hinter ihm stehenden Mitglieder eine politische Macht werden und Einwirkung erlangen auf den Staat, seine Gesetzgebung, seine Institutionen und die internationalen Beziehungen. Diese politische Betätigung der freien Gewerkschaften als Zweck der Organisation gibt der Arbeitersekretär Timm an München in seinem vor dem sozialwissenschaftlichen Studentenverein daselbst gehaltenen Vortrag unumwunden zu, indem er seitens der Gewerkschaften eine Einwirkung auf das Vereins- und Koalitionsrecht, die Handelsvertragspolitik und die gewerbliche Gesetzgebung verlangt, und die Neutralität in diesen politischen Fragen als dem Wesen der freien Gewerkschaften widersprechend verwirft. (Vergl. Joh. Timm „Aus dem Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, 2. Aufl. München 1902. S. 12, 23, 26, 29, 31, 32 und 33.)“

Die Gerichte haben es vorsichtigerweise unterlassen, an konkreten Fällen den Nachweis zu führen, daß der Holzarbeiterverband sich politisch betätigt hat. Lediglich weil irgendein Vortragender, der zu dem Holzarbeiterverband in keinerlei Beziehung steht, den Gewerkschaften im allgemeinen politische Aufgaben zuweist, wird der Holzarbeiterverband als politischer Verein deklariert. Da die Revisionsinstanz über die eigenartigen „Feststellungen“ des Landgerichts, die gar keine Feststellungen in bezug auf den beklagten Verband sind, nicht hinwegkam, wurde die Revision auch vom Oberlandesgericht in Breslau verworfen. Das Urteil ist somit rechtskräftig geworden.

Fürwahr eine Musterleistung schlesischer Justiz!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Typsetzer! Die Sperre über die Firma Paul Hoffmann, Gleimstr. 58, ist aufgehoben. Die Verbandsleitung.

Einigungsverhandlungen.

Nachdem auf Vorstellung des Gewerbegerichtsvorsitzenden beide Parteien im Baugewerbe sich bereit erklärt haben, vor dem Gewerbegericht zu erscheinen, tritt dieses am Dienstag zu Einigungsverhandlungen zusammen. Beide Parteien haben ihre Vertrauensmänner zur Verhandlung angemeldet.

Deutsches Reich.

Eine Aussperrung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter im ober-schlesischen Industriegebiet.

Zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und den Zentralverbänden der Maurer und Zimmerer Deutschlands war für die Zeit vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 ein Verzichtstarif in Kraft getreten, der endlich in die zerfahrenen Lohn- und Arbeitsbedingungen eine gewisse Ordnung brachte und auch nach der Aussprache der Arbeitgeber wohlwollend gewirkt haben soll.

Spätestens bis Mitte November 1908 sollten die beiderseitigen Kommissionen zusammentreten um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die nächste Zeit festzusetzen und bis 1. November mühten etwaige Anträge an die Vorstände der Kommissionen eingereicht werden. Die Vorstände der Arbeiter haben von dieser Befugnis rechtzeitig Gebrauch gemacht und ihre Änderungsanträge eingereicht, darunter auch die Forderung einer Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde. Damit wurde der äußerst niedrige Lohn von 40 Pf. auf 45 Pf. gekommen sein, ein für die teuren Lebensverhältnisse äußerst bescheidener Lohn. Dieses Mal beteiligte sich aber auch der Zentralverband der Bauhilfsarbeiter Deutschlands und der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter an den Forderungen. Letztere hatten bisher mit der „Fachabteilung“ einen besonderen Vertrag.

Der Arbeitgeberverband lehnte aber in wiederholten Verhandlungen jede Lohnerhöhung ab. Auf sein Verdröben ist es auch zurückzuführen, daß die vorgesehene und bereits in Aussicht genommene Verhandlung der Zentralverbände des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und der Arbeiterverbände, die als letzte Instanz verhandeln sollten, den Streit zu schlichten, nicht stattgefunden hat. Seit dem 1. April bestand somit kein Tarifvertrag.

Inzwischen sind die Zimmerer im Rattowitzer Bezirk in den Streit getreten und auch die Maurer — die mit dem christlichen Verband die Lohnbewegung gemeinsam führen — verzögerten am 22. Juni über einige Baugeschäfte die Sperre, um ihren Forderungen Anerkennung zu verschaffen.

Der Arbeitgeberverband griff sofort zu Gegenmaßnahmen. Er forderte die Aufhebung der Bausperrre und drohte für den Fall, daß sein Wille nicht erfüllt werde, die Aussperrung sämtlicher Maurer und Zimmerer des ganzen Industriegebietes an. Den Drohungen fiel es natürlich nicht ein, nach der Weise der Unternehmer zu langen, was zur Folge hatte, daß der Arbeitgeberverband auf großen roten Plakaten, die an den Arbeitsstätten der

aussperrungsbefugigen Herren angeheftet wurden, ankündete, am 10. Juli werde die Aussperrung in Kraft treten.

In der Zwischenzeit haben sich aber die Führer der „katholischen Fachabteilung“ auf ihre geschichtliche Mission als Organisatoren des Streikbruchs besonnen. Sie liefen zu dem Arbeitgeberverband und boten ihm Dienste an; sie wollten auch hier wie vor dem an manchen anderen Ort ihre Mitglieder dazu bewegen, den kämpfenden Brüdern in den Rücken zu fallen. Sie haben einen Vertrag geschlossen, wonach der Maximallohn 40 Pf. betragen soll. Bis hierher war die unterste Lohngrenze 40 Pf. und diese Lohnsumme hatte auch der Arbeitgeberverband den Zentralverbänden auf ein weiteres Jahr angeboten.

Der Vertrag der Facharbeiter bedeutete also eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Damit wäre den Arbeitgebern die Gelegenheit gegeben, zu ihren alten Gewohnheiten zurückzukehren und wie ehemals 10—15 Lohnklassen je nach Willkür einzuführen.

Die Arbeitgeber beglückten nun sofort die Arbeiter und die Öffentlichkeit mit einem in diesem Falle in sehr zutreffender Weise gelassenen Plakat, in dem sie der Welt das weiterschütternde Ereignis ankündeten, daß mit den Facharbeitern ein Vertrag geschlossen sei und nun diese und die Unorganisierten nicht ausgesperrt werden sollten. Aber die Herren scheinen bereits von der Liebe zur Fachabteilung furiert zu sein, denn die Führer sind nicht imstande gewesen, auch nur einige gesperrte Bauten zu besetzen, und darum soll die Generalversammlung der Arbeitgeber den Vertrag nicht sanktioniert haben. Weiter wurde beschlossen, an dem Inhalt des roten Plakats festzuhalten und die katholischen Facharbeiter mit auszusperrn. An der Situation ändert es nichts, ob nach der roten oder nach der gelben Umgebung verfahren wird, und es ist nicht von großer Bedeutung, ob die Handvoll Bauweine am Bau oder auf der Straße sind.

Die Aussperrung ist aber für die ober-schlesische Arbeiterbewegung von großer Bedeutung. Die Maßnahmen der Scharfrichter rütteln weite Arbeiterschichten auf und es ist ein erfreulicher Anblick, wie einmütig die ganze Bauarbeiterschaft, ganz gleich welcher Organisation sie angehört, gegen die Handlungen ihrer Arbeitgeber aufbegehrt. Die täglich in den verschiedensten Bezirken stattfindenden überfüllten Versammlungen umfassen fast alle Beschäftigten des Versammlungsgebietes. Und noch ein erfreuliches Moment tritt in die Erscheinung: Die Versammlungen verlaufen ruhig und es wird sachlich diskutiert, obgleich die Empörung so groß ist wie die Begeisterung. Die Versammlungen unterscheiden sich in nichts von denen in anderen Teilen des Reichs.

Nach einer Baukontrolle des Zentralverbandes der Maurer ist die Konjunktur ziemlich gut. Im ganzen Gebiet wurden 4280 beschäftigte Maurer gezählt, die bei 104 Arbeitgebern in Arbeit stehen, außerdem 600 Lehrlinge, 51 Arbeitgeber mit 2819 Maurern gleich 54 Prozent drohten den Arbeitern die Aussperrung an. Da aber eine solche Kontrolle erfahrungsgemäß nicht alle Beschäftigten erfassen kann, so muß mit 5000 Maurern gerechnet werden. Eine ebenso große Zahl Bauhilfsarbeiter und Arbeiterinnen und etwa 2000 Zimmerer kommen als nächst Beteiligte noch in Betracht.

Rattowitz, 10. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Aussperrung der Bauarbeiter erfolgt nur zögernd. Von 91 Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes entließen heute nur 31 ihre Arbeiter. Bis abends 9 Uhr wurden 1400 ausgesperrte Maurer gezählt.

Die Schneidemühlener Arbeiter in Tilsit streiken, desgleichen die in den benachbarten Ortschaften Splittter und Stolbed. Am Donnerstag legten sie allesamt die Arbeit nieder, da die Unternehmer absolut keine Zugeständnisse machen wollten. In den Tilsiter Schneidemühlener werden geradezu Hungerlöhne gezahlt, wenn man die heutigen Feuerungsverhältnisse in Betracht zieht. 26 bis höchstens 30 Pf. gab es im Sommer pro Stunde, im Winter gar nur 25 Pf. Die Arbeiter, die fast alle im Zentralverband der Transportarbeiter organisiert sind, verlangen jetzt 30 Pf. pro Stunde und zwar Winter und Sommer gleich. Die Schneidemühlener sind dem Unternehmerverband der Holzindustriellen zugehörig und fühlen sich natürlich als die Herren im Hause, die nur allein berufen sind, Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen. Die Konjunktur ist gut, die Unternehmer können die verlangten 30 Pf. pro Stunde zahlen, aber sie wollen es nicht. Sie suchen jetzt Streikbrecher und bieten diesen Stützen des Kapitals 45 Pf. pro Stunde. Der Gauleiter Hahlebe aus Königsberg hat den Unternehmern Vermittlungsvorschläge gemacht, die Herren Schneidemühlener erklären aber, mit einem „Heper“ nicht verhandeln zu wollen. Im Zustand stehen weit über 500 Arbeiter.

In der Rheinschiffahrt erscheint ein Streik unvermeidlich. Vom Verbands der Maschinisten und Heizer wurde dem Arbeitgeberverband der Vorschlag gemacht, den gekündigten Tarifvertrag bis 31. März 1910 weiter bestehen zu lassen. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Die Arbeitgeber bestehen auf den 1. Februar 1911 als Ablauftermin. Dieser Termin wird aber von den Arbeitern mit Recht verworfen. Am Sonnabend sollte erstmals nach dem Unternehmertarif abgeholt werden. Nachen die Unternehmer die angekündigten Abzüge, so bedeutet dies den Streik. Alle Vorbereitungen dazu sind von Seiten der Arbeiter getroffen. Mit Rücksicht auf das Mannheimer Hafengebiet und um eine Aussperrung der Hafensarbeiter und Kranenführer zu verhindern, wird vorläufig kein Generalausstand auf dem Rhein proklamiert. Nur die Oberheinschiffahrt von Mannheim bis Straßburg—Basel wird für die Boote der Mannheimer Firmen gesperrt.

Dann müssen Sie eben sterben

Lohnunterschiede sind bei der Firma H. Schöpp, Pläsch- und Möbelstoffabrik in Wermelskirchen bei Remscheid ausgebrochen. Bereits im Herbst vorigen Jahres wurden ganz erhebliche Lohnreduzierungen vorgenommen. Dasselbe war Mitte März dieses Jahres der Fall, wo den Arbeitern Lohnreduzierungen von 3,00 M. bis 4,80 M. pro Woche angekündigt wurden. Auf den Einspruch der Arbeiter gab die Firma nichts. Als ein Arbeiter, dem man statt 2,50 M. nur 1,70 M. Tagelohn geben wollte, erklärte, daß er von diesem Lohn nicht leben könne, hörte er die lakonische Antwort: „Dann müssen Sie eben sterben, wenn Sie von 1,75 M. nicht leben können!“ Als der Geschäftsführer der dortigen Filiale des Textilarbeiterverbandes vorstellig wurde, bequemt sich die Firma doch, einen Fabrikantenschuß anzuerkennen, einen Lohnstarif auszuhängen und den angekündigten Lohnabzug auf die Hälfte zu reduzieren. Von dieser Zeit an ging aber auch das Bestreben der Firma Schöpp dahin, die Organisierten aus dem Betriebe hinauszuwerfen und die Neueingestellten mit niedrigeren Löhnen auszuspeisen. Nunmehr sind abermals Differenzen ausgebrochen, da die Neueingestellten sich ebenfalls organisierten und den vollen Lohn verlangen. Daraufhin hat die Firma sämtlichen Arbeitern gekündigt und sucht für diese in verschiedenen Zeitungen Ersatz. Vor Arbeitsanahme bei genannter Firma wird gewarnt.

„Christliche“ am Pranger.

In einer Versammlung in Duisburg hatten Mitglieder des christlich-nationalen Deutschen Gärtnerverbandes, dessen geistiger Leiter Franz Wehren ist, gegenüber den antwortenden Kollegen des Freien allgemeinen deutschen Gärtnerverbandes behauptet, der Hauptvorstand desselben hätte aus der Kasse 200 Mark entwendet und der Bezirksleiter A. Linke-Düsseldorf hätte damit eine Hochzeitsreise gemacht. Erst verliuchten die Verleumder, ihre Aussage zu bestreiten, um dann gleich hinterher zu erklären, sie würden den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptung erbringen. Da dies an Gerichtsstelle nicht gelang, und da Linke wieder 200 Mark erhalten noch eine Hochzeitsreise gemacht hatte, wurden die „Christen“ Stäblich, Jachen und Krämer zu je 30 Mark eventuell 3 Tagen Haft und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

An diesem Falle ist wieder einmal drastisch bewiesen, in wie ordinärer Weise „Christliche“ mit der Ehre ihres Nächsten umspringen. Der katholische Dr. Sigl wußte sie richtig einzuschätzen, als er sagte: Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.

Der Choristenstreik.

Der Direktor des Bremer Tibolitheaters, dessen Chor in den Ausstand getreten ist, sendet den bürgerlichen Blättern eine Mitteilung, in der es heißt:

Von den alten Chormitgliedern ist ein großer Teil freiwillig zurückgekehrt mit der schriftlichen und auch mündlichen Erklärung, daß sie irreguliert in den Streik mit eingetreten seien. Wegen den anderen, noch ausstehenden Teil der böswillig kontraktbrüchig gewordenen Chormitglieder (von Seite der Direktion sind keine Entlassungen und keine Maßregelungen erfolgt), hat die Direktion das gerichtliche Verfahren wegen Kontraktbruch anhängig gemacht und wird nicht verfehlen, seinerzeit die Entscheidung des Gerichts zu veröffentlichen.

Die Logik des Bierwirtes und Operettenleiters ist entzündend: „Keine Maßregelungen“, aber „gerichtliches Verfahren“! Die „freiwillige“ Rückkehr einiger Chormitglieder ist im übrigen ebenso glaubhaft wie der „böswillige“ Kontraktbruch der anderen. Man sieht, es wiederholen sich beim Bühnenproletariat dieselben Körpergefechte — besonders auch auf Seiten des Unternehmers, dieselben Kniffe und Tricks — wie vor einem Menschenalter beim Gros des Proletariats, das heute die längst errungene Position siegreich behauptet. Die Bremer Choristen haben wenigstens den Erfolg erzielt, daß die größten Operetten einseitig vom Repertoire abgesetzt werden mußten. In dem angeführten Schreiben hat der Direktor noch den Rat, von der „nicht gerade rosiggen wirtschaftlichen Lage“ in Bremen zu reden, mit der — er rechnen muß! Werkswürdig, daß die wirtschaftliche Krise immer dann konstatiert und eingestanden wird, wenn der Profit des Unternehmers bedroht ist. Die Arbeitnehmer dürfen sich nicht erlauben, die Krise zu verspüren.

Ausland.

Die Lage in den schottischen Kohlenruben

verschlimmert sich täglich. Die Grubenbesitzer haben sich gegenseitig kontraktlich verpflichtet, den Arbeitern keinerlei Konzessionen zu machen. Das Exekutivkomitee der Kohlenbergwerkarbeiter hat den Ausstand empfohlen, wenn die für die Lohnreduktion angekündigte Frist abläuft. Der Ausstand würde am 29. Juli zu erwarten sein. Am 15. Juli wird die Frage noch einmal der englischen Bergwerkarbeiterföderation unterbreitet, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es dabei zur Proklamation eines ganz England und Schottland umfassenden Generalstreikes kommt.

Achtung, Holzarbeiter! Bei Holzarbeitergesuchen nach Schweden wird gebeten, darauf zu achten, daß bei der Firma Carl Fredrikssens Träfskräddings-Aktiebolag zu Cartrineholm sich im Streik befinden. Die Firma versucht in Deutschland Streikbrecher zu werden.

Versammlungen.

Die Filiale Groß-Berlin des Verbandes der Steinseher hielt dieser Tage ihre Generalversammlung ab. Nicht vertreten waren die Unterbezirke Kremmen, Saarmund und Briesen a. O. Die Diskussion über den Bericht des Vorstandes zeitigte das Resultat, daß bei Firmensperren oder bei Beendigung einer Sperre durch die Ortsverwaltung in der Parteipresse Bericht zu erlangen ist. Weiter verbreitet sich die Diskussion über den Arbeitsnachweis und ist die Ansicht stark vorherrschend, daß die Steinseher einen Arbeitsnachweis, wie sie ihn hatten, wohl schwerlich wieder bekommen werden. Ein Bericht über die Kasse konnte nur für das erste Vierteljahr gegeben werden. Im letzten Quartal haben trotz dringender Aufforderung neun Bezirke noch nicht abgerechnet. Der Bezirk Berlin-Osten ist bisher den Bestimmungen des Organisationsstatuts § 2 noch nicht nachgekommen, wonach die Kassengehälter bis spätestens zur Generalversammlung dem Hauptfiskierer zu übergeben sind. Weiter bekräftigt Hauschild in seinem Bericht die Verschmelzung der Lokalfonds der drei Sektionen. Dieser Antrag wird durch die Generalversammlung einstimmig genehmigt. Desgleichen soll der 15. Juli dieses Jahres als Anfangstermin gelten, von wo ab jedes Mitglied sechs Wochen hintereinander eine Extramarke à 50 Pf. zu entnehmen hat. Ein älterer Vorschlag der Filiale Berlin, daß, wer am 1. Mai arbeitet, seinen Tagelohn an die Verbandskasse abzuführen hat, wird dadurch erweitert, daß außerdem diejenigen, welche den 1. Mai nicht gefeiert haben, fünf Jahre lang kein Amt in der Organisation bekleiden dürfen. Der Filialvorstand wurde wie folgt zusammengesetzt: 1. Vorsitzender (besoldet) H. Procauski, 2. Vorsitzender Pflug, 1. Kassierer (besoldet) C. Hauffchild, 2. Kassierer Jul. Lutter, 1. Schriftführer Greke, 2. Schriftführer v. Sirom; Beisitzer Markward, Krönung und Schöhe; Revisoren Conrad, Klautsch und Schönebeck. Im Bericht der Schlichtungskommission gibt Gauleiter Schenke bekannt, daß die Berliner Innung jetzt den Tarif anerkannt hat. Jeder Versuch der Unternehmer, die Errungenschaften der Arbeiter zu beschneiden, mußte an dem festen Zusammenhalt der organisierten Arbeiterschaft im Gewerbe zerfallen. Durch friedliches, aufläutesendes Einwirken auf die Polizei werden auch diese überzeugt, daß die Organisation für die Arbeiterschaft notwendig ist. Die neue Schlichtungskommission setzt sich zusammen wie folgt: Schenke, Procauski, Hauffchild, Greke, Finke und Schulze. Mit einem kräftigen Hoch auf das Weitergehen der Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der legenden Schah.

Adin, 10. Juli. (B. T. B.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Teheran vom 10. Juli telegraphiert: Heute hat bei Schahabad ein Gefecht zwischen den Truppen des Schahs und den mit den Nationalisten vereinigten Badkischen stattgefunden. Der Führer der letzteren wurde schwer verwundet und gefangen. Der Sieg blieb den Truppen des Schahs, die zahlreiche Gefangene machten.

Neue Arbeit.

Saloniki, 10. Juli. (Meldung des Wiener R. A. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Im Sandhagat Ueslis sind 20 Verhaftungen vorgenommen worden, wie es scheint, infolge Entdeckung eines serbischen Komplotts durch die Regierung des Kaiserthums. Auch zwei kompromittierte Mohannomedaner sind verhaftet worden. Voghdon Radencowitsch, der Präsident des Klubs der osmanischen Serben, ist, wie es heißt aus Furcht vor Verhaftung, plötzlich nach Belgrad abgereist.

Sum Tode verurteilt.

Trier, 10. Juli. Der Rennfahrer Breuer aus Berlin ist wegen Ermordung des Röhlenbesizers Rattonec aus St. Bith nach acht-tägiger Verhandlung zum Tode verurteilt worden.

Glad für Liferanten.

Paris, 10. Juli. (B. T. B.) Nach einer Mitteilung des Marineministeriums sind durch den Brand in Cherbourg während der letzten Nacht 10 Nebenmagazine für Unterseeboote sowie das Hauptmagazin und das Akkumulatormagazin zerstört worden.

Parteigenossen!

Zur Beschlus des Nürnberg Parteitages findet der diesjährige Parteitag in Leipzig statt. Auf Grund der §§ 11, 12, 13, 14 und 15 des Organisationsstatuts beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 12. September, abends 7 Uhr,

nach dem Saale des Volkshauses in Leipzig, Zeitzerstraße 32, ein.

An die Punkt 7 Uhr abendliche Eröffnung schließen sich die Konstituierung des Parteitages, die Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung und die Wahl der Mandatsprüfungskommission an.

Die Verhandlungen der folgenden Tage finden in dem gleichen Lokal statt.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: H. Wollenkühn, A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrollen. Berichterstatter: A. Raden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: G. Ledebour.
4. Bericht der Kommission wegen Aenderung des Organisationsstatuts. Berichterstatter: Fr. Ebert.
5. Reisebericht. Berichterstatter: H. Müller.
6. Reichsversicherungsordnung:
a) Allgemeine und Krankenversicherung. Berichterstatter: G. Bauer.
b) Unfallversicherung. Berichterstatter: Robert Schmidt.
c) Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Berichterstatterin: Luise Zich.
7. Internationaler Kongress in Kopenhagen. Berichterstatter: Paul Singer.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig.

Die Anträge müssen spätestens am 16. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 14 Abs. 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vorstandes der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag selbst zu begründen oder durch befreundete Genossen begründen zu lassen.

Die Delegierten werden ersucht, von ihrer Delegation dem Parteivorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und sonstige Mitteilungen zu sehen können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Richard Lipinski, Leipzig, Eiferstraße 14.

Die Mandatsformulare werden vom 16. August ab durch das Parteibureau: W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, versandt.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Kleines feuilleton.

Ein Meistermedailleur vor hundert Jahren. Für das Münzkabinett der Berliner Museen sind jetzt 675 Porträtmedaillen von Leonhard Wosch erworben worden, die den wesentlichen Teil der künstlerischen Hinterlassenschaft dieses tüchtigen, beinahe ganz vergessenen Meisters umfassen. In unserer Zeit, in der durch die Wiederentdeckung der Medaille in Frankreich auch bei uns eine neue Vorliebe für diese keine Kunst emporgelblüht ist, dürfen die Werke dieses Meistermedailleurs auf besondere Aufmerksamkeit rechnen, zumal er alle bekannten Männer und alle schönen Frauen aus dem Berlin der Wiedererweckung, Napoleon und seine Generäle, Karl August von Weimar und unsere großen Dichter, kurz die ganze „vornehme Welt“ porträtiert hat. Leonhard Wosch war, wie wir einer längeren Mitteilung in den künftigen Berichten aus den königlichen Sammlungen entnehmen, ein geborener Oesterreicher, der 1804 nach Berlin kam, in die königliche Eisenlegerei eintrat und sich rasch in der strengen Art Schabows heimlich machte. Er schuf lebendige Medaillons von allen Mitgliedern des königlichen Hauses, auch von den großen Generalen der Befreiungskriege. Napoleon wurde auf ihn bei seinem Einzug in Berlin aufmerksam, ließ sich von ihm nach dem Leben formen und berief ihn schließlich nach Paris. 1814 kehrte dann Wosch nach Berlin zurück und entfaltete hier weiter eine reiche Tätigkeit. Die Menschen seiner Zeit stehen in seinen Bildern mit aller Lebendigkeit vor uns, das Genie wie der Spießbürger, der Gelehrte und der Kriegermann, die Prinzessinnen und die Schauspielerinnen. Von den ursprünglichen Eisen-, Blei- und Gipsabgüssen ist nur wenig erhalten; Woschs Kunst tritt und aber aus den aufbewahrten Gussformen in Gips noch rein und schön entgegen.

Das Totenschiff. Der Dampfer „Shimosa“, der jüngst von New York nach China abging, hatte nicht weniger als 8000 Passagiere an Bord; noch niemals dürfte ein Schiff, und noch dazu ein verhältnismäßig so kleines, eine so große Menschenkraft befördert haben. Trotz der gewaltigen Ueberfüllung hat aber keiner der Passagiere protestiert oder Lärm geschlagen, und das aus dem einfachen Grunde, weil die Fahrgäste sämtlich tot waren. Reisende, die sich in Särgen befördern lassen, nehmen nur wenig Raum ein. Die Chinesen glauben bekanntlich, daß sie der Fremden des Paradieses nur dann teilhaftig werden können, wenn ihr Leichnam in der Heimat bestattet wird. Deshalb zählt jeder Chinese, der im Auslande lebt, in mehr oder minder hohen Raten eine bestimmte Summe an eine Gesellschaft, die sich verpflichtet, nach seinem Tode die Leiche nach China zu schaffen. Die Gesellschaft, die in allen Weltteilen, besonders aber in Amerika, wo die Chinesen in ganzen Kolonien leben, Zweigniederlassungen hat, läßt von Zeit zu Zeit Chinesen, die fern von der Heimat bestattet sind, ausgraben und sendet die Leichen nach Hongkong, wo sie definitiv eingegraben werden. Die Gesellschaft verpflichtet sich außerdem, in jeden Sarg ein Pfund

Zum Parteitag.

Als Vorsitzender des Wohnungsausschusses fungiert Genosse Gustav Orbel, Leipzig-Plagwitz, Weissenfelder Straße 9. Die Delegierten werden gebeten, sich vorher unter Angabe ihrer Adresse in Leipzig anzumelden und anzugeben, welchen Preis sie für ein Zimmer wünschen. Den Delegierten kann nach der Anmeldung auch das Orientierungsmaterial zugehen, das wertvoll ist, weil in Leipzig mit 5 Bahnhöfen zu rechnen ist.

Reichstag.

280. Sitzung. Sonnabend, den 10. Juli, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg, Sydow, v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die

dritte Beratung des Finanzgesetzes.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Der Reichstag steht vor dem Abschluß seiner Beratungen über die Steuerentwürfe. Durch die bereits gefassten und noch zu erwartenden Beschlüsse dritter Lesung wird zwar den Anschauungen nach der Gesamtbedarf an Steuern bewilligt, dessen Befriedigung die Finanzentwürfe bezwecken, aber in der Art der Aufbringung ist der Reichstag den Vorschlägen der Verbündeten Regierungen nur zum Teil gefolgt. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Aber sehr!) Es ist nicht gelungen, ein Einverständnis zu erzielen mit einer Reihe von Projekten für Verbrauchs- und Verbrauchsteuern, denen der Bundesrat den Vorzug gibt vor den an ihre Stelle gesetzten Erbschaftsteuern. Die dringende wünschenswerte Bindung der Matrikularumlagen ist nicht erreicht worden. Eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit ist entstanden über die zweckmäßigste Form Steuern auf den Besitz zu legen, ohne die Steuerquellen anzugreifen, die den Einzelstaaten vorbehalten bleiben müssen. Ihre Beschlüsse haben die Verbündeten Regierungen vor die Frage gestellt, ob sie trotzdem die Neuordnung der Reichsfinanzen weiter verfolgen oder ihre Regelung einem späteren Zeitpunkt vorbehalten sollen. Sie haben sich einstimmig für die Weiterverfolgung entschieden und sind entschlossen, die vereinbarten Verbrauchsabgaben zugleich mit den zugestandenem Besitzsteuern unter Ausschluß der für sie nicht annehmbaren Notierungssteuer als ein einheitliches Ganzes zur Verabschiedung zu bringen. (Erwähl bei der Mehrheit.) Für diesen Entschluß ist sachlich mächtige Berechnung bestimmend gewesen. Die Stellung, die die verbündeten Parteien dieses hohen Hauses zu den einzelnen Steuerentwürfen eingenommen haben, bieten keine Bürgschaft dafür, daß die Reform später und selbst bei veränderter Zusammensetzung des Reichstags in einer die Bedürfnisse des Reiches besser befriedigenden Gesamtgestaltung überhaupt zustande kommen würde. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.) Die Verschiebung würde also nicht bloß die Finanznot des Reiches um Monate verlängern, sondern das ganze Werk in das Ungeheuer stellen. (Sehr richtig!) Der Zwang, die Einnahmen des Reiches ohne Zeitverlust zu festigen, ist von der ganzen Nation erlitten. (Erneutes sehr richtig bei der Mehrheit.) Ihr Lebensinteresse fordert, daß der Unruhe, die nun seit Jahren auf den Finanzen, auf Gewerbe und Verkehr lastet, ein Ende bereitet wird. (Unruhe links.) Nicht durch einen Ausschub in die Zukunft, sondern durch eine Tat der Gegenwart! Die Verbündeten Regierungen sind ohne Ausnahme einig darin, daß diese Forderung schwerer wiegt als die Mängel, die sie in den Kauf nehmen, wenn jetzt die Einigung erzielt wird. Zudem sie danach handeln, leisten sie in Gemeinschaft mit dem Reichstage einen Dienst, den ihnen die Verantwortung für das Wohl des Landes auferlegt. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. v. Seydewitz (L.):

Wir freuen uns über die Erklärung der Regierung, darüber, daß keine Läden geblieben sind, die später zu schweren Zerwürfissen führen könnten. Wir freuen uns, daß jetzt das große Werk vollendet vor uns liegt, zu dessen Zustandekommen meine politischen Freunde schwere Opfer gebracht haben. (Stürmisches Gelächter links.) Glauben Sie etwa, daß uns der Verzicht auf die Herabsetzung der Zucksteuer so leicht geworden ist und daß wir die steuerliche Belastung des Spiritus mit 80 Mill. leicht nehmen? (Erneutes stürmisches anhaltendes Gelächter links.) Das Opfer allerdings, das

und in der Vorlage der Verbündeten Regierungen angenommen war, der Erbschaftsteuer zuzustimmen, konnten wir nicht bringen. Ausschlaggebend war für uns dabei, daß wir in dieser Steuer nichts anderes sehen konnten, als eine allgemeine Besitzsteuer, und daß wir, wie wir offen bekennen, eine solche nicht in die Hände einer auf dem gleichen Wahlrecht beruhenden Körperschaft legen wollen!

(Große Bewegung links.) Wir können das nicht, weil es dann gar kein Mittel gibt, um später zu verhindern, daß die Höhe dieser Steuer so verschärft und erhöht werden, daß sie schließlich zu einer Expropriation des Besitzes führt. (Große Heiterkeit v. d. Sozialdemokraten.) Es gibt gewiß einzelne in unserer Partei, die daran zweifeln, ob wir nicht doch besser getan hätten, der Erbschaftsteuer zuzustimmen. (Hört! hört! links.) Wir haben aber das Vertrauen, daß auch diese später einsehen werden, daß die konservative Fraktion richtig gehandelt hat. (Zuruf links: Sie werden es bereuen!) Wir haben auch weiter Opfer gebracht in unseren ganzen staatsrechtlichen Auffassungen, indem wir den sogenannten Besitzsteuern zugestimmt haben. (Erneute große Unruhe, anhaltendes Gelächter links.) Diese Steuerquellen müssen den Staaten und Gemeinden zur Verfügung stehen, die keine anderen Steuerquellen haben. (Zuruf links: Vertzuochsstuer!) Daß das Werk der Finanzreform in einzelnen Teilen und, wenn Sie wollen, auch im ganzen im höchsten Grade ansehbar bleibt, geben wir zu! (Lebhafte Hört! hört! links.) Wenn Sie (nach links) dazu gekommen wären, positive Beschlüsse zu fassen, so wollte ich mal sehen, was dann aus der Sache geworden wäre. (Große Unruhe links, lebhafteste Zustimmung rechts.) Wir haben den sogenannten Besitzsteuern zugestimmt, um den Schein zu vermeiden, als wenn wir einseitige egoistische Interessen, die Interessen des Grundbesitzes, allein gemahrt hätten. (Stürmisches Gelächter links.) Auf dem Wege, den wir gegangen sind, liegt

der Bloß.

Was war der Bloß? Der Bloß, der aus den Wahlen von 1907 hervorgegangen ist, wollte gewisse nationale Interessen, die damals gefährdet schienen, unbedingt sichern, und das deutsche Volk wollte, daß die Vorherrschaft einer einzelnen Partei, die ihr damals nach Lage der parlamentarischen Verhältnisse zugefallen war, (Zuruf links: Jetzt wieder!) aufhöre. Dieses Ziel ist erreicht worden, und es bleibt erreicht! (Großes Gelächter links.) Aber der Reichskanzler Herr Bülow hatte aus dem Bloß noch etwas anderes gemacht. Er hatte eine Verbindung der konservativen und der liberalen Partei herbeigeführt unter grundsätzlicher Ausschaltung des Zentrums bei maßgebenden politischen Arbeiten. Das mußte früher oder später, da Liberale und Konservativen in vieler Beziehung eine Weltanschauung trennt (Sehr richtig links) und im letzten Grunde auch unüberwindliche wirtschaftliche Gegensätze zwischen ihnen bestehen, zu Situationen führen, bei denen eine dauernde Verständigung nicht möglich war. Ich erkenne ganz offen an, daß auch meine politischen Freunde durchaus nicht der Ansicht sind, daß das Zusammengehen mit den Liberalen für unsere Sache in jeder Beziehung nachteilig gewesen ist. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber eine Voraussetzung für uns war, daß ein solches Verhältnis aufgebaut war auf der Grundlage der Gleichberechtigung, und diese haben Sie uns versagt. (Stürmisches Gelächter links.) Hat doch Herr Bülow vor wenigen Tagen noch ganz offen ausgesprochen, daß Ihr Ziel sei, nicht bloß das eine oder andere zu erreichen, sondern den ganzen Geist der Verwaltung und Gesetzgebung mit liberalem Geiste zu erfüllen. (Lebhafte Zustimmung links, Zuruf: Ist denn nur konservativer Geist berechtigt?) Es hat eine konservative Aera gegeben, die von Konservativen gestützt war, und eine liberale Aera, von Liberalen gestützt, aber eine liberale Aera, von konservativen Kräften gestützt, die hat die Welt noch nicht gesehen. (Große Heiterkeit und sehr gut! bei den Konservativen.) Aber auf unserem Wege liegt außer dem Bloß auch

unser so verdienstvoller Herr Reichskanzler.

(Gelächter links.) Daß er aus diesem Anlaß seinen Rücktritt nehmen will, ist eine schwere Verantwortung für uns. (Sehr wahr! links.) Dazu habe ich im Auftrage meiner Freunde ein ganz offenes und ungeschminktes Wort zu sagen:

Meine Freunde bedauern, daß der Herr Reichskanzler, wie es jetzt scheint, den endgültigen Entschluß gefaßt hat, aus seinem Amte zu scheiden. Meine politischen Freunde haben nicht vergessen und werden nicht vergessen, was dieser Staatsmann für uns ge-

Humor und Satire.

Der verleumdete Bundesrat.

Nichts ist mehr heilig der infamen Linken Nicht mal der Bundesrat ist heilig ihr! Sie heßt mit Lippen, die zum Himmel stinken, Und die ich deshalb eiligst demontier':

Wie fiel dem Bundesrat es ein, zu sagen, Er tret' für die Erbschaftsteuer ein! So wahr die Kesselfässer Winnen tragen, Er fand die Erbschaftsteuer stets gemein!

Wie war der süßen Eintracht holde Bäume Bei Kanzler und dem Bundesrat gestört! So wahr am Tag der Mond und nachts die Sonne Am Himmel steht! Ich find' es unerhört!

Der Bundesrat ist konsequent gewesen, Wer anders sagt, der läßt impermanent! So wahr Reptilien die Gottheit der Chinesen Und Krapp der größte Schlagraumproduzent!

Mit Stolz sag' ich es Euch Verleumdern allen, Damit Ihr es für alle Zeiten wißt: Der Bundesrat ist niemals umgefallen, So wahr er neulich umgefallen ist!

(Karikieren in der „Jugend“.)

Notizen.

Die Luftschiffahrt regiert den Tag. In Frankfurt a. M. wurde die internationale Luftschiffahrt-Ausstellung am Sonnabend eröffnet. Sie will das Ganze des verzweigten Betriebes umfassen und alle bedeutenden neueren Systeme vorführen. — Ein Student der Dresdener technischen Hochschule hat einen Flugapparat erfunden, mit dem am Freitag bereits praktische Versuche angestellt wurden. — Der englische Lufttechniker Latham will mit einem Monoplan (Eindecker) den Kannelkanal überfliegen. Die Vorbereitungen dazu werden in Calais getroffen.

Die Sammlung des Millionenprogen Chauchard, die dieser bekanntlich um den Preis der Ehrenlegion dem Louvre vermacht hat, ist nun gefastet. Die Gemälde sind durchwegs von Bedeutung, wenngleich manche von ihnen dem ignoranten Stiefsohn von Schlauen Händeln und „Freunden“ zu übertriebener Preisen angehängt worden sind. Vorhanden sind vor allem 7 Millet, 28 Corot, ein Dupré, hervorragende Werke von Diez und Decamps und eine Menge Raiffonier. Im ganzen sind es zweihundert Kammern, die sämtlich provisorisch im Ballsaalhaus der Tuilerien untergebracht werden sollen. Viel schämmert sieht es mit den Skulpturen aus. Dieser Teil besteht zumel mit schlechter moderner Porzellanware und aus Kopien alter Meisterwerke. Der Louvre kann mir wenigstens verwenden. Den Rest will man auf Schlösser und Provinzmuseen verteilen. Dort mag Chauchard dann als nationaler Erzähler wirken. ...

Wesen ist, mit wie klarem Geisteslicht diese bedeutende Mann für uns die Interessen des Landes nach innen und außen vertreten hat. Und wir werden nicht bezweifeln, was dieser Kanzler gerade auch für unsere wirtschaftlichen Interessen getan hat und mit welcher niederschlagender Veredelmacht er der Sozialdemokratie entgegengetreten ist, die nicht mehr sein würde, wenn Worte und Weise zur Beseitigung einer Bewegung ausreichen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wir sind aber dem Reichskanzler auch zu Dank verpflichtet für die männliche und feste Art, mit der er so oft auch vor die Person des Königs und Kaisers getreten ist. (Hört! hört! links.) Wenn vielleicht der eine oder andere meiner politischen Freunde der Meinung gewesen ist, daß das nicht immer im vollen Umfange geschehen sein sollte (lebhaftes Hört! hört! links) — gewiß, es soll nicht dunkel bleiben — so sind doch meine Freunde einig bis auf den letzten Mann darüber, daß, wenn der Herr Reichskanzler so gehandelt hat, es nur deshalb geschehen ist, weil er der besten und ehrlichsten Überzeugung war, so der Sache seines Königs am besten zu dienen. (Bravo! rechts.) Und

einen solchen Reichskanzler

hätten wir stützen sollen? Etwas, weil er ein anderes preussisches Wahlrecht herbeiführen wollte? Gott, meine Herren, daß uns diese Ankündigung besonders gefallen hätte, kann ich ja nicht behaupten. Aber, meine Herren, wir sind doch auch in Preußen modern genug, zu wissen, daß kein Gesetz und auch

kein Wahlgesetz ewig

sein kann — das sind Dinge, die sich anordnen dem wechselnden Fluß der politischen Dinge. Die Partei, die nichts für sich hätte als die formalen Bestimmungen eines Wahlgesetzes, würde auf die Dauer doch keinen festen Boden fassen können. (Lebhaftes Zustimmung links.) Vergessen Sie doch nicht, daß auch Sie einst auf der Basis dieses Wahlrechts die Mehrheit hatten. (Sehr gut! rechts.) Oder sollten wir deshalb den Reichskanzler stützen, weil er den Liberalen auch in Preußen ein Bläschen an der Sonne zugestanden? Nein, die preussischen Konservativen denken so, daß ohne jede Rücksicht auf das politische Bekenntnis innerhalb der bürgerlichen Parteien jedem der Zutritt zu öffentlichen Ämtern freistehen muß. Wenn Sie nur danach sind (Große Heiterkeit), werden Ihnen Ämter und Würden offen stehen. Das also war es nicht. Und auch nicht, daß der Reichskanzler sich für die Erbschaftsteuer entschieden hätte — den Weg nach Damaskus verzeihen wir ihm. (Weiterkeit.) Wir verdanken ihm nicht, daß er wahrscheinlich auch unter schwerem Druck seine Auffassung in dieser Frage geändert hat. Aber er verlangte auch von uns das Opfer der Überzeugungen in diesem Falle. Dabei mußte der Herr Reichskanzler längere, ehe dies Gesetz vorgelegt wurde — wir haben es ihm in autoritativer Weise durch unseren Vorsitzenden mitteilen lassen —, daß es für die konservative Partei eine Unmöglichkeit sein würde, dies Gesetz zu verabschieden, und er wußte das zu einer Zeit, wo noch ein anderer Weg beschritten werden konnte.

Der Herr Reichskanzler hat an sein Bleiben oder Gehen auch

nach eine andere Bedingung

geknüpft. Er hat gesagt, daß er einer Politik nicht würde zustimmen können, die gegen die Liberalen gemacht würde. Hätten Sie (nach links) die Konsequenz daraus gezogen, positive Mitarbeit zu leisten, dann hätten Sie Ihren Kanzler behalten! (Große Unruhe links.) Aber ein Staatsmann, der sich mit einer politischen Richtung identifiziert, die im letzten Augenblicke verfehlt, kann von und nicht beanspruchen, daß wir zurückweichen. Wir konnten auch nicht annehmen, daß er aus diesem Grunde aus dem Amte scheiden würde; das stand ja in Widerspruch mit seinen eigenen Worten von der Abweisung eines parlamentarischen Regimes. Könnten wir annehmen, daß ein Reichskanzler, der sein Amt nur seinem Kaiser und Herrn und seinem Gewissen verdanken will, vor dem Datum einer Partei und sei es auch der unsrigen, zurückweichen werde? (Sehr gut! rechts.) Das konnten wir nicht annehmen und haben wir nicht angenommen.

Von unseren Gegnern und zum Teil auch von unseren Freunden wird uns vorgeworfen, daß wir es seien, die eine Vorherrschaft des Zentrums, wie sie dereinst war, wieder herbeiführen hätten. (Stürmisches Sehr richtig! links.) Wir wissen, wie die Situation liegt, und wir haben den Mut, ihr entgegenzutreten. Ein Bündnis mit dem Zentrum hat in dieser Angelegenheit nicht bestanden und besteht nicht. (Gelächter links, Zuruf: Das war auch gar nicht nötig!) Wir haben unsere Beschlüsse auf Grund rein sachlicher Erwägungen gefaßt, und wenn das Zentrum zu denselben Ergebnissen kam wie wir, so hätten wir keinen Grund, das zurückzuweisen, wo es sich um die Vollendung eines solchen Werkes handelt. (Sehr gut! rechts.) Hat nicht auch Fürst Bismarck die Grundfragen unserer Wirtschaftspolitik mit dem Zentrum gelegt? Hat nicht Fürst Bismarck mehr als 10 Jahre im Einverständnis mit dieser Partei die politischen Geschäfte geführt? Also wir befinden uns in einer Gesellschaft, der wir uns nicht zu schämen haben. Wir werden bereit sein, mit jeder bürgerlichen Partei in gemeinschaftlicher politischer Arbeit zusammenzugehen, vorausgesetzt, daß sie uns auf der Basis der Gleichberechtigung behandelt. (Gelächter links.) Wir wünschen die Vorherrschaft keiner einzigen Partei (Zuruf links: Nur der Ihrigen!) und nehmen sie auch für uns nicht in Anspruch. (Große Heiterkeit links, Zuruf: Sie haben sie ja!) Aber ebenso entschieden lehnen wir die grundsätzliche Ausschaltung einer politischen Partei ab. Wir kennen die Macht der katholischen Kirche, denken aber groß genug von der Macht der evangelischen Kirche und der Freiheit, die ihr Palladium ist. (Gelächter bei den Sozialdemokraten) daß wir den geistigen Kampf mit der katholischen Kirche nicht wollen.

Wir wünschen aber nicht eine zweite Auflage des Kulturkampfes!

(Lebhaftes Bravo! rechts.) Weiter ist uns vorgehalten, daß zu der Mehrheit, die sich bei der Finanzreform gebildet hat, auch die Mitglieder der polnischen Fraktion gehörten. Es ist die erste Besorgnis entstanden, daß aus einem solchen Zustand eine Gefährdung unserer nationalen Interessen hervorgehen könnte. Demgegenüber habe ich zu erklären, daß in keiner Phase dieser Verhandlungen und seitens der polnischen Fraktion auch nur der Schatten der Auffassung entgegengetreten ist, als ginge sie von einer anderen als einer rein sachlichen Grundlage aus. (Gelächter links.) Glauben Sie wirklich, daß wir nicht Nationalgefühl haben, um, wenn es anders gewesen wäre, unsere Mitwirkung abzulehnen? Meine Herren von der Linken, Sie haben oft genug verlagert in nationalen Fragen, (Große Unruhe links) unsere Partei hat noch nie verlagert! (Stürmischer Widerspruch bei den Liberalen, Zuruf: Kein Kanich, keine Kähe!) Und ich muß offen gestehen, daß eine positive Mitarbeit der polnischen Fraktion, objektiv betrachtet, mehr wert war als ein schamloses Weisheitssehen. Ausgeschlossen ist es jedenfalls, daß wir die deutsch-nationalen Interessen, auf denen wir stehen, daß wir die gute deutsche Kultur, die uns anvertraut ist, jemals preisgeben. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Ich kann wohl sagen, daß meine politischen Freunde in diesem ganzen schweren Kampfe ein gutes Gewissen gehabt haben. Das hat uns getragen und geschützt, und das wird uns auch zur Seite stehen, wenn wir vor das Land und vor unsere Wähler treten! (Stürmischer Beifall rechts, Rufen links.)

Hg. Singer (Soz.):

Die Erklärung des Staatssekretärs des Innern war die bedingungslose Unterwerfung unter den Willen der jetzigen Steuermajorität.

Er hat wieder einmal bewiesen, daß die feierlichsten Erklärungen der Verbündeten Regierungen nur insoweit Wert haben, als sie von den Konservativen und dem Zentrum ratifiziert werden. Damit hat der Herr Staatssekretär im Namen der Verbündeten Regierungen vollkommen abgedankt. Im Deutschen Reichstage haben wir nur noch zu rechnen mit dem Willen der von Herrn von Heydebrandt vertretenen konservativen Partei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ausführungen des Herrn von Heydebrandt sind zweifellos außerordentlich interessant, und es ist bezeichnend, daß die Konservativen bei dieser letzten zusammenfassenden Diskussion nicht ihre bisherigen Führer vorgebracht haben, sondern den eigentlichen Drahtzieher, (lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) den eigentlichen Regierer der konservativen Partei!

Herr v. Heydebrandt hat sich hier als

den Diktator des Deutschen Reiches

aufgespielt. Er hat erklärt, unter welchen Umständen die Regierung auf den Widerstand der Konservativen rechnen kann. Nun will ich mich in seine Auseinandersetzung mit seinen bisherigen Blodbrüdern nicht einmischen. Nur das eine will ich sagen: Es ist schlimm für den Liberalismus, daß einer seiner bisherigen Blodbrüder ihm sagen muß, was er sich selbst von allem Anfang an hätte sagen müssen, daß nämlich ein Zusammenwirken von Konservativen und Liberalen nicht möglich ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit vollem Recht hat Herr v. Heydebrandt gesagt, daß ein gemeinsames Arbeiten von Leuten mit liberaler und konservativer Weltanschauung nicht durchführbar ist. Wenn Liberale existierten, denen der Begriff des Liberalismus ins Blut übergegangen wäre, so hätte der konservativ-liberale Blod überhaupt nicht zustande kommen können.

Für mich und meine Freunde ist das Interessanteste an den Ausführungen des Redner, daß die Konservativen einer Erbschaftsteuer deshalb nicht zustimmen konnten, weil sie diese Steuer einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Körperschaft nicht in die Hand legen wollten. Nach dieser Äußerung wird der zukünftige Reichskanzler ja wissen, was er zu tun hat. Die Regierung ist getan, damit der zukünftige Reichskanzler und Ministerpräsident in Preußen sich in bezug auf die Wahlreform in Preußen danach richtet! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In der konservativen und nationalliberalen Presse wurde in den letzten Tagen behauptet,

die Wahlreform in Preußen

sei nicht gefährdet. Dem gegenüber stelle ich fest, daß Herr v. Heydebrandt mit seinen Worten erklärt hat, der Preis, für welchen die konservative Partei für die Regierung zu haben ist, ist der Verzicht auf eine Wahlreform in Preußen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das festzustellen ist wertvoll. Es gehört aber

die breite Stirn eines Konservativen

dazu, einem Hause, das aus allgemeinen, gleichen, direkten Wahlen hervorgegangen ist, zu sagen: man will eine bestimmte Steuer nur deswegen nicht annehmen, weil sie von einem allgemeinen, gleichem Wahlrecht hervorgegangenem Hause bestimmt und beschlossen ist! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben uns ja über die Auffassung der Konservativen von der bevorstehenden Wahlreform in Preußen nie getäuscht. Wir waren nie so optimistisch wie die Liberalen, welche glaubten, daß durch ihre Beschlüsse im Blod liberale Auffassungen zur Geltung kommen würden. Durch die letzte Rede des Herrn v. Heydebrandt ist dieser Glaube wohl auch dem größten Optimisten gründlich ausgetrieben.

Die Konsequenz dieser Rede

kann gar nicht anders sein als:

ein Kampf auf Leben und Tod mit diesen Konservativen rückständigen Anschauungen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verbündeten Regierungen, die sich zum Werkzeug einer solchen Partei machen, sind genau so zu beurteilen, wie diese Partei selbst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Heydebrandt wollte uns glauben machen, daß die Konservativen nicht aus materiellen Interessen, sondern aus nationalen die Finanzreform gemacht haben. Darauf einzugehen, hieße dem Hohn und Spott, der darin liegt, noch irgend welchen Wert beilegen. Was von der sogenannten „nationalen“ Aufopferung der Konservativen zu halten ist, beweist die Spiritusliebhaberei, beweist das Bestreben dieser Herren, aus dieser angeblich im nationalen Interesse geschaffenen Finanzreform für sich noch besondere Profite herauszuschlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Einige Bemerkungen muß ich

zu den Ausführungen des Redner über den Fürsten Bismarck machen. Er hat dem Fürsten Bismarck eine Art Trauerrede gehalten. (Große Heiterkeit.) Wären die Herren wirklich von Betrübnis über den Abgang des Fürsten Bismarck durchdrungen, so hätten sie diese Betrübnis nicht besser karikiert können als durch die Rede des Herrn v. Heydebrandt. Er verwahrt sich energisch dagegen, daß die Konservativen den Reichskanzler hätten stützen wollen. Gewiß, wenn der Reichskanzler sich in jeder Einzelheit dem Willen der Konservativen gefügt hätte, so würden sie ihn nicht gestützt haben. Sie können nur Minister brauchen, die nach ihrem Willen regieren. Aber daß die Konservativen keinen Minister stützen, ist doch eine etwas dreiste Behauptung. Wie hat denn einst die konservative Fronde gegen Bismarck gehandelt? Wie haben die Herren gegen Caprivi gehandelt? Wie haben Sie auch nur eine Minute gezögert, wenn es galt, einen Minister zu beseitigen, der Ihren Parteinteressen nicht entsprach. Dann waren Sie die wütendsten Ministerstürzer, die es überhaupt geben kann. So naiv sollte doch Herr v. Heydebrandt nicht sein, zu glauben, daß man über ein paar schönen Nebensarten diese Haltung der Konservativen vergessen könnte. Von seinem Standpunkt aus würde ich es den Konservativen auch nicht übel nehmen, wenn sie einen Minister zu stützen suchen, der ihnen nicht recht ist. Nebenbei bemerkt, wäre es nicht das größte Unglück, wenn die Konservativen sich ernstlich bemüht hätten, den Fürsten Bismarck zu stützen. Das Land hätte nichts dabei verloren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung Bismarcks war ja immer eine agrarische, und die Befestigung eines Ministers, der der agrarischen Rassist Vorzug leistet, hätte keine Verzögerung, sondern Befriedigung hervorgerufen.

Ich stelle noch einmal fest: Aus der Rede des Herrn v. Heydebrandt war deutlich herauszuhören, daß die eigentliche Ursache der Ablehnung der Erbschaftsteuer darin bestand, daß die Konservativen von einem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlament keine Besitzsteuern akzeptieren wollten, und wir müssen uns daher mit dem Gedanken vertraut machen, daß der künftige Reichskanzler von der Wahlreform in Preußen absehen wird.

Das war der Preis, den die Konservativen für ihre Mitwirkung an der Finanzreform verlangten. Dieser Preis wird ihnen gezahlt, nun können sie auch ruhig dem politisch toten Bismarck noch einige Krokodilstränen nachweinen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Generaldiskussion, in der wir uns jetzt befinden, ist ja auch eine von den recht eigentlichen Erscheinungen bei dieser Finanzreform. Nachdem zwei Drittel ihres materiellen Betrages endgültig bewilligt sind, kommt man jetzt zu einer Generaldiskussion. So hat es die erleuchtete Weisheit des — das Wort „Schnapsblod“ darf man ja nicht aussprechen — (Weiterkeit) also des Blodes gewollt, dem diese Finanzreform zu danken ist. Wir müssen uns herein fügen, daß nach dem Willen des herrschenden Blodes nicht nur vor Recht geht, sondern auch vor Verstand und vor Logik. Die Generaldiskussion sollte eigentlich die Stellung der einzelnen Parteien zur gesamten Reform ausdrücken, und wird nun erst vorgenommen, nachdem — wie ich sagte — zwei Drittel der ganzen Gesetze bewilligt sind. Aber wie die Dinge in diesem Blod liegen, ist das ziemlich gleichgültig. Die Herren hätten ebensogut die endgültigen Abstimmungen vor der Diskussion vornehmen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen danke ich Herrn v. Heydebrandt dafür, daß er von „sogenannten“ Besitzsteuern gesprochen hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aus seinem Munde ist dieses Wort sehr wertvoll. In der Tat sind die Besitzsteuern nur

„Sogenannte“ Besitzsteuern,

die sind so genannt worden, um zu verdeutlichen, daß die Konservativen und das Zentrum mit ihrem Anhang in diesem Blod Besitzsteuern überhaupt nicht haben wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Hauptlast bei dieser sogenannten Besitzreform trägt die breite Masse der Bevölkerung, der 400 Millionen neuer Steuern aufgebürdet worden sind, neben den 1200 Millionen, welche schon durch den Etat durch indirekte Steuern und Verbrauchsabgaben aufgebracht werden. Der Kopf der Bevölkerung macht diese neuen 400 Millionen etwa 5 M. aus. Für eine Arbeiterfamilie vermehrt sich die Steuerlast dadurch um etwa 20 bis 25 Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Rechnet man die bestehenden 1200 Millionen indirekter Steuern und Verbrauchsabgaben hinzu, so ist die Arbeiterfamilie durchschnittlich mit etwa 125 Mark belastet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zu dem Steuerungslud, welches durch diese Politik über die breite Masse der Bevölkerung erlassen wird, wird noch der Lohn hinzugefügt, indem man sie als „sozial“ bezeichnet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man will der breiten Masse der Bevölkerung noch einreden, daß diese Steuern in ihrem Interesse, im Interesse der Arbeiter und der Industrie gemacht werden!

Wie Recht hat Herr v. Richthofen gestern den Namen Finanzreform aufgegeben. Er gebrauchte die Bezeichnung Finanzordnung. Aber auch diese Bezeichnung ist ganz falsch. Finanzordnung wäre viel richtiger. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Finanzunordnung belastet an Verbrauchssteuern, indirekten Abgaben und Zöllen die breite Masse der Bevölkerung mit folgenden Summen: Kaffee- und Teezoll 37 Millionen, Bier 100 Millionen, Tabak 43 Millionen, Branntwein 80 Millionen, Zündwaren 25 Millionen, Glühkörper 25 Millionen, Veredelung der Zuckersteuer 25 Millionen.

Dazu kommen an Einkommensteuern: die Umsatzsteuer mit 40 Millionen, der Beschaftstempel mit 2 Millionen, der Scheckstempel mit 20 Millionen, der Effektenstempel mit 22 Millionen, die Talonsteuer mit 28 Millionen und die Aufrechterhaltung der Fahrartensteuer = 15 1/2 Millionen. Diese ganze kolossale Summe wird in einem Moment außerordentlich ungünstiger Wirtschaftslage der breiten Masse aufgeladen. Meiner Meinung nach haben die Herren die Rechnung aber ohne den Bier gemacht, wenn sie glauben, daß die der Regierung auf dem Präsentierteller entgegengebrachten 500 Millionen wirklich eingehen werden. Die Entwidlung der nächsten Jahre muß erst zeigen, ob nicht durch diese Belastung des Verkehrs, des Handels und der Industrie eine allgemeine Depression erzielt werden wird, die sich in sinkenden Steuererträgen ausdrücken wird.

Von den 500 Millionen werden also

345 Millionen durch indirekte, 152 Millionen durch Verkehrssteuern aufgebracht. In dieser Steuerordnung befindet sich auch noch die Liebesgabe für Branntweindrenner. Höchstens die 25 Millionen Matrikularbeiträge könnte man allenfalls als direkte Steuern bezeichnen. Wiederholt ist schon auf die feierlichen Erklärungen des Fürsten Bismarck und des Staatssekretärs Sydow hingewiesen worden. Diese Erklärungen liefern darauf hinaus, daß die Verbündeten Regierungen — der Reichsschatzsekretär hob ausdrücklich hervor, daß er in ihrem Namen spreche — eine Steuerreform ohne Nachlasssteuer nicht zustande kommen lassen wollten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler oder vielmehr

der Reichskanzler Fürst Bismarck,

(Weiterkeit) erklärte, daß eine Finanzreform nicht zugelassen würde, in der die Erbschaftsteuer nicht enthalten sei, bei der der Liberalismus ausgeschaltet würde. Und heute hören wir vom Staatssekretär des Innern, daß die Regierungen sich die indirekten und die Verkehrssteuern von den Konservativen und dem Zentrum haben aufzudrücken lassen! Freilich haben die Regierungen dabei das Geheimnis des Handels erlernt; sie haben erlangt, daß man für Zugeständnisse ein Enigelt fordern könne. Und so hat denn der Steuerblod zur Entscheidung für das laudinische Joch, durch das die Regierungen haben kriechen müssen, allerdings nicht den Einzelstaaten die gestundeten Matrikularbeiträge geschenkt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will hier nicht sagen, wie man im bürgerlichen Leben jemanden nennt, der gegen Enigelt und Bezahlung seine wohlverdiente Überzeugung aufgibt. Ich glaube, mich deutlich genug ausgedrückt zu haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das allgemeine Urteil über einen Menschen, der für materiellen Nutzen seine beste Überzeugung aufgibt, ist derart, daß man eigentlich annehmen sollte, die deutschen Regierungen würden sich niemals in die Lage eines solchen Menschen bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben es doch getan, und sie werden sich mit dem Urteil abfinden müssen.

Nun einige Bemerkungen über

die Haltung der bürgerlichen Parteien

zu dieser ganzen Finanzreform. Herr von Heydebrandt und der Laie hat sich mit besonderer Empfindung immer nur an die bürgerlichen Parteien gewandt. Doch er die Sozialdemokratie nicht genannt hat, läßt uns selbstverständlich außerordentlich kalt. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Politik des Herrn v. Heydebrandt ist geeigneter als jede andere, die Macht der Sozialdemokratie im Lande und im Parlament zu stärken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich zweifle nicht daran, daß der Tag kommen wird, an welchem den Konservativen ein Licht über die Wirkung ihrer Politik aufgehen wird. Auch haben wir ich überzeugt, daß dieser Wahltag auch ein Tag der Vergeltung der christlich-sozialen Arbeiter am Zentrum sein wird. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Vergeltung hat sich das Zentrum durch seine Haltung bei der Finanzreform reichlich verdient. Das Zentrum hat Raue genannt an dem Fürsten Bismarck für die Auflösung von 1906; es lehrt zu seiner früheren Rolle zurück, es ist wieder die eigentlich regierende Partei. Was besagen dagegen die Vorbehalte, die der Redner gegenüber dem Zentrum gemacht hat? Das Zentrum weiß ganz genau, daß die rückständige, weltfeindliche Politik der Junker und Agrarier nur durchgesetzt werden kann, wenn das Zentrum sich für diese Politik den Konservativen zur Verfügung stellt. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten), und daß das Zentrum ohne Gegenbezahlung nichts tut, wissen wir alle ganz genau. (Lebhaftes Zustimmung links.) Das Zentrum hat es also erreicht:

Zentrum ist wieder Trumpf in Deutschland.

Bewirkt hat dies die kluge Politik des Fürsten Bismarck und der Verbündeten Regierungen, bewirkt hat dies die Politik der nach Füllung des großen Portemonnaies und nach neuen Liebesgaben lästernen Junker. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Für den Fürsten Bismarck führt der Weg

zur Villa „Maita“ über Ganshof!

(Lebhaftes Zustimmung und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Fürst Bismarck ist das Opfer der Junkerpolitik geworden, nicht bloß das Opfer des Zentrums. Aber Fürst Bismarck ist auch — und das muß gegenüber der Rede des Herrn v. Heydebrandt festgestellt werden — Fürst Bismarck ist nicht nur das Opfer des Zentrums geworden, sondern auch

das Opfer seiner eigenen Schwäche, seiner Halslosigkeit, seines Mangels an Mut, seiner ziellosen Schaulustpolitik, jener Politik, die nur den einen Zeitgedanken hatte: am Reichskanzleramt zu jeden Preis zu bleiben! Wenn Fürst Bismarck wirklich Patriotismus, d. h. den festen Willen besessen hätte, das Interesse der großen Mehrheit der deutschen Nation wahrzunehmen, dann hätte er unmittelbar nach Ablehnung der Erbschaftsteuer entweder vom Kanzlerstuhl herabsteigen oder — was noch weit besser gewesen wäre — zur Auflösung schreiten müssen. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.) Er hätte an das Volk appellieren und das Volk zum Urteil über diese Finanzreform aufrufen müssen! Und aus dem Ausfall dieser Wahlen hätte er dann die Konsequenzen ziehen müssen.

Der Redner irt jetzt sehr, wenn er sagt, daß die Auflösung des Reichstags kein anderes Resultat ergeben hätte. Gätte der Reichs-

Kanzler nicht genau gewußt, daß die Auflösung des Reichstags ihm doch keine gefügige Regierungsmajorität ergeben hätte, so hätte er mit tödlicher Gewißheit aufgelöst. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber er wußte nur zu gut, daß er durch die Auflösung einen Reichstag bekommen hätte, der dieser Steuerreform grundsätzlichen Widerspruch entgegengekehrt hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Auflösung des Reichstags hätte dem Volke Gelegenheit geboten, seine Meinung über den geplanten Ausbau zum Ausdruck zu bringen. Fürst Bülow aber ist ein Agrarier, und darum hat er die Auflösung unterlassen und hat gebuhlet, daß die Finanzreform ohne Erbschaftsteuer, gegen die er sich so feierlich bewahrt, zustande kommt, wenn auch ohne seine persönliche Mitwirkung. Die Grabschrift ist bekannt, die er sich selbst setzen wollte, sie muß aber etwas abgeändert werden und lautet:

„Hier ruht ein Reichskanzler, der seine Ueberzeugung, seine Selbstachtung, seine Würde den Agrariern zum Opfer gebracht hat!“

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Durch den Druck ihrer feierlichen Erklärung und durch die Zustimmung zu den von ihnen selbst als schädlich, mangelhaft und undurchführbar bezeichneten Verkehrssteuern haben sich die Verbündeten Regierungen bis auf die Knochen blamiert; sie sind zu Marionetten des Steuerblocks geworden, und die Drahtzieher hinter den Kulissen sind die eigentliche Regierung. Einen besonders pikanten Beleg dafür hat die Sache noch dadurch, daß zu den Parteien, denen die Regierung sich bedingungslos unterworfen hat, auch die Polen gehören. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich gratuliere den Herren Polen zu dieser ihrer Stellung; aber ich bezweifle sehr, ob die polnische Arbeiterklasse mit dieser Auffassung ihrer parlamentarischen Vertreter zufrieden sein wird, die eine Finanzreform zustande gebracht haben, deren Wesen in der

Belastung der breiten Massen und Steuerdrückerei der besitzenden Klassen

besteht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Stellung des Liberalismus

zu dieser sogenannten Finanzreform bedarf noch einiger Bemerkungen: Mit dem endgültigen Beschluß der liberalen Parteien, gegen die Finanzreform, namentlich auch gegen die indirekten Steuern zu stimmen, können wir ja zufrieden sein. (Hört! hört! rechts.) Ich, Herr Hahn, Sie sind doch auch zufrieden, wenn jemand so stimmt, wie Sie es für richtig halten. (Sehr gut! links.) Die Tatsache jedoch, daß die Liberalen jetzt mit uns die gesamten Steuern ablehnen, befreit den Liberalismus doch nicht von dem berechtigten Vorwurf, daß er bereit gewesen ist, 400 Millionen Reichsmark indirekte Steuern zu bewilligen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weil Sie aus Verärgerung über die Ablehnung einer Erbschaftsteuer von 58 Millionen Reichsmark nunmehr gegen die indirekten Steuern stimmen, wird das Volk nicht vergessen, daß Sie bereit gewesen sind, 400 Millionen an indirekten Steuern zu bewilligen! (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Da erst die Ausschaltung aus der Regierungsmehrheit die Veranlassung für die Liberalen gewesen ist, gegen die indirekten Steuern zu stimmen (Sehr richtig! im Zentrum), wird das Volk den Liberalismus noch seinen Absichten und nicht nach seinen Taten beurteilen. (Weiterkeit.) Es bleibt fest stehen, daß der Liberalismus ursprünglich das ganze Steuergesetz bewilligen wollte. Gewiß sind auch wir, so wie der Liberalismus, gegen die Belastung des Verkehrs durch Effektensteuern usw. Wenn wir aber für soziale Zwecke zur Deckung der Besoldungsvorlage usw. eine Reichsdarlehenssteuer, eine Reichs Einkommensteuer und eine wirkliche Erbschaftsteuer forderten, dann wären die Liberalen immer dagegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daraus ergibt sich, daß die zahme Erbschaftsteuer für die Liberalen nur das Freigenießt sein sollte, um ihre Zustimmung zu den die breite Masse des Volkes belastenden, den Advenantien der geforderten Summe ausmachenden indirekten Steuern notwendig zu bemängeln. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Noch ein paar Worte über

die Haltung der nationalliberalen Partei:

Ich bedauere, daß Herr Kollege Wassermann noch nicht das Wort ergriffen hat. Zur Zeit des alten Blocks pflegte er oben auf der Rednertribüne zu stehen. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Er wird noch reden!) Herr Wassermann hat auf dem nationalliberalen Vertretertag, ähnlich wie heute hier Herr v. Seydewitz, einen elegischen Nachruf auf den Fürsten Bülow gehalten. Noch am Grabe pflanzte Herr Wassermann die Hoffnung auf (Weiterkeit) und glaubt in seinem Optimismus an eine Wiederaufhebung des gründlich in Scherben gegangenen konservativ-liberalen Regierungsbunds. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler Fürst Bülow räumt Junkern, Zentrum und Polen das Feld. Aber Herr Wassermann hält unentwegt an der liberal-konservativen Wodidee fest. Wie Lessing einmal gesagt hat:

„Ich flieh', um öfter noch zu fliehen,
Sprach Klipp, der Kern von tapfern Leuten.
Das heißt, so überseht ich ihn:
Ich flieh', um öfter noch zu flieh'n.“

(Große Weiterkeit.)

Das etwa ist die Haltung, die Abg. Wassermann dem Fürsten Bülow zumute. Durch den Nachruf des Herrn Wassermann auf den Fürsten Bülow lang die Hoffnung durch, daß Bülow eines Tages wieder als Reichskanzler erscheinen und dann Herr Wassermann mit seinen Männern ihm unentwegt zur Seite stehen werde. (Große Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Herr Wassermann rühmt es als großes Verdienst des Fürsten Bülow, daß er die Sozialdemokratie zum ersten Male zu positiver Arbeit veranlaßt und es erreicht habe, daß in unserer Fraktion noch schweren Kämpfen die revisionistische Richtung gestiftet habe. Was positive Arbeit anlangt, so hat Herr Wassermann wohl vergessen, daß wir nie die Mitarbeit an positiven Leistungen verweigert haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben 1906 für die damalige Erbschaftsteuer und die Lantiensteuer gestimmt; wir haben Handelsverträge durch unsere Stimmen zur Annahme gebracht, und viele Gesetze der verschiedensten Art zeigen deutlich Spuren unserer positiven Mitarbeit. Nur ein nationalliberaler Gemütszustand verzieht es, wie man solche Tatsachen einer schönen Redefloskel wegen einfach wegzurechnen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer nun vollends Herrn Wassermann das Märchen von dem Siege der revisionistischen Richtung in unserer Fraktion eingeschoben hat, möchte ich wirklich wissen. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Wassermann hat sich gründlich täuschen lassen, inwiefern die Fraktion einmütig und ohne Meinungsverschiedenheiten ihre Abstimmungen bei der Finanzreform beschlossen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Wassermann hat sich von seiner regen Phantasie beraten lassen und Märchen erfunden, um in bürgerlichen Kreisen die angeblichen Verdienste des Fürsten Bülow zur Anerkennung zu bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Wirklichkeit hat gerade die volksfeindliche, gemeinschädliche Politik des Fürsten Bülow hervorragend dazu beigetragen, die Sozialdemokratie zum ersten Festhalten an ihren programmatischen Forderungen zu veranlassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und es heißt, sich einem toskalen Verstum hingeben, wenn man glaubt, daß die Bülowpolitik die Reichen der Sozialdemokratie ins Wanken bringen könnte. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Herrn Wassermann, es uns zu überlassen, unsere Angelegenheiten zu regeln. Seine Spekulationen, bei denen zweifellos der Wunsch der Vater des Gedankens ist, werden sicherlich nicht in Erfüllung gehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Widerstand gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen hat die Haltung der Konservativen und zum Teil des Zentrums in der Finanzreform bestimmt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Widerstand gegen die Veseitigung des Schandzinses in Preußen des Dreiklassenwahlsystems, distierte

ihre Stellungnahme. (Erneute lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Verewigung dieses elendesten aller Wahlsysteme, um mit Fürst Bismarck zu sprechen, ist es neben dem Profit ihres großen Fortemmonales, was die Konservativen veranlaßt hatte, diese Finanzreform zustande zu bringen. Zentrum und Konservative haben gegen die Nachschleuer gestimmt in der festen Gewißheit, daß die Regierung, ungeachtet aller feierlichen Erklärungen, vor ihnen die Segel streichen und die einzig vernünftige Steuer im materiellen Interesse der herrschenden Klassen aus dem Steuerbuche herausnehmen werde. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Um zu einer vernünftigen, dem Volkswohle nicht schädlichen Politik im Reiche zu kommen, muß mit der Rückständigkeit in Preußen gebrochen werden. Diese sogenannte Finanzreform führt zu keiner dauernden Gesundung der Reichsfinanzen; Voraussetzung zu einer solchen ist vielmehr einzig und allein die Einschränkung der Ausgaben, die Einschränkung der Militär- und Marineausgaben, der Verzicht auf die 170 Millionen und 180 Millionen verschlingende Kolonialpolitik. Der Militärmoloch und der Kolonialmoloch verschlingen nicht nur das, was diese angebliche Reform an Einnahmen bringt, sie verschlingen Millionen und Abermillionen darüber, und wenn weiter so Politik getrieben wird, werden wir in zehn Jahren vor der Notwendigkeit einer neuen sogenannten Finanzreform stehen. Ich kann mich für meine Auffassung auf einen Zeugen berufen, der sich in den Augen der Mehrheit durch seine Unfallschwelligkeit gegenüber den konservativ-herald-politischen Forderungen einen glänzenden Namen erworben hat: (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten) auf den Reichschatzsekretär Sadow. Mit anerkenntwürdiger Offenheit hat er in der Budgetkommission erklärt, daß die 500 Millionen nur zur Deckung der Augenblicksbedürfnisse ausreichen und daß ohne anderweitige Deckung selbst die Veteranenbeihilfe, die jetzt erhöht werden soll, nicht bestritten und die Erhöhung der Rauschhaftlöhne von täglich 8 Pfennig nicht aufgebracht werden könne. Und so hat denn der konservativ-herald-politische Block sein Werk durch Verzicht auf Erhöhung der Rauschhaftlöhne und der Veteranenbeihilfen gefördert. Er begnügte sich mit einer Resolution, die diese Erhöhung für das nächste Jahr fordert, und erklärte sich bereit, für Deckung zu sorgen, falls nicht die nötigen Ersparnisse am Etat gemacht werden.

Ein weiterer Beweis dafür, daß diese Finanzreform zur dauernden Gesundung nicht führen kann, ist das Zurückweichen der Mehrheitsparteien vor dem

„Unannehmbar“

des Schatzsekretärs gegenüber der Forderung, die Gehälter der unteren und mittleren Beamten in einigermaßen genügender Weise aufzubessern. Bei der Erbschaftsteuer fügten sich die Mehrheitsparteien dem Unannehmbar nicht; sie fügten sich ihm, als es sich darum handelte, den armen Unterbeamten jährlich 100 M. oder einem Soldaten 8 Pf. täglich mehr zu geben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das wird die Beamten von der völligen Unzuverlässigkeit dieser Parteien überzeugen. So lange eine Reichstagsausführung in Frage stand, waren Konservativ und Zentrum fest entschlossen, die Gehaltsaufbesserungen mit und gemeinsam durchzuführen der Regierung zum Trotz. Als aber diese Gefahr vorüber und den Herren ihre Reichstagsstühle auf 2/3 Jahren weiter gesichert waren, da vergaßen sie ihre Versprechungen, ihre Reden auf Beamtentagen und stimmten aus Furcht vor dem Unannehmbar der Regierung der Zurückführung der Postassistenten und Unterbeamten zu! (Sehr richtig! b. d. Sop.) Dabei würde einem Block gegenüber, der ihr 500 Millionen Reichsmark zuzuschlagen, die Regierung es nicht wagen, wegen 4 1/2 bis 5 Millionen die Besoldungsvorlage nicht zu verabschieden. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn die Majoritätsparteien festbleiben würden, so könnte auch die allermächtigste Regierung es nicht wagen, einer Besoldungsordnung zu widersprechen, welche durch die Verteuerungspolitik notwendig geworden ist, die Regierung und Reichstag beim Postarat getrieben haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es sieht somit außer Frage, daß diese Finanzreform eine dauernde Sanierung der deutschen Finanzen nicht herbeiführt.

Deutschland eilt dem finanziellen Zusammenbruch entgegen, wenn nicht mit den wahnwitzigen Ausgaben für Militär und Kolonien innegehalten wird.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Eine Vereinigung aller Völker zur Veseitigung dieser wahnwitzigen Rüstungen ist, was uns not tut,

und wenn die Verbündeten Regierungen Deutschlands sich ein wahres, patriotisches Verdienst um des deutschen Volkes Wohlfahrt erwerben wollen, so mögen sie bei den übrigen Regierungen Schritte zu dieser Verständigung tun. Das wäre ein wirklicher Kulturdienst für das eigene Volk und die ganze Kulturwelt! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das wäre ein Schritt, den der Weisheit der ganzen Welt begrüßt würde; das wäre in Wahrheit, um mit Fürst Bülow zu sprechen: „Deutschland in der Welt voran!“ (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die polnisch-herald-konservative Finanzreform von 1909

bedeutet

für die Junker ein Geschäft, für das Zentrum einen Triumph, für den Reichskanzler das Ende, für das Volk eine neue Ausplünderung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir lehnen diese Finanzreform bei der Gesamtstimmung in all ihren Teilen ab. Wir verlangen direkte Steuern, Vermögens- und Erbschaftsteuer. Und wir stimmen solchen Steuern zu, auch wenn sie unermesslichen Schaden durchaus noch völlig entsprechen. Darum haben wir in der zweiten Lesung für die Effektensteuer und ähnliche Steuern gestimmt. Wir lehnen aber alle die Steuern ab, die den Verkehr einschränken und dadurch, daß sie Handel und Industrie in ihrer vollen Entfaltung beeinträchtigen, ungünstig auf die breiten Massen des Volkes zurückwirken. Angesichts der allgemeinen Situation lehnen wir aber in der Gesamtstimmung auch die direkten Steuern ab, denen wir sonst zugestimmt haben würden, weil wir der Ueberzeugung sind, daß diese 120 oder 140 Millionen sogenannte direkte Steuern nichts sind als ein Vorwand für die 400 Millionen indirekter Steuern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir verweigern dieser sogenannten Steuerreform unsere Zustimmung, weil wir sonst ein Verbrechen an den breiten Volksmassen begehen würden. (Erneute lebhaft Zustimmung b. d. Sozialdemokr.) Die Mehrheitsparteien werden diese Steuerreform unbedünktet um unsere Ausführungen annehmen. Sie werden das Odium dafür zu tragen haben. In dem Tage, an dem das Volk zum Urteil über die Steuerdrückerei der Besitzenden, über die Ausschaltung von 400 Millionen indirekter Steuern auf die wirtschaftlich Schwachen aufgerufen wird, an diesem Tage wird das Volk vernichtend Gericht halten! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Dieber (nall.):

Was heute durch die neue Mehrheit geschaffen wird, ist keine Finanzreform, sondern ein Steuerbuckel. Von einer organischen Neuordnung des Reichsfinanzwesens ist keine Rede mehr. (Lebhafte Zustimmung links.) Mit dem Grundgedanken ihrer Reform hat die Regierung eine Niederlage erlitten. (Sehr richtig! links.) Das Zusammengehen mit dem Zentrum und auch mit den Polen hat Herr v. Seydewitz als sehr harmlos hingestellt. Dabei erklärt er maßgebendes polnisches Blatt, daß die polnische Fraktion nur gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hat, um Rache (wie das Zentrum am Fürsten Bülow zu nehmen) für seine antipolnische Politik! (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Der Mittelstand in Stadt und Land hat sich dahin ausgesprochen, daß er durch die Erbschaftsteuer weit weniger getroffen werde als durch die jetzt beschlossenen Steuern. Diese Steuer hat jetzt in den weitesten Kreisen des Volkes ihren Siegeszug gehalten, und wenn sie hier auch mit keiner Mehrheit trotzgeschlagen ist, so wird sie doch wieder kommen! (Sehr richtig! links.)

Der Vorwurf, daß wir im Schmolzwinkel gefesselt hätten, ist ganz unbedeutend. Unter der Voraussetzung einer allgemeinen Veseitigung wären wir bereit, an indirekten Steuern noch mehr

zu bewilligen. (Hört! hört! und Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Was aber ein nationales Werk werden sollte, ist schließlich ein einfaches Geschäft geworden! (Sehr wahr! links.)

Den Block hat Herr v. Seydewitz wenig freundlich betrachtet. In dem Herrn Reichskanzler sehen wir mit Bedauern einen von konstitutionellem modernen Geist erfüllten Staatsmann von der Leitung der Geschäfte zurücktreten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Auf das Leitmotiv des Blodgedankens, das in Hundertausenden von Patrioten freudigen Widerhall erweckt hat, wird vielleicht ein späterer Nachfolger des scheidenden Reichskanzlers wieder zurückzugreifen sich veranlaßt sehen. Nicht das schlechteste Zeichen für den guten Gedanken der Blodpolitik ist das Mißfallen, das sie bei der Sozialdemokratie erweckt hat. Wenn Herr Singer meinte, liberal und konservativ könnten nie zusammen kommen, so kann ich ihn nicht für kompetent halten, zu entscheiden, was liberal ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Zwischen den Nationalliberalen und der Sozialdemokratie herrscht eine tiefe unüberbrückbare Kluft. (Zuruf im Zentrum: W a d e n !)

Wir — und auch die Regierung — sind bei diesem Kampfe die Besiegten. Aber die Reform bleibt Stückwerk und säreit nach Verbesserung. Bei der wirklichen Finanzreform der nächsten Jahre werden die Besiegten von heute die Sieger sein. (Lebhafte Bravo! bei den Nationalliberalen, Lachen rechts.)

Abg. Frhr. v. Hertling (B.):

Wir können auch jetzt schweigen und die Tatsachen reden lassen. (Abg. Singer: Geißel Große Weiterkeit.) Die aus den Wahlen von 1907 hervorgegangene Blodmehrheit hat bei der Finanzreform versagt, und das große Werk hat nicht ohne Hilfe des Zentrums beendet werden können. Das Zentrum hat in der ganzen Aktion konsequent und zielbewußt gehandelt. (Stürmische Weiterkeit links.) Wir haben nie eine Politik der Verärgerung getrieben, und wir waren von Anfang an entschlossen, am Werke der Sanierung der Reichsfinanzen mitzuarbeiten. Wir haben uns abstimmt in der Kommission überzeugen lassen, daß der geforderte Betrag von 500 Millionen völlig gedeckt werden mußte. Was verschlagen dagegen die mehr oder minder temperamentvoll vorgetragenen Bedenken gegen Einzelsteuern? Ich erkenne an, daß der Reichschatzsekretär stets die Hilfe aller Parteien in Anspruch genommen hat (sehr richtig im Zentrum), auch der Reichskanzler hat nicht ausdrücklich die Mitwirkung des Zentrums ausgeschaltet, und einmal sogar, wenn ich mich nicht irre, an sämtliche bürgerlichen Parteien appelliert. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Anders hingegen es aus der Blodpresse, namentlich aus dem liberalen Teil derselben. Die „Königliche Zeitung“, Herr v. Bayer in der „Frankfurter Zeitung“ erklärten: Die Finanzreform muß vom Block gemacht werden. Trotzdem hat das Zentrum mitgearbeitet. Der Antrag Herold bezeugt es. Dann aber kam der Veseitigungskompromißantrag Camp. Es war augenscheinlich, daß das Zentrum ausgeschaltet werden sollte. Aufdrängen wollten wir unsere Mitwirkung nicht. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Es ist nicht leicht, im Deutschen Reiche eine Finanzreform zu machen. Indirekte Steuern sind naturgemäß unpopulär, und sie in einem Maße zu machen, das aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen, ist doppelt schwierig. Uns wäre es auch lieber, wenn wir nur die Bescheidnen treffen könnten. Aber man soll doch auch nicht vergessen, daß in den Einzelstaaten direkte Steuern bezahlt werden, und deshalb ist es nicht richtig, daß im Deutschen Reich die Hauptmasse der Steuern Steuern auf die Besitzlosen sind.

Unsere Mitarbeit ist uns durch manche Umstände erleichtert. Die Steuern, gegen welche wir in der ersten Lesung gesprochen haben, die Nachschleuer, das Branntweinmonopol, die Tabakbanderole, die Elektrizitätssteuer, waren in der Kommission abgelehnt worden. Unsere positive Mitarbeit war nur an der Seite der Konservativen möglich, mit denen uns die Ablehnung der Veseitigung des Erbes der Delegendenten und Ehegatten gemeinsam ist. Die Minderheit gegen die Erbschaftsteuer war nur deshalb so groß, weil auch die äußerste Linke dagegen stimmte. In den bürgerlichen Kreisen leidet man keineswegs danach, das Einkommen zu besteuern. (Zustimmung bei der Mehrheit, Rufe bei den Sozialdemokraten: Anstöß!) Aus dem Branntwein wollten wir mehr herausholen, aber das Monopol lehnen wir ab, und deshalb stimmten wir der Liebesgabe zu, die kein Geschenk an den Geizgrundbesitz, sondern einen Schutz der süddeutschen kleinen Brennereien bedeutet. Der Neuerung eines Führers der Rechten, man werde doch schließlich zu einer Reichssteuer kommen, und Vermögenssteuer kommen, widerspreche ich aus entsetzlichen! Unsere Finanzreform ist Stückwerk genannt worden. Aber das ist alles Menschenwerk. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Noch einige allgemeine Bemerkungen: Ein konservativ-heraldisches Bündnis oder eine konservativ-heraldische Alliance gibt es nicht und kann es nicht geben. Die konservative Partei ist die Partei des altpreußischen Grundbesitzes. Darin besteht ihr Recht und ihre historische Bedeutung, und das bedingt auch ihre homogene Zusammensetzung. Das Zentrum dagegen ist verschiedenartig zusammengesetzt: aus Rheinland-Westfalen und Süddeutschland. Ferner gibt es bei und auch große soziale Unterschiede: unsere Wähler sind sowohl unter den Arbeitern zu finden wie bei dem aufstrebenden, selbstbewußten Bürgertum; bei den Fragen, die das moderne Leben aufwirft, werden wir daher stets eine andere Stellung einnehmen als die Konservativen.

Und nun der polnische Einschlag des sogenannten Bündnisses. (Weiterkeit bei der Mehrheit.) Wir sind immer Gegner der gegen die Polen gerichteten Politik gewesen. Mit doppelter Bewunderung erkennen wir an, daß die Herren von der polnischen Fraktion trotz ihrer schwierigen Lage hier entschlossen positive Arbeit geleistet haben. (Lebhafte Bravo! bei der Mehrheit, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Vivat Polonia!)

Und die Liberalen dürfen sich doch über die Polen nicht wundern. Denken Sie doch an die Ostmarkenzulage und das Vereinsgesetz! (Stürmisches Sehr gut! im Zentrum, bei den Polen und den Sozialdemokraten.)

Darum ist denn eigentlich 1906 der Reichstag aufgelöst worden? Doch nicht aus Verärgerung über eine Kritik unsererseits oder über die gutmütige Protektion einiger untergeordneter Subalternbeamten durch einige meiner Freunde. So tief schlage ich die Klugheit des leitenden Staatsmannes nicht ein. Um was es sich damals handelte, war: das Aufkommen eines liberalen Regimes im Reich und Preußen zu fördern. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich unterschätze den Liberalismus nicht. Er ist die Anschauung die leicht des größten Teils des bestehenden Bürgertums. Er verfügt über Geld und über die Presse. Er verfügt aber nicht mehr über die großen Wählermassen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Verhältnisse haben sich seit den 70er Jahren gründlich geändert. Die Zeiten, wo die bürgerlichen liberalen Parteien eine Mehrheit im Reichstage hatten, werden nie wiederkehren; dafür sorgt die äußerste Linke. (Sehr richtig!) Sollte dem Liberalismus die Vorherrschaft noch einmal für längere oder kürzere Zeit verschafft werden, so würde das nicht mehr aus eigener Kraft geschehen, sondern nur auf dem Umwege des Blocks. Gleich nach den Wahlen sagte ich zu einem Konservativen: Wenn diese Politik gelingt, haben Sie die Sache zu beghen. (Weiterkeit.)

Als der Jubel über die Ausschaltung des Zentrums ausbrach, ist ein Punkt übersehen worden: Im alten Reichstag war in wirtschaftlichen Dingen eine Mehrheit ohne die Nationalliberalen nicht vorhanden, im neuen Reichstag ist dies der Fall. (Abg. Ledebaur: Das hat der Liberalismus verschuldet durch die Unterstützung der Konservativen! Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube auch nicht an den Block von Bebel bis Wassermann, ich glaube auch nicht, daß Herr Wassermann dabei wäre! (Weiterkeit.) Aber gründen Sie diese große liberale Partei! Dann wird bei der großen konservativen Partei, die dann entsteht, das Zentrum an der Stelle sein! (Lebhafte Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.):

Bei der Finanzreform vor drei Jahren hat das Zentrum ebenfalls den Ausschlag gegeben. Auf der ganzen Linie aber hat diese

Finanzreform Fiasco gemacht. Das Zentrum hat es also entweder nicht verstanden oder nicht den Willen gehabt, eine gesunde Finanzreform zu machen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Diese Erfahrung bestätigt die Wichtigkeit der Auffassung, daß auch die gegenwärtige Finanzreform nicht ein Werk von dauernder Bedeutung sein wird. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Die Form, die jetzt die Branntweinsteuer angenommen hat, ist geradezu unerträglich. (Sehr richtig! links.) Herr v. Hertling scheint über die Wirkung der Liebesgabe noch im Unklaren zu sein, die großen Spiritusbrenner wissen aber sehr genau, weshalb sie dieser Steuer zugestimmt haben. (Sehr wahr! links.) Sehr charakteristisch war die Abneigung gegen das allgemeine Wahlrecht, die aus den Worten des Herrn v. Heubrand hervorleuchtete. (Sehr richtig! links.) Es sprach aus diesen Worten das Mißtrauen gegen das Zentrum, das doch für das allgemeine Wahlrecht ist, und, wenn er von der „Expropriation der Besitzenden“ sprach, auch das Mißtrauen gegen die Regierung, als ob sie bereit sein würde, mit vollen Segeln in den Sozialismus hineinzufahren. (Sehr gut! links.)

Wenn man den Freisinnigen vorwirft, an ihnen sei die Finanzreform gescheitert, so ist das ein sachlich unwarmer Vorwurf und ein uneheliches Spiel, das denen, die es betreiben, nicht zur Ehre gereicht. (Sehr richtig! links.) Alle Dialektik des Herrn Hertling wird die Wähler des Zentrums nicht darüber hinwegtäuschen können, daß das Zentrum die Interessen des Mittelstandes und der Wähler bei dieser Finanzreform gänzlich außer acht gelassen hat. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Heubrand war so gnädig, zuzugestehen, daß auch liberale Männer in die Verwaltung kommen dürften, aber er fügte hinzu: „wenn sie danach sind“, das heißt also: wenn sie in ihrer öffentlichen Wirksamkeit von ihren liberalen Anschauungen keinen Gebrauch machen! Wollten doch die Konserverativen nicht einmal dulden, daß ein Mann der Selbstverwaltung wie Schädling von seinen politischen Anschauungen öffentlich Gebrauch macht! (Sehr wahr! links.)

Herrn Singer bemerke ich, daß wir keinen Anlaß haben, mit Bedauern auf die Zeit des Bloks zurückzublicken. Was geschaffen ist mit unserer Mitwirkung, kann auch vor der Kritik bestehen. (Bravo! bei den Freisinnigen.) An der Wahlreform in Preußen halten wir nach wie vor fest und erwarten, daß, was in der preussischen Thronrede zum Vorbergnügen der Konserverativen versprochen ist, recht bald durchgeführt wird. Wenn Herr v. Heubrand sagte, die Konserverativen hätten in nationalen Fragen nie versagt, so erinnere ich an das Wort des Fürsten Bismarck: „Die Herren von der „Preussischen Zeitung“ haben mir das ministerielle Leben recht schwer gemacht; die schlimmsten Verdächtigungen sind von ihnen ausgegangen, sie lichen mich im Stich, als es darauf ankam, zunächst einmal das Deutsche Reich vor der Welt auf die Beine zu stellen.“ (Hört! hört! links.) So haben auch jetzt die Konserverativen den Fürsten Bismarck im Stich gelassen, als es galt, die Finanzen des Reiches auf die Beine zu stellen. (Sehr wahr! links.) Fürst Bismarck hat Verständnis für die konstitutionellen Forderungen der Zeit gehabt. Er hat es verstanden, die Stellung Deutschlands zu wahren und den Frieden zu erhalten. Auch hat er sich eingesetzt für die Gleichberechtigung des Liberalismus. Deshalb wird sein Name mit Ehren genannt werden. (Bravo! bei den Freisinnigen.) Das gleiche kann man von der Haltung der Verbündeten Regierungen nicht sagen; sie haben eine bedauerliche Schwachheit gezeigt und das Ansehen des Bundesrats aufs schwerste geschädigt. An den Bloß von Hebel bis Wassermann glaube ich auch nicht. Wohl aber hoffe ich auf die weitere Einigung der liberalen Parteien; nicht eine Verschmelzung ist notwendig, aber einiges Handeln der liberalen Parteien.

Herr v. Hertling spottete, daß uns die großen Wählermassen nicht mehr zur Verfügung stehen. Gewiß hat uns die agrarische und sozialdemokratische Bewegung einen Teil der Wähler entfremdet, aber mehr Wähler als das Zentrum haben wir immer noch. (Lebhafte Zustimmung bei den Liberalen.) Unsere jetzige Haltung wird uns weitere Wählerkreise gewinnen, unsere Niederlage von heute wird die Ursache unseres Sieges in der Zukunft sein. (Lebhaftes Bravo! bei den Freisinnigen.)

Herrn Singer (Sp.): Die Befundung der Finanzen ist eine Lebensfrage des Reiches. Wir haben es daher als patriotische Pflicht erachtet, hierbei mitzuwirken, zuerst mit der Mehrheit, die sich bei den Wahlen auf nationaler Grundlage gefunden hat. Als sie sich zu unserem größten Bedauern nicht zusammenhalten ließ, hat unser politisches Pflichtgefühl uns geboten, die Mitarbeit bei einer anderen Mehrheit nicht zu versagen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Herrn Singer (Sp.): Die Befundung der Finanzen ist eine Lebensfrage des Reiches. Wir haben es daher als patriotische Pflicht erachtet, hierbei mitzuwirken, zuerst mit der Mehrheit, die sich bei den Wahlen auf nationaler Grundlage gefunden hat. Als sie sich zu unserem größten Bedauern nicht zusammenhalten ließ, hat unser politisches Pflichtgefühl uns geboten, die Mitarbeit bei einer anderen Mehrheit nicht zu versagen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Herrn Singer (Sp.): Die Befundung der Finanzen ist eine Lebensfrage des Reiches. Wir haben es daher als patriotische Pflicht erachtet, hierbei mitzuwirken, zuerst mit der Mehrheit, die sich bei den Wahlen auf nationaler Grundlage gefunden hat. Als sie sich zu unserem größten Bedauern nicht zusammenhalten ließ, hat unser politisches Pflichtgefühl uns geboten, die Mitarbeit bei einer anderen Mehrheit nicht zu versagen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Herrn Singer (Sp.): Die Befundung der Finanzen ist eine Lebensfrage des Reiches. Wir haben es daher als patriotische Pflicht erachtet, hierbei mitzuwirken, zuerst mit der Mehrheit, die sich bei den Wahlen auf nationaler Grundlage gefunden hat. Als sie sich zu unserem größten Bedauern nicht zusammenhalten ließ, hat unser politisches Pflichtgefühl uns geboten, die Mitarbeit bei einer anderen Mehrheit nicht zu versagen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Herrn Singer (Sp.): Die Befundung der Finanzen ist eine Lebensfrage des Reiches. Wir haben es daher als patriotische Pflicht erachtet, hierbei mitzuwirken, zuerst mit der Mehrheit, die sich bei den Wahlen auf nationaler Grundlage gefunden hat. Als sie sich zu unserem größten Bedauern nicht zusammenhalten ließ, hat unser politisches Pflichtgefühl uns geboten, die Mitarbeit bei einer anderen Mehrheit nicht zu versagen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Herrn Singer (Sp.): Die Befundung der Finanzen ist eine Lebensfrage des Reiches. Wir haben es daher als patriotische Pflicht erachtet, hierbei mitzuwirken, zuerst mit der Mehrheit, die sich bei den Wahlen auf nationaler Grundlage gefunden hat. Als sie sich zu unserem größten Bedauern nicht zusammenhalten ließ, hat unser politisches Pflichtgefühl uns geboten, die Mitarbeit bei einer anderen Mehrheit nicht zu versagen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Herrn Singer (Sp.): Die Befundung der Finanzen ist eine Lebensfrage des Reiches. Wir haben es daher als patriotische Pflicht erachtet, hierbei mitzuwirken, zuerst mit der Mehrheit, die sich bei den Wahlen auf nationaler Grundlage gefunden hat. Als sie sich zu unserem größten Bedauern nicht zusammenhalten ließ, hat unser politisches Pflichtgefühl uns geboten, die Mitarbeit bei einer anderen Mehrheit nicht zu versagen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Herrn Singer (Sp.): Die Befundung der Finanzen ist eine Lebensfrage des Reiches. Wir haben es daher als patriotische Pflicht erachtet, hierbei mitzuwirken, zuerst mit der Mehrheit, die sich bei den Wahlen auf nationaler Grundlage gefunden hat. Als sie sich zu unserem größten Bedauern nicht zusammenhalten ließ, hat unser politisches Pflichtgefühl uns geboten, die Mitarbeit bei einer anderen Mehrheit nicht zu versagen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Herrn Singer (Sp.): Die Befundung der Finanzen ist eine Lebensfrage des Reiches. Wir haben es daher als patriotische Pflicht erachtet, hierbei mitzuwirken, zuerst mit der Mehrheit, die sich bei den Wahlen auf nationaler Grundlage gefunden hat. Als sie sich zu unserem größten Bedauern nicht zusammenhalten ließ, hat unser politisches Pflichtgefühl uns geboten, die Mitarbeit bei einer anderen Mehrheit nicht zu versagen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Herrn Singer (Sp.): Die Befundung der Finanzen ist eine Lebensfrage des Reiches. Wir haben es daher als patriotische Pflicht erachtet, hierbei mitzuwirken, zuerst mit der Mehrheit, die sich bei den Wahlen auf nationaler Grundlage gefunden hat. Als sie sich zu unserem größten Bedauern nicht zusammenhalten ließ, hat unser politisches Pflichtgefühl uns geboten, die Mitarbeit bei einer anderen Mehrheit nicht zu versagen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Herrn Singer (Sp.): Die Befundung der Finanzen ist eine Lebensfrage des Reiches. Wir haben es daher als patriotische Pflicht erachtet, hierbei mitzuwirken, zuerst mit der Mehrheit, die sich bei den Wahlen auf nationaler Grundlage gefunden hat. Als sie sich zu unserem größten Bedauern nicht zusammenhalten ließ, hat unser politisches Pflichtgefühl uns geboten, die Mitarbeit bei einer anderen Mehrheit nicht zu versagen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Herrn Singer (Sp.): Die Befundung der Finanzen ist eine Lebensfrage des Reiches. Wir haben es daher als patriotische Pflicht erachtet, hierbei mitzuwirken, zuerst mit der Mehrheit, die sich bei den Wahlen auf nationaler Grundlage gefunden hat. Als sie sich zu unserem größten Bedauern nicht zusammenhalten ließ, hat unser politisches Pflichtgefühl uns geboten, die Mitarbeit bei einer anderen Mehrheit nicht zu versagen. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Hierauf wird das Gesetz betr. Änderungen im Finanzwesen in der

Gesamtabstimmung

mit 226 gegen 127 Stimmen angenommen bei 2 Stimmenthaltungen.

Ueber die

Schaumweinsteuer

wird nach einem Antrag v. Nischhofen (L.) namentlich abgestimmt; die Steuer wird angenommen mit 232 gegen 120 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen.

Beim

Umsatzsteuern auf Grundstücksübertragungen

beantragt

Abg. Graf Westarp (L.) zu beschließen, daß bis zum 1. April 1912 eine Reichswertzuwachssteuer eingeführt werden soll, die mindestens 20 Millionen Mark jährlich betragen soll.

Abg. Cuno (fr. Sp.): Die Wertzuwachssteuer ist tot; es lebe die Wertzuwachssteuer! Von Ihren sogenannten „Besitzsteuern“ war die Wertzuwachssteuer die beste. Das Dinauschieben dieser Steuer muß schwere wirtschaftliche Nachteile haben. Da aller mögliche Wertzuwachs vor dem 1. April 1912 realisiert werden wird, so wird die Steuer auf Jahrzehnte keinen Ertrag bringen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Ich hätte erwartet, daß endlich ein Vertreter der Regierung zu dieser Sache Stellung nimmt und vor allem ein Vertreter der Einzelstaaten einmal das Wort ergreift. (Sehr gut! links.) Sie wissen alle, daß der Reichszentralrat mit dem Vorden seiner Utensilien beschäftigt ist und demnach abgehen wird. Und hier wird nun der Versuch gemacht, den kommenden Reichszentralrat — wer es sein wird, wissen wir alle nicht und vielleicht auch die Herren von der Regierung nicht, vielleicht ahnt er es selbst noch nicht, daß er Reichszentralrat werden wird (Heiterkeit) — fehzulegen auf ein bestimmtes, demnachst vorzulegendes Gesetz. Wenn er nun etwa ein Gegner der Reichswertzuwachssteuer ist, so wird dann dieser Antrag Westarp im Jahre 1912 wieder aus dem Reichstempelgesetz entfernt werden. Das ist ein Wechsel auf die Zukunft, über dessen Güte wohl niemand im Zweifel ist. Und wenn wir noch ein paar Stunden länger diskutieren, wird ja auch dieser Antrag Westarp wieder durch einen neuen Antrag Westarp abgeändert. (Heiterkeit und sehr gut! links.)

Wir haben schon bei der zweiten Lesung erklärt, daß wir dem Gedanken der Reichswertzuwachssteuer prinzipiell zustimmen mit dem Vorbehalt aber, daß der Ausbau der Wertzuwachssteuer für die Gemeinden in demnach nicht unmöglich gemacht wird. Das geschieht durch den Antrag Westarp. Außerdem wird durch ihn der staatsrechtliche Grundfah verlegt, daß alle Steuerträger gleichmäßig bestraft werden müssen, von dem bisher bei uns nur immer zugunsten der Agrarier Ausnahmen gemacht werden. Die Gemeinden, die schon vor dem 1. April 1900 eine Wertzuwachssteuer haben, werden durch ihn bedroht, und die anderen werden auf das empfindlichste geschädigt. In den letzten Jahren sind den Gemeinden durch die Einzelstaaten wie durch das Reich andauernd Lasten zugewälzt worden, und auf der anderen Seite hat man ihnen die Selbstverwaltung beschnitten.

Die Befürchtung, die durch eine Modernisierung des Grundstücksverkehrs infolge des Antrags eintreten kann, glaubt Graf Westarp dadurch bannen zu können, daß er sagt, wir werden bei dem kommenden Gesetz eine Nachsteuerpflicht einführen. Warum ist das dann nicht in den Antrag aufgenommen? All das sind Bedenken, die wir gegen diese saloppe Art der Gesetzesmacherei haben. Wir legen Protest ein gegen diese Galoppkuriererei, diese Gesetzesfabrikation der Dampfwalze und lehnen den Antrag im Interesse des Gedankens einer wirklichen Reichswertzuwachssteuer ab. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Sydow:

Es ist ein merkwürdiges Schauspiel, was sich jetzt hier abspielt. (Stürmisches sehr richtig! links.) In der Kommission waren alle Parteien mit der Einführung einer Wertzuwachssteuer einverstanden, und die Parteien der Linken haben dann auf das schärfste mit mir Stellung genommen gegen eine sofortige Einführung dieser Steuer. Insbesondere Herr Cuno hat dagegen mit ähendem Spott gesprochen, und jetzt befragt er sich darüber, daß man die Steuer nicht sofort einführt. (Hört! hört! rechts.) Ich habe den Reg. den Graf Westarp jetzt vorschlägt, bei der zweiten Lesung selbst empfohlen. (Hört! hört! links.) Wenn die Gemeinden, die die Steuer bereits haben, bedroht werden sollen, so ist das eine Bestimmung, die wir alle Augenblicke treffen: daß wir den Besitzstand durch Uebergangsbesteuungen schonen. Was die Spekulation anlangt, so werden wir Mittel und Wege finden, um, wenn sich Mißbräuche herausstellen, ihnen zu begegnen. Ich werde mich natürlich hüten, so sagen, wie ich mir das denke. Davon würde die Spekulation nur Vorteil haben. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Müller-Reiningen (fr. Sp.): Die Einbringung dieses Gesetzes ist ein ganz unerhödeter Vorgang. Sie geben damit zu, daß Ihre Gesetzesmacherei unter Bruch der Geschäftsordnung zu Unmöglichkeiten führt. Sie nehmen die Wertzuwachssteuer aus den Gesetzen wieder heraus und wollen sie nun in einigen Jahren erlassen. Das nennen Sie dann „Finanzreform“ oder „Finanzordnung“! Eine babilonische Finanzordnung wäre der richtige Name. (Stürmisches Beifall links.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Ich freue mich, daß es mir gelungen ist, dem Staatssekretär Sydow den Mund zu öffnen. Aber es muß unterstrichen werden, daß er gesagt hat, die Gemeinden sollen jede Hoffnung aufgeben, aus der Wertzuwachssteuer hohe Beträge zu erhalten. (Stürmisches Unterbrechungen rechts: Das hat er nicht gesagt!) Jansohl, das hat er gesagt, und Ihr beliebtes Kontingenzverfahren, das Sie auch hier wieder anwenden, soll ja die Gemeinden hindern am Ausbau der Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube nicht, daß sich ein Reichstag finden wird, der die wichtigste Steuerquelle der Gemeinden verstopfen wird. (Abg. Singer: Da kennen Sie Ihre Pappenscheimer schlecht! Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Graf Westarp wird in namentlicher Abstimmung mit 222 gegen 128 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Abg. Graf v. Garmar-Siefferwih (kons.) begründet einen Antrag, daß auch Fideikommiss, Lehn- und Stammgüter alle 30 Jahre einen Stempel von 1/2 Proz. des Wertes zu zahlen haben, der auch auf die 30 Jahre verteilt werden kann.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. (Stürmisches Bravo! rechts, Heiterkeit links.)

Das Reichstempelgesetz und dann das Wechselstempelgesetz werden in der Gesamtabstimmung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Verordnungsgesetz, Schanzengesetz, Beihilfen für Kriegsteilnehmer, Wahlprüfungen.) Schluß 17 Uhr.

Aus der Partei.

Das vierzigjährige Jubiläum

feierte der Sozialdemokratische Verein Stuttgart am 8. Juli dieses Jahres. Bis 1869 hatte die sozialdemokratische Agitation in Württemberg so gut wie keine Erfolge erzielen können. Der Verband der württembergischen Arbeitervereine wurde von den Großindustriellen und Vorkämpfern Gustav Siegle, Alkan Steiner und Eduard Pfeiffer entscheidend beeinflusst, bis der Verband sich nach Göppingen verlegte wurde. Der Stuttgarter Arbeiterverein, in dem die Vorarbeiter und Meister der Siegle'schen Fabrikfabriken die erste Blüte spielten, blieb auch dann noch den Großindustriellen untertan.

Inseratenteil herantw.: Th. Wlad, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Das änderte sich am Pfingsten 1869. Der Schreiner Leichhardt lehrte aus Hamburg, wo er als Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine fruchtbarere Agitation entfaltet hatte, nach Stuttgart, seiner Vaterstadt zurück. Sofort nahm er hier die Vortearbeit wieder auf. Am 8. Juli 1869 fand im Saale des Paul Weiß eine Arbeiterversammlung statt, in der Zimmerer Völkert über „Die Prinzipien Lassalles“ referierte. Leiter der Versammlung war Leichhardt. Nach ziemlich heftiger Diskussion wurde die Gründung einer Mitgliedschaft des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ vorgenommen. Ganze sechs Mann traten der Organisation bei.

Das war der Anfang der Stuttgarter sozialdemokratischen Organisation. Die Sache, von denen Leichhardt noch heute der Stuttgarter Organisation angehört, haben wacker gearbeitet. Die Mitgliederzahl nahm schnell zu. Auf einer Versammlung im Dezember des Jahres erlangt bereits kräftig das trotzige Kampfbild der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands, Ludwigs „Arbeitermarkeise“.

Im August 1869 fand der Eisenacher Kongress statt, der zur Spaltung der sozialistischen Arbeiterschaft in „Lassalleaner“ und „Eisenacher“ führte. Im November 1869 sprach Weibel in Stuttgart. Im Anschluß an diese Versammlung bildete sich auch eine Mitgliedschaft der „Eisenacher“, während der zuerst gegründete Verein beim „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ aufharrte.

Im Jahre 1875 verhielt sich die „Eisenacher“ und „Lassalleaner“ zur „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“. Auch in Stuttgart einten sich die beiden Richtungen. Und nun ging es mit Riesenschritten vorwärts. Schon 1871 stellten unsere Genossen einen eigenen Kandidaten auf, der es auf 491 Stimmen brachte. Bei der Reichstagswahl 1874 wurden in Württemberg 9918 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, dank der energiegelassen Agitation, die hauptsächlich von Stuttgart aus betrieben wurde. Es kam das Sozialistengesetz. Die Organisationen wurden aufgelöst, die Genossen verfolgt. Besonders tat sich ein Stuttgarter Polizist namens Enderle bei der Verfolgung unserer Genossen hervor. Aber aller Spürsinn der Polizei konnte nicht hindern, daß die Genossen ihre Arbeit fortsetzten. Unter ihrem Führer, dem Schreiner Karl Klotz, dem Vorsitzenden des Holzarbeiter- (damals noch Schreiner-)Verbandes, schlugen sie der Polizei manches Schnippen. Endlich, im Jahre 1887, gelang es Karl Klotz, die Organisation auch öffentlich wieder zur Anerkennung zu bringen. Er gründete den „Gesellen Arbeiterverein“. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes konnte die Werbearbeit wieder offen aufgenommen werden. Im Jahre 1890 gelangte Klotz bereits mit dem deutschparteilichen Reichstagskandidaten in die Stichwahl. Die bürgerliche Linke gab den Ausschlag zugunsten des Deutschparteilers. 1895 eroberte die Sozialdemokratie Stuttgart zum ersten Male den Landtagsstimm von der Deutschen Partei, die Camstatter Genossen entbanden ihren Kandidaten Glaser in den Landtag. Glaser starb 1901, Jahre später, das Camstatter Mandat ging verloren. Klotz hat seinen Sitz zu seinem Tode behauptet. 1898 eroberte Klotz auch das Stuttgarter Reichstagsmandat, das ununterbrochen bis zum heutigen Tage im Besitz der Sozialdemokratie geblieben ist und jetzt vom Genossen Hildebrand getragen wird.

Ueber das Anwachsen der Stuttgarter Organisation geben folgende Zahlen Auskunft: 1900: 1408 Mitglieder; 1902: 1970; 1904: 2875; 1906: 3849; 1908: 4946. Jetzt sind die 5000 längst überschritten.

Und wie in Stuttgart, so im ganzen Lande. Die Sozialdemokratie ist, sowohl was die Mitgliederzahl ihrer Organisationen wie die bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen betrifft, zur stärksten Partei des Landes geworden. Dank der treuen, opferreichen Arbeit unserer Vorkämpfer, die den Grund gelegt haben zu dem stolzen Bau. Einige wenige können sich noch des siegreichen, unüberwindlichen Vormarsches der Sozialdemokratie freuen. Tausende deckt bereits der grüne Rasen. So bleibt den Jüngeren vorbehalten, das Werk zu vollenden, das unsere Älten unter ungeheuren Schwierigkeiten begonnen und fortgeführt haben.

Besonders der Stuttgarter Organisation stehen noch große Aufgaben bevor. Sie wird diese Aufgaben um so besser lösen, je mehr die Erfahrungen des vierzigjährigen Kampfes mit dem gesamten Bürgerturn nutzbar gemacht werden, je klarer die Wahrheit des Wortes begriffen wird, daß die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitals nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann.

Eine Konferenz der Bildungsausschüsse findet am 18. d. M. im Gewerkschaftshaus zu Düsselhof statt. Sie bezweckt, durch Errichtung einer Zentralstelle das Bildungswesen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wirtschaftlich-praktisch zu organisieren.

Deutsche und österreichisch-ungarische Sozialdemokraten in der Schweiz.

Bilden bekanntlich schon seit langen Jahrzehnten eine Landesorganisation. Ihre in Zürich sitzender leitender Ausschuss hat soeben in Prochürenform den Jahresbericht pro 1908 veröffentlicht, der von erfreulichen Fortschritten zeugt. So zählte die Landesorganisation anfangs 1908 2581 und Ende des Berichtsjahres 3408 Mitglieder, welche bedeutende Vermehrung auf den Anschluß von Vereinen zurückzuführen ist. Davon sind 1898 Deutsche, 678 Österreicher und 289 Schweizer, während sich der Rest auf verschiedene Nationalitäten verteilt. Die Bibliotheken der angeschlossenen Vereine zählen zusammen 11857 Bände, von denen 4740 ausgeliehen wurden. Sozialistische Schriften und andere Literatur wurden für 10 046 Franken verkauft. Die in bar oder Natura gewährte Reiseunterstützung an zugereiste Genossen belief sich auf 3804,15 Franken. Die Einnahmen der Zentralkasse betragen 5170,64 Franken einschließlich 2482 Franken aus der Berliner Parteikasse. Die Ausgaben betragen 3454,28 Franken. Der Vermögensbestand 3353,18 Franken. Der Fonds zugunsten politischer Flüchtlinge hatte 908,82 Franken Einnahmen und 681,95 Franken Ausgaben. Der Kassabestand beträgt 311,65 Franken. Der ständige Sekretär, Genosse Taffe, hat eine erfolgreiche agitatorische und organisatorische Tätigkeit entfaltet, leider aber tritt er mit dem 1. August 1909 von seinem Posten zurück. Die Einzelberichte der Sektionen zeugen von lebhafter Tätigkeit und erfolgreichem Vorwärtsmarschieren. Mehrere Vereine haben allerdings unter dem Einfluß der Krise einen Mitgliederabgang erlitten, der in Zukunft durch neuen Mitgliederzuwachs wieder ausgeglichen werden wird.

Warnung.

Der angebliche Techniker, auch Matrose, Ernst Galfon zieht in Deutschland herum und brandschmätzt Parteigenossen und russische Studenten, wobei er erlogene Angaben macht. Ernst Galfon stammt angeblich aus Olai bei Niga, ist von mittelgroßer Gestalt, hat längliches Gesicht, graue entzündete Augen, blondes Haar; er trägt ein randloses Augenglas und fällt durch einen grünen Summiemantel auf. Das letzte „Arbeitsfeld“ dieses Schwindlers war Berlin. Wir warnen hiermit alle vor ihm.

Die Parteizeitungen werden um Abdruck der Warnung ersucht.

Witterungsübersicht vom 10. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Stuttgart	749,3	4	bedeckt	15	Qadranaba	752,0	DND	2	wolkig
Darmstadt	753,3	3	bedeckt	12	Petersburg	748,3	3	bedeckt	15
Berlin	752,3	5	bedeckt	13	Seitz	760,3	3	wolkig	13
Frankfurt a. M.	756,3	6	bedeckt	14	Übersee	752,3	3	bedeckt	11
München	760,3	4	bedeckt	11	Paris	756,3	3	bedeckt	13
Wien	758,3	6	bedeckt	13					

Wetterprognose für Sonntag, den 11. Juli 1909.

Stetslich kühl, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Regenschauern und häufigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Der Dritte im Bunde.

Zu den Genossen Leuthner und Maurenbrecher gefügt sich in der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ der Genosse Wilhelm Schröder. Er ist so gültig anzuerkennen, daß sich die scharfe Zurückweisung, die Leuthner und Maurenbrecher in der gesamten Parteipresse gefunden haben, „psychologisch“ erklären lasse; nach den Verfolgungen, die das preußisch-deutsche Polizeiregiment über die sozialdemokratische Partei verhängt habe, „gehe es fast als ein Angriff auf die parteigenössische Ehre, wenn man einem die Zumutung stelle, irgend etwas zur Befestigung des preußischen Staatswesens zu tun“, aber das sei nicht immer so gewesen. Es klinge wie ein Märchen, aber auch die deutsche Sozialdemokratie habe ihre „regierungsfreundlichen Tage“ gehabt, Tage, wo im sozialdemokratischen Teile der Arbeiterschaft „ein geradezu kindliches Vertrauen zu den preußischen Staatsleitern“ vorhanden gewesen sei; im Gegensaatz zu dem Teile des deutschen Proletariats, der bürgerlichen Politikern angehangen habe.

Da das Bestreben der „Sozialistischen Monatshefte“, die lebhafteste Freude der bürgerlichen Parteien zu erregen, indem sie der kämpfenden Arbeiterklasse Knäpkel zwischen die Beine werfen, auch in diesem Falle mit dem erstrebten Erfolge gekrönt worden ist, so kann man sich nicht der unerfreulichen Aufgabe entziehen, den Knäpkel auf dem Rücken derer tanzen zu lassen, die ihn schleudern. Deshalb seien kurz die tatsächlichen Beweise beleuchtet, die Genosse Schröder für seine in der Tat „märchenhaften“ Behauptungen beibringt. Zunächst beruft er sich auf die fünf Bismarck-Artikel, die Schweiger im Jahre 1885 veröffentlichte. In diesen Artikeln wurde nachgewiesen, daß die Lösung der nationalen Frage nur auf zwei Wegen möglich sei. Einmal dadurch, daß die deutsche Nation durch eine Revolution sich selbst helfe, und das sei die für jeden Sozialdemokraten selbstverständliche Lösung der deutschen Frage in deutschem Sinne, oder dadurch, daß der preußische Staat, getreu seinen historischen Ueberlieferungen, das übrige Deutschland verpeißt. Diese historischen Ueberlieferungen schilderte Schweiger vollkommen richtig, aber er beging dabei den Mißgriff, sie mit einer Lebendigkeit darzustellen, die einer Verherrlichung des Borussiaismus zum Verwechseln ähnlich sah. Es ist bekannt, daß ihm deshalb Marx, Engels und Liebknecht die Mitarbeit kündigten.

So begreiflich diese Abgabe in jener Zeit war, so unbegreiflich ist es, daß Genosse Schröder, um die „Regierungsfreundlichkeit“ nicht etwa nur Schweigers, sondern der damaligen sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft überhaupt nachzuweisen, nicht eine objektive Analyse der Bismarckartikel gibt, sondern nur die ansehnlichen Sätze aus allem Zusammenhange reißt, um dadurch die, wie er selbst weiß, unwahre Behauptung zu erhärten, daß Schweiger sich „rückhaltlos für eine Politik erklärt“ habe, wie sie ein Jahr später von Bismarck eingeschlagen worden sei. Wie er selbst weiß — denn wenn man selbst zu Ehren des Genossen Schröder annehmen wollte, daß er die allgemeine Tendenz der Artikel überhaupt nicht verstanden habe, so bleibt doch keine mildernde Erklärung übrig für den Umstand, daß er hundert Stellen daran wendet, um die in ihrem Tone, wie gesagt, höchst ansehnliche Schilderung der preußischen Politik wörtlich mitzuteilen, aber dann abbricht, wo er nur noch die zehn Zeilen hinzuzufügen gehabt hätte: „Von diesem Streben ist fundamental unterschieden dasjenige, worauf die Gefamnation hinarbeitet, einen deutschen, wesentlich auf modernen Ideen beruhenden Volksstaat herzustellen. Außerhalb haben beide Bestrebungen das Gemeinsame, daß bisher getrennte Teile der Nation einheitlich zusammengefaßt werden sollen, innerlich unterscheiden sie sich dadurch, daß in dem einen Falle die Vereinigung bloßes Mittel im Dienste der dynastisch-partikularistischen Interessen, im anderen Falle höchster nationaler Selbstzweck sein würde.“

Genosse Schröder will nun weiter beweisen, daß auch der Allgemeine deutsche Arbeiterverein die „regierungsfreundlichen“ Ansichten Schweigers geteilt habe. Er zitiert zu diesem Zweck zunächst den Rechtsanwaltschreiber Tölde, der bald darauf ein halbes Jahr lang das Präsidium des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins führte. Erstens habe Tölde am 22. März 1886 in einer Hresolutorische Parteiversammlung den König von Preußen hochleben lassen. Mit welchem Maße von gutem Glauben Genosse Schröder diese Behauptung aufstellt, mag man daraus entnehmen, daß er, wie sich noch zeigen wird, meine Parteigeschichte kennt, wo der tatsächliche Hergang dieses angeblichen Hochs dargestellt ist wie folgt: „Der Bürgermeister Hülsmann war entschlossen, die Arbeiterbewegung in Hresolohn nicht aufkommen zu lassen; wo er einen Schimmer von ihr zu sehen glaubte, verbot, verfolgte, verhaftete er darauf los. Unter anderem hatte er angeordnet, daß die überwachenden Polizeibeamten jede Versammlung auszulösen hätten, in der von „Arbeitern“ oder „Arbeitervereinen“ gesprochen würde. Die Wille der höheren Bürokratie ruhten natürlich mit Wohlgefallen auf dem gesinnungstüchtigen Streber. Jedoch Tölde verstand es, ihn zum zu kriegen, machte er mitunter auch dem bezweifelten Uebel mit vergewisserten Heilmitteln auf den Leib rücken. So ließ er am 22. März den „Arbeiterverein in Hresolohn“ einen telegraphischen Glückwunsch zum Geburtstag des Königs Wilhelm absenden und bezief für den Abend eine „fröhliche Zusammenkunft“ der Mitglieder, um die königliche Antwort zu empfangen. Sie traf pünktlichst und halbdunkel ein, aber die Polizeibeamten verboten ihre Verlesung, da sie an einen „Arbeiterverein“ adressiert sei und dies Wort laut bürgermeisterlichen Beschlusses nicht öffentlich ausgesprochen werden dürfe. Nun mußte der Landrat heran, der die Verlesung nicht zu verbieten wollte, und damit wider Willen dem getreuen Anechte Hülsmann einen derben Rosenüber gab.“ Man mag über den Gesahmad dieses Ulls streiten, aber daraus, daß Tölde mit dem alten Wilhelm samt dessen Landräten und Bürgermeistern ein wenig Schindluder trieb, „regierungsfreundliche“ Absichten der deutschen Sozialdemokratie herzuleiten, ist unter allen Sterblichen wohl nur dem Genossen Schröder gegeben.

Zweitens soll Tölde diese Absichten Schweigers dadurch unterstützen haben, daß er im Oktober 1886 für eine „vollständige Einigung Deutschlands zu einem Hohenzollernschen Kaiserreich mit voller politischer und gewerblicher Freiheit“ eingetreten sei. Leider verschweigt nur Genosse Schröder, daß gerade Schweiger, sozusagen ex officio, diese private Leistung Töldes scharf zurückgewiesen hat, namentlich durch den Nachweis, daß „alle trügerischen Lobpreisungen der Reichshaber“ aus dem Hohenzollernschen Kaiserreich keine „freiwillige Volksregierung“ zu machen vermöchten.

Aber nicht nur Tölde, sondern auch die Masse des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins soll die „regierungsfreundliche“ Politik Schweigers unterstützt haben. Genosse Schröder erzählt uns, im Jahre 1887 hätten bei den Wahlen zum konstituierenden Reichstage die Elberfelder Arbeiter in der Stichwahl zwischen Bismarck und Jordanbeck für Bismarck entschieden. Die Tatsache

an sich ist richtig, aber bei ihrer Würdigung läßt Genosse Schröder seinen „psychologischen“ Scharfsinn leider vermiffen. Zunächst hatten die Elberfelder Arbeiter beschlossen, sich der Stimme bei der Stichwahl zu enthalten, da sie aus prinzipiellen Gründen nicht für die Kandidaten der konservativen Partei eintreten, aber wegen des beispiellos gehässigen Verhaltens der Fortschrittspartei für dieses Mal auch mit ihr nicht zusammengehen könnten. Dieser Beschluß war unter den damaligen Umständen völlig korrekt, zumal da Jordanbeck sich eben aus einem grimmigen Fortschrittspartei-Mann zu einem gehorsamen Schleppträger Bismarcks mauferte. Wenn aber die Elberfelder Sozialdemokratie entgegen ihrem ersten Beschluß handelte, so geschah es unter den Streichen der Hungerpeitsche, womit die liberalen Fabrikanten sie traktierten, und auch deshalb, weil die Wahl Bismarcks, der inzwischen das Mandat eines altmärkischen Wahlkreises angenommen hatte, eine reine Formsache war. Bismarcks Wahl in den Reichstag bedeutete tatsächlich nur die Eröffnung eines neuen Wahlkampfes, worin die Arbeiter ihre Revanche nehmen sollten. Alles das verschweigt Genosse Schröder.

Es versteht sich, daß er dann auch die bekannten Kämpfe zwischen den Eisenachern und Lassalleanern für seine Zwecke und auf seine Weise verwendet. Indessen können wir ihn hier nicht auf Schritt und Tritt eskortieren, wenn dieser Artikel nicht eine ungehörliche Ausdehnung gewinnen soll. Es mag an der Bemerkung genügen, daß es sich bei dem Streite der beiden Fraktionen um historische Fragen handelte, die mit „Regierungsfreundlichkeit“ oder „Regierungsfreundlichkeit“ überhaupt nichts zu tun hatten, es sei denn, daß man auch die heutige sozialdemokratische Politik als „regierungsfreundlich“ rühmen will, was selbst nicht einmal Genosse Schröder fertig bringt. Um was damals der Streit ging, war in erster Reihe die Frage, ob der proletarische Klassenkampf auf dem Boden des verpreuhten Deutschlands zu führen sei oder nicht, und sie ist eben dadurch in bejahendem Sinne entschieden worden, daß die Hoffnung, die Bismarcksche Schöpfung noch rechtzeitig durch eine revolutionäre Volksbewegung zu zertrümmern, sich leider als trügerisch erwies. Ebensowenig hat es etwas mit „Regierungsfreundlichkeit“ zu tun, wenn im Juli 1870 die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für die Kriegsanleihe stimmten, bis auf Liebknecht und Bebel, die sich der Abstimmung enthielten; es handelte sich dabei nicht um die Unterstützung Bismarcks, sondern um die Abwehr Bonapartes. Selbstverständlich verschweigt Genosse Schröder auch hier, daß nach dem Sturze Bonapartes, als es sich in der Tat um die Unterstützung der borusfischen Eroberungspolitik handelte, die zweite Kriegsanleihe von allen sozialdemokratischen Abgeordneten verweigert wurde.

Daß die von ihm behauptete „regierungsfreundliche“ Politik der Sozialdemokratie etwa aus „unlauteren Motiven“ entspringen sei, glaubt Genosse Schröder widerlegen zu können, indem er auf das Urteil hinweist, das ich in meiner Parteigeschichte über Schweiger fälle. Leider darf ich mich in dem gewiß „märchenhaften“ Glück, vom Genossen Schröder als Autorität anerkannt zu werden, nicht sonnen. Das Genosse Schröder an Tatsächlichem zu erzählen hat, steht freilich wohl in meinem Buche, aber es steht auch alles darin, was er weiß verschweigt. Seine Geschichtsklitterungen haben einen würdigeren Vater als mich; der Auffah des Genossen Schröder ist nichts als ein platter Abklatsch der anmutigen Pamphlete, die Eugen Richter mit vierzigjähriger Eigenkraft zusammengebracht hat, um die „regierungsfreundlichen Tage“ der Sozialdemokratie zu beweisen.

Freilich er fand der selbige Mann all diesen Klatsch und Tratsch, um die Sozialdemokratie herabzusetzen und zu schmähen. Darin war selbst er noch ehrlich und konsequent. Genosse Schröder aber bietet Richters Abfuh als lautere Wahrheit aus, um die Politik der Genossen Leuthner und Maurenbrecher zu verklären. Man wäre versucht zu sagen: Höher geht wohl nimmer, aber die bisherigen Leistungen der „Sozialistischen Monatshefte“ berechtigen niemanden zu der Annahme, daß ihre Leistungsfähigkeit in dem von ihnen betriebenen Gewerbe irgendeine Grenze haben könne.

S. Rehring.

Aus Industrie und Handel.

Stenerabwälzung.

Die Düsseldorf-Röhrenindustrie-A.-G. Düsseldorf-Oberbill, die Mitglied des Röhrensyndikats ist, gehört unter den 15 angeschlossenen Werken zu den dreien, die die Herstellung nahtloser Röhren noch nicht eingeführt haben. Die kürzlich stattgefundene Generalversammlung beschloß nun die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 800 000 M., damit dieser Zweig der Röhrenfabrikation eingeführt werden könne. Das Bankensyndikat, welches dies Finanzgeschäft übernommen hat, die Deutsche Bank, der Schaaffhausensche Bankverein und die Tochtergesellschaft der ersteren, die Bergisch-Märkische Bank, hat sich bereit erklärt, die Aktien zu 115 Prozent zu übernehmen und sie den alten Aktionären zu 120 Prozent anzubieten; es will auch sämtliche Unkosten der Börseneinführung usw. tragen, jedoch unter der Bedingung, daß die Banken die neuen Reichsteuern, die inzwischen kommen sollten, nicht zu tragen haben.

Die Krise spiegelt sich auch in der Kohlenversorgung der Reichshauptstadt. Die Zufuhr von Steinkohlen, Koks und Bricketts an den Vahnhöfen und Häfen in Berlin stellte sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres auf 935 401 Tonnen gegenüber 1 078 041 Tonnen in der gleichen Vorjahreszeit und 970 829 Tonnen in den ersten fünf Monaten des Jahres 1907. Abzüglich des Weiterverlaufes verblieben in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres in Berlin 588 069 Tonnen gegen 1 000 785 Tonnen in der entsprechenden Vorjahreszeit. Die Zufuhr englischer Kohle verminderte sich von 388 428 Tonnen im Januar bis Mai 1908 auf 249 527 Tonnen im Januar bis Mai 1909. Der diesjährige Ausfall, den allein die Zufuhr englischer Kohle zu verzeichnen hat, kommt der Verringerung der Gesamtkohlenzufuhr Berlins, die 142 840 Tonnen beträgt, fast gleich. Außerhalb des Reichsbildes von Berlin wurden den Vahnhöfen und Häfen in der gleichen Zeit zugeführt insgesamt 517 513 Tonnen (im Vorjahre 676 522) Steinkohlen, Koks und Bricketts. An Braunkohlen und Braunkohlenbeileits wurden in den ersten fünf Monaten 1909 an den Vahnhöfen und Häfen in Berlin 575 200 Tonnen (591 688) und an den Vahnhöfen und Häfen außerhalb des Reichsbildes von Berlin 287 028 Tonnen (228 876) zugeführt.

Soziales.

Berechtigte Lösung eines Lehrverhältnisses.

Auf Lösung des Lehrverhältnisses klagte der Vater des Photographenlehrlings D. gegen die Graphische Kunstanstalt L. Reimann. Der Kläger machte geltend, daß sein Sohn eine genügende Ausbildung im Gewerbe unmöglich bei der Beklagten finden könne, denn der Chemiker der Geschäftsinhaberin, der Geschäftsführer des Betriebes ist, sei kein gelernter Photograph, und Gehilfen werden nicht beschäftigt. Das Gewerbegericht hatte deshalb Aus-

künfte von der Handwerkskammer, der Gewerbebeputation und dem Tarifamt der Kupferdrucker und Chemigraphen eingefordert. Die beiden ersten Korporationen teilen mit, daß dem Beklagten die Befugnis zum Ausbilden der Lehrlinge verliehen worden ist! Dem Tarifamt ist die Firma nicht bekannt; es sagt, daß sich gegen die Ausbildung von Lehrlingen nichts einwenden ließe, wenn die durch den Tarif festgesetzte Lehrlingsstala von der Firma Beachtung findet. Auf Befragen gab der Vertreter der Beklagten an, daß ein Lehrgeld und ein Lehrgeld sowie außer dem Lohn des Klägers noch ein Photographenlehrling beschäftigt werden, der aber in Kürze auslernt. Die Ausbildung des Sohnes des Klägers wurde, da Photographengehilfen nicht beschäftigt werden, von dem bald auslernenden Lehrling mit besorgt! Das Gericht beurteilte daraufhin die Beklagte in die Auflösung des Lehrverhältnisses zu willigen. In den Gründen wurde gesagt: Ob die Behörde einen Besizer gemacht habe, als sie dem Beklagten die Befugnis zum Ausbilden von Lehrlingen verlieh, unterliege nicht der Nachprüfung durch das Gericht. Es sei nur zu prüfen gewesen, ob die in der Klage angegebenen Gründe berechtigt seien. Diese sind als berechtigt anzuerkennen, nachdem zugegeben ist, daß der Geschäftsführer der Beklagten im kaufmännischen Berufe tätig ist und die Ausbildung des Sohnes des Klägers einem anderen Lehrlinge anvertraut war.

Entschädigung für Aussehen.

Gestern klagte vor der 8. Kammer des Gewerbegerichts der Kesseltreter R. gegen das Reinigungsanstalt Zabel. Er hat 6 1/2 Tage lang ausgefehrt und ist danach entlassen worden. Kläger forderte nun eine Entschädigung für die 6 1/2 Tage und eine weitere Entschädigung für 14 Tage wegen freistatler Entlassung für den gehabten Lohnausfall. Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsassessors Schulz sprach ihm die Entschädigung im Betrage von 30 M. für die 6 1/2 Tage, an denen er ausfehren mußte, zu, weil ihm der Verlust die Papiere auszufühndigen unterlassen hatte, wies aber die Mehrforderung ab, weil im Reinigungsberufe der Kündigungsausfehrt ortsüblich ist.

Aus der Frauenbewegung.

Spotz für Arbeiterinnen.

Wie die Bürgerlichen sich zur Kellnerinnenfrage stellen, erhellt aus einem Artikel, der durch die bürgerlichen Blätter die Runde macht. In Dingen ist nämlich die Verordnung ergangen, daß die Kellnerinnen, die Damenbedienung haben, um 10 Uhr abends schlafen müssen. Deshalb streifen die Kellnerinnen. „Die Heben“, wie es im bürgerlich-spöttischen Tone heißt, haben Dingen verlassen. Kein Wort zum Schutze der in ihrem Beruf bedrohten Kellnerinnen. Nicht als Gelpötel und Hohn, wie man es in bürgerlichen Kreisen der Arbeiterin gegenüber gewöhnt ist!

Für das Frauenstimmrecht.

Das österreichische Frauenstimmrechtskomitee ließ dem Parlament durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Osner im Abgeordnetenhause eine Petition auf Aufhebung des § 30 des Vereinsgesetzes überreichen. In der Petition heißt es, daß die meisten europäischen Staaten den Frauen bereits das freie Vereins- und Versammlungrecht zuerlassen, sogar das konservative Preußen habe im Vorjahre, bei der Schaffung des neuen Reichsvereinsgesetzes, den Frauen ein Vereins- und Versammlungrecht gewährt. — Auch ein Lob.

In Oesterreich petitionieren die Frauen schon seit 15 Jahren um die Befestigung des Wortes „Frauenperson“ aus dem § 30 des Vereinsgesetzes. Das Frauenstimmrechtskomitee hat im letzten Jahre schon eine Petition mit 40 000 Unterschriften von Frauen und Männern dem Abgeordnetenhause eingereicht. Nun wiederholt das Komitee die Forderung und verlangt von der Volksvertretung, daß sie den Frauen endlich das ursprüngliche Bürgerrecht im konstitutionellen Staate, das Recht auf freie Meinungsäußerung im politischen Vereinsleben, zugestehen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Der Ausfehrt der Genossinnen des zweiten Kreises (West) findet nicht am 13., sondern gemeinsam mit den Genossinnen des Südens, am 22. d. Mis. statt, und zwar als Damvfahrt nach Boltersdorfer Schloß.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Neues königl. Operntheater. Sonntag: Die Weibsfinger von Nürnberg. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Johanna. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Norma. Mittwoch: Der fliegende Holländer. Donnerstag: Tamboüer. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Johanna. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Die Weibsfinger von Nürnberg. (Anfang 6 1/2 Uhr.) Sonntag: Tamboüer. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Norma. Deutsches Theater. Bis auf weiteres täglich: In ebenen Erds und im ersten Stod. (Anfang 8 Uhr.) Deutsches Theater. (Kammerspiele). Bis auf weiteres täglich: Ein Standal in Romo Carlo. (Anfang 8 Uhr.) Veffing-Theater. Bis auf weiteres täglich: Die Dollarpfingeffin. (Anfang 8 Uhr.) Berliner Theater. Bis auf weiteres täglich: Ein Herbstwander. (Anfang 8 Uhr.) Neues Theater. Bis auf weiteres täglich: Der Goldfisch. (Anfang 8 Uhr.) Neues Schauspielhaus. Bis auf weiteres täglich: Koral. (Anfang 8 Uhr.) Komische Oper. Bis auf weiteres täglich: O diese Leutnants. (Anfang 8 Uhr.) Lustspielhaus. Von Sonntag bis Donnerstag: Der selbige Audi. Freitag bis Montag: Familie Schmel. (Anfang 8 Uhr.) Neues Operetten-Theater. Bis auf weiteres täglich: Die Sprudler. (Anfang 8 Uhr.) Schiller-Theater O. Bis auf weiteres täglich: Madame Bonbord. (Anfang 8 Uhr.) Schiller-Theater Charlottenburg. Bis auf weiteres täglich: Der Silberpelz. (Anfang 8 Uhr.) Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Undine. Abends 8 Uhr: Der Troubadour. Montag: Oberon. Dienstag: Martha. Mittwoch: Die Jüdin. Donnerstag: Der Troubadour. Freitag: Das Nachtlager von Granada. Sonnabend: Der Freischütz. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Undine. Abends: Rortwig-Oper. Montag: Rortwig-Oper. Thalia-Theater. Bis auf weiteres täglich: Im Café Robesse. (Anfang 8 Uhr.) Bernhard-Rose-Theater. Bis auf weiteres täglich: Was eine Frau kann. (Anf. 8 Uhr.) Jolles-Caprice. Abends: Drei Frauenhüte. Der Deserteur. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Apollo-Theater. Abends: Spezialitäten. Metropol-Theater. Abends: Die oberen Rehtaufend. (Anfang 8 Uhr.) Wintergarten. Abends: Spezialitäten. Reichshallen-Theater. Abends: Stehmer Säger. Der Romagniesall. (Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.) Passagier-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr und abends: Spezialitäten. Volkshaus-Theater. Abends: Spezialitäten. Palast-Theater. Abends: Spezialitäten. Urania-Theater. Laubstrasse 49/50. Sonntag und Montag: Durch Dänemark und Schweden. Dienstag: Die Kessellande und ihr Weinbau. Mittwoch: Raico und die Pyramiden. Donnerstag: Rom und die Campagna. Freitag: Die deutsche Osterläste. Sonnabend: Die Glescher der Hodegdinge und die Eiszeit unserer Heimat. Sonntag: Rom und die Campagna. Montag: Unbekannt. (Anfang 8 Uhr.) Sternwarte, Inbaldenstr. 57-62. Königl. Opernhaus. Geschlossen. Königl. Schauspielhaus. Geschlossen.

A. WERTHEIM

G. m. b. H.

In dieser Woche besonders vorteilhaftes Angebot:

PORZELLAN

Weiss	
Speiseteller tief 18, flach 15 Pf.	
Dessertteller 10 Pf.	
Kompotteller 7 Pf.	
Terrinen 1.15, 1.35	
Kartoffelschüsseln 68 Pf.	
Kompottieren 10, 15 bis 45 Pf.	
Bratenplatten oval 20 bis 60 Pf.	
Bratenplatten rund 45 Pf.	
Saucieren 45 Pf.	
Kaffeekannen 45 Pf.	
Teekannen 45 Pf.	
Milchtöpfe 8, 12 Pf.	
Zuckerdosens 15 Pf.	
Tassen 10 Pf.	

Bunt	
Kaffeesevice	
9 teilig 2.25, 3 Mk., 4 Mk.	
16 teilig 6.25, 7 Mk.	
Kuchenteller 55, 75 Pf., 1 Mk.	
Tassen 20 bis 30 Pf.	
Butterdosen 42, 85, 95 Pf.	
Handleuchter 35, 40, 45 Pf.	
Satz-Töpfe 95 Pf. 1.45, 2.25	
Dejeuners 6 Stück Apfelblüte mit Blechtablett 1.10	
Butterdosen mit Kühler 1.50	
Teller 18, 30, 42, 95 Pf. mit durchbrochenem Rand und Golddekor	
Kuchenkörbe	
rund 58, 80, 95 Pf.	
oval 42, 75, 85, 95 Pf.	
30 teilig 20 Mk.	
60 teilig 40 Mk.	
78 teilig 60 Mk.	

Tafel-Service Blumenmuster

Blaues Würfelmuster	
Kabarets 1.40, 2 Mk.	
Dejeuners 5 Mk.	
Kannen-Untersätze 45 Pf.	
Brotplatten 50 Pf.	
Aufschnittplatten oval 1 Mk.	
Kaffee- und Teetassen 35 Pf.	
Kaffee- u. Teetass. dünn 45 Pf.	
Dessertteller 18 Pf.	

Blumen-Empire-Muster	
Brotplatten 50 Pf.	
Aufschnittplatten 95 Pf.	
Tassen 22, 25 Pf.	

Ein grosser Posten feinsten Porzellan-Nippes als Figuren, Vasen, Jardiniere, Uhren etc. zum Drittel des früh. Wertes

STEINGUT

Speiseteller blau Zwiebelmuster, tief und flach 10 Pf.
Dessertteller blau Zwiebelmuster 9 Pf.
Kompotteller " 8 Pf.
Bratenplatten oval, blau Zwiebelmuster 22 Pf. bis 1.10
Kartoffelnäpfe 75 Pf. u. 1 Mk. mit Deckel, blau Zwiebelmuster
Terrinen Zwiebelmuster 1.10, 1.35, 1.60
Saucieren Zwiebelmuster 70 Pf. u. 1 Mk.
Milchtöpfe Zwiebelmuster 17 bis 80 Pf.
Salatieren Satz 6 Stück 1.10, 1.80
Tassen 14 Pf.

Waschgarnituren
dekoriert, 4 teilig 1.30, 2.10
dekoriert, 5 teilig 2.50, 3.25, 4 Mk.

Feuerfeste Ton-Kochgeschirre	
Bratpfannen 1 Mk. bis 1.65	
Eierpfannen 18 bis 50 Pf.	
Kasserollen rund 35 Pf. bis 1.20	
Bratpfannen mit Deckel 75 Pf. bis 2.50	
Kochtöpfe mit Deckel 33 Pf. bis 1.20	
Milchkocher 60 bis 95 Pf.	
Butterkühler blau Steinzeug 1.10, 1.30	

Ein grosser Posten Speiseteller 5 Pf., Näpfe 3, 4, 6, 8 Pf. Bauerntöpfereien als Vasen, Teller, Schüsseln, Töpfe etc.

GLASWAREN

Bierbecher glatt 4, 5 Pf.
Goldrandbecher 10 Pf.
Bierbecher mit Golddeise 15 Pf.
Bierbecher mit Berliner Ansichten 30 Pf.
Zitronenpressen einfach 7 Pf.
Zitronenpressen 2 teil. Steinschliffmuster 18 Pf.
Milchgläser imitiert auf Fuss gepresst 15 Pf.
Milchsatten 7 Pf.
Kompottiereng. gepresst 4, 10, 20 Pf.
Kompotteller gepresst 5 Pf.
Butterdosen gepresst 24, 30 Pf.
Käseglocken gepresst 40 Pf.
Wassergläser gepresst 6 Pf.
Weissbierpokale gepresst 18 Pf.
Bierbecher geschliffen 25 Pf.
Biertulpen geschliffen 25 Pf.

Bowlkannen 55 Pf. bis 2.05
3 Reiben Oliven, geschliffen
Kompotteller geschliffen 18, 20 Pf.
Sturzflaschen geschl. 40, 50 Pf.
Wasserflaschen geschliffen 45 Pf.
Rotweingläser glatt 18 Pf.
Madeiragläser glatt 13, 16 Pf.
Likörgläser glatt 13 Pf.
Bowlkannen Steinschliff-Imitation 90 Pf.
Traubenspüler Steinschliff-Imitation 38 Pf.
Weingarnitur Schleifenmuster
Rot- u. Weissweingläser 30 Pf.
Madeiragläser 26 Pf.
Bowlen u. Sektgläser 35 Pf.
Biertulpen 40 Pf.
Bierbecher 27 Pf.
Teebecher 26 Pf.

EMAILLE-GESCHIRRE

Kasserollen mit Ring 5 Grössen 60 Pf. bis 1.10
Kasserollen ohne Ring 6 Grössen 30 Pf. bis 80 Pf.
Schmortöpfe ohne Ring 6 Grössen 55 Pf. bis 1.20
Schmortöpfe mit Ring 6 Grössen 65 Pf. bis 1.35
Wasserkessel ohne Absatz 4 Grössen 1 Mk. bis 1.75
Wasserkessel mit Absatz 4 Grössen 1 Mk. bis 1.75
Kaffeekannen 6 Grössen 50 Pf. bis 1 Mk.
Milchkocher 2 Grössen 1 Mk. und 1.25
Petroleumkannen 3 Liter 1.75
Topfdeckel 6 Grössen 20 Pf. bis 40 Pf.
Salz- und Mehlmesten 1 Mk.
Maschinentöpfe 5 Grössen 15 Pf. bis 28 Pf.
Wassermasse 1 Liter 35 Pf.
Scheuergarnituren neublau und weiss 1.80, marmoriert 2 Mk.
Salz- und Mehlkonsole 1.25
Flache Schüsseln 10 Grössen 10 bis 40 Pf.
Tiefe Schüsseln 8 Grössen 35 bis 80 Pf.
Wasch-Garnituren dekoriert 5 teilig 9 Mk., 10.50, 12.50, 14.50
Eimer dekoriert 4.50 und 5.50
Runde Wannen 4 Grössen 1.10 bis 2.25
Ovale Wannen 4 Grössen 1.25 bis 3.40
Eimer ca. 28 cm Durchmesser, grau 63, neublau 75, weiss 80, marmoriert 85 Pf.

NICKEL- UND STAHLWAREN

Saftkannen Glas mit Nickelbeschlag 70 Pf.
Kakesdosen Glas mit Nickelbeschlag 80 Pf.
Weinkannen Glas mit Nickelbeschlag 2 Mk., 4 Mk.
Tortenplatten Majolika mit Nickelbeschlag 85 Pf., 1.35
Brotkörbe vernickelt 35 Pf.
Zuckerschalen m. Löffel, Glas, Nickelbeschlag 55 Pf.
Teemaschinen Kupfer 8 Mk.
Kaffee-Service 3 teil., vernickelt 6.75
Tischbestecke mit schwarz. Griffen, Paar 40, 60, 75 Pf.
Teelöffel Britanniametall 8 Pf.
Esslöffel Britanniametall 18 Pf.

EISENWAREN

Fleischmühlen 1.80, 2.25, 4.00
Fruchtpressen vers. 4.75
Messerputzmaschinen 4.00, 5.75
Petrol.-Kocher 5 Gr. 1.50 bis 6 Mk.
Petrol.-Gas-Kocher 2.75
Spiritus-Gas-Kocher 1 Loch 5 Mk.
Spiritus-Gaskocher 2 Loch 12.50
Spirituskocher 20 Pf.
Plätteisen für Holzen, 4 Grössen 1.60 bis 2.25
Plätteisen vernickelt 2.20 bis 2.80
Rasenmähaschinen 3 Messer 16, 17, 18 Mk.
Spiralfussabtreter 45-55 cm 1.40
Gas-Kocher 2 Loch 8 Mk.
Gas-Kocher 3 Loch mit Wärmestellen 9.50

HOLZ- UND BORSTENWAREN

Schuhputzgarnitur für die Reise 35, 80 Pf.
Waschbretter 45 Pf.
Waschbretter neu mit Kunststeinanlage 1.35
Holzstoffschüsseln 45 Pf.
Wandkaffeemühlen 4 Mk.
Messerputzmaschinen „Frauenlob“ 1.15
Aermelbretter bezogen 40 Pf.
Aermelbretter für die Reise 80 Pf.
Gardinenspanner 10.50
Gazespinden 5.25, 6.25, 7.50

In der Abteilung Herren- und Knaben-Konfektion:

Herren-Loden-Capes ca. 120 cm lang, dunkel, grau und oliv 10.50
Knaben-Wasch-Anzüge für ca. 3-4 2.50
5-6 2.75
7-9 Jahre 3 Mk.

Knaben-Beinkleider dunkelblau Satin, für ca. 3-9 Jahre 1.15
Loden-Capes für ca. 9-10 6.80
11-12 7.50
13-15 Jahre 8.30

Rand gestreift, geschliffen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 10. Juli 1909.

Ein altes Lied. — Anzeichen einer Besserung. — Stimmungen wirtschaftlichen Aufschwunges. — Kohlenausfuhr. — Brennmaterialienmarkt. — Roheisenerzeugung und Versand des Stahlwerksverbandes. — Eisenindustrie. — Verhinderte Notstandsmitteilung.

Seit Jahr und Tag hört man die Witaneien von dem Anbruch einer neuen Hochkonjunktur. Da die Krise nicht ewig dauern kann, müssen die Propheten ja schließlich auch einmal recht haben. Und jetzt machen sich anscheinend verschiedene Ansätze zu einem wirtschaftlichen Wiederaufleben bemerkbar. In einzelnen Industrien und Branchen hat eine etwas lebhaftere Produktion eingesetzt. Das ist erklärlich. Nach der teilweise schon ziemlich lange anhaltenden Stodung in der Erzeugung muß sich endlich die Nachfrage regen, macht sich Bedarf für den Konsum geltend. Diese ganz natürliche Erscheinung kann sehr leicht, weil der Wunsch Vater des Gedankens ist, überschätzt werden. Gewiß, wenn nicht noch besondere, ungewöhnliche Zwischenfälle, die das Weltwirtschaftsgetriebe stören können, der Entwicklung Lauf hemmen, dann stehen wir vor einem neuen, gewaltigen Aufschwung industrieller Expansion.

Auf dem Gebiete des Verkehrswezens eröffnen sich bedeutungsvolle Perspektiven; die Elektrizitätsindustrie hat Probleme aufgerollt und theoretisch gelöst, die gewaltig gesteigerte Warenerzeugung auslösen. In der Eisenindustrie vollziehen sich organisatorische und produktionsstechnische Umwälzungen, die ganz naturgemäß eine gewaltig gesteigerte Warenerzeugung auslösen. In der besseren Erschließung der Balkanstaaten, des russischen Reiches, des japanischen Staates, des chinesischen Reiches für den weltwirtschaftlichen Verkehr findet erweiterte Gütererzeugung Anreiz und Absatzmöglichkeit. Der größere Rahmen für die Güterverteilung gibt auch für eine gewisse Zeit erneut die Möglichkeit, über den Widerspruch zwischen Produktivität und Konsumkraft hinwegzukommen. Daran ist also nicht zu zweifeln: über kurz oder lang wird eine neue, die verlassene an Extensivität vielleicht überlegende Weltkonjunktur einsetzen!

Aber auch darüber sollte kein Zweifel sein: in Deutschland sind die Aussichten in bezug auf den Anteil an dem Wiederaufblühen durch unsere Wirtschaftspolitik stark gehemmt! Zeitlich, indem hier der Aufschwung später einsetzt, quantitativ und qualitativ, weil unsere Zoll- und sonstige Absperungspolitik die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt stark herabmindert. Die wirtschaftlich oder parteipolitisch Interessierten, denen wir diese Schädigung verdanken, sind es auch, die durch die neue Reichsfinanzreform den Beginn wirtschaftlichen Aufstieges hinausschieben. In den mehr mechanischen, für uns schädigend wirkenden Faktoren treten die natürlichen, die wir in den ungünstigen Ernteaussichten erblicken. Nach den letzten Schätzungen- und Saatensstandsberichten darf man die Erwartungen ja wieder etwas höher spannen, aber im allgemeinen erscheint die Gesamtsituation doch noch wenig hoffnungsvoll. Die derzeitigen Vorräte lassen eine Zuversicht auf baldige, fühlbare Preisnachlässe nicht recht aufkommen. Noch einer Auffüllung des „D. L.“ wurden 2 B. per 1. Juli folgende sichtbaren Weizenbestände ermittelt — in Europa und Amerika zusammen in 1000 Quartern:

Table with 6 columns: Year (1904-1909) and Wheat stock in 1000 quarters.

Demnach ist der diesjährige Bestand noch geringer als der schon außerordentlich ungünstige des Vorjahres. Eine schlechte

Welternte und anhaltend hohe Lebensmittelpreise beeinflussen lähmend die industrielle Beschäftigung. Das ist bekannt und unbestritten. Daß alle die Hemmungskräfte jetzt schon in raschem Zuge überwinden werden, zu solcher optimistischen Anschauung vermögen wir uns noch nicht aufzuschwingen. Die augenblickliche günstigere oder als solche angesehene Gestaltung in einzelnen Industriezweigen erscheint uns noch nicht sicher als Ausfluß einer beginnenden allgemeinen Hochkonjunktur.

Unter dem Einfluß der Krise auf dem Inlandsmarkt wuchs die deutsche Kohlenausfuhr im laufenden Jahre schnell und weit über die der Vorjahre hinaus. Im ersten Halbjahre 1909 war die Ausfuhr um rund 1/2 Millionen Tonnen größer als in der Vergleichszeit 1907; die Zunahme macht fast 5 Prozent aus. Die erhöhten Mengen wurden auf den Auslandsmarkt geworfen, weil die inländischen Verbraucher sie nicht aufnehmen konnten. Aus demselben Grunde ging die Einfuhr zurück. Im ersten Viertel des laufenden Jahres blieb sie um rund 400 000 Tonnen oder um 20 Prozent hinter der Einfuhrmenge der Vergleichszeit 1907 zurück. Seit April hat aber die ausländische Kohle in verstärktem Maße in Deutschland Aufnahme gefunden, so daß für das erste Halbjahr 1909 gegenüber 1908 nur noch ein Einfuhrminus von 139 068 Tonnen vorhanden ist, und seit Mai blieb auch die Ausfuhr gegen die vorjährige zurück. Diese Verschiebung ist nicht die Folge gesteigerter Inlandskonsums, sondern verschärften Wettbewerbes auf dem Weltmarkt.

Die Lage in der deutschen Kohlen- und Stahlindustrrie hat sich noch nicht günstiger gestaltet. Jetzt endlich wollen die Stahlfabrikanten durch Preisnachlaß den Verhältnissen in der Eisenindustrie Konzessionen machen. Aber keine ausreichenden. Man hoffte auf einen Abschlag von 2-3 M. pro Tonne, das Syndikat ermäßigte den Stahlpriß aber nur um 1,50 M. So unzureichend die Herabsetzung ist, so wird sie doch wohl etwas anregend wirken. Leider kommt sie dazu reichlich spät; sie ist den Kohlenmagnaten direkt aufgezwungen. Man weiß nicht mehr wohin mit der schon um 40 Proz. eingeschränkten Erzeugung. Entweder weitere Produktionsverminderung oder Absatzsteigerung durch Preisnachlaß, das war das Ultimatum, das den Stahlfabrikanten die Entscheidung aufdrängte. Daß bei der Preisfrage der Interessengegensatz zwischen reinen Heshen und Hüttengesellen eine nicht unwesentliche Rolle spielt, ist ja bekannt.

Will man als Beurteilungsmassstab für die Gesamtlage die Produktion der Hochofen- und Stahlwerke gelten lassen, dann müßte im Juni tatsächlich eine Besserung eingetreten sein. Sowohl die Roheisenerzeugung als auch der Versand des Stahlwerksverbandes figurieren mit größeren Ziffern. Wir machen über die Veränderungen folgende vergleichende Zusammenstellung. Es betrug:

Table comparing Roheisenerzeugung and Stahlwerksverband products in 1907, 1908, and 1909.

Die Endresultate ergeben, daß die Roheisenerzeugung im ersten Halbjahr 1909 um rund 200 000 Tonnen über die in der gleichen Zeit des Vorjahres hinausgegangen ist, und sie nur um 108 000 Tonnen hinter der aus der Vergleichszeit 1907 zurück-

bleibt. Dabei sind die Erzeugungsmengen der beiden letzten Monate im laufenden Jahre größer als im Jahre 1907. Nicht im Einklang mit dieser Entwicklung, die ja auch einen Rückschluß auf stark gewachsenen Verbrauch erlaubt, stehen die Versandresultate des Stahlwerksverbandes in seinen Produkten A. Allerdings, auch hier ergibt das Jahr 1909 eine etwas größere Ziffer als das Vorjahr; ferner ist im letzten Juni ein viel größeres Quantum zum Versand gelangt als im Jahre vorher, dafür war aber das Resultat des Vormonats im laufenden Jahre viel ungünstiger als im Jahre 1908, und das Gesamtergebnis für dieses Jahr steht dem vom Jahre 1907 um noch 451 782 Tonnen, gleich 15,4 Proz., nach. Leider legt sich der Stahlwerksverband bei seinen Publikationen eine sehr grobe Diät auf, so daß man nicht weiß, in welcher Weise der Außenhandel die Versandziffern beeinflusst. Der Verband wird wohl besondere Gründe für seine Verschwiegenheit haben. Für die Gestaltung der deutschen Ein- und Ausfuhr in den ersten fünf Monaten, und zwar für Roheisen und Halbzeug machen wir nach amtlichen Angaben folgende Zusammenstellung:

Table showing Import and Export of pig iron in double tons for 1908 and 1909.

Die Einfuhr ist auf fast die Hälfte zurückgegangen, dagegen stieg die Ausfuhr um 619 838 Tonnen. An die Stelle des vorjährigen allerdings minimalen Einfuhrüberschusses ist ein Ausfuhrüberschuß von über 1 Million Doppelzentnern getreten. Die Verschiebung im Außenhandel mit Kehluppen, Rohschienen, Rohblöcke, Brammen usw. veranschaulichen diese Angaben:

Table showing Import and Export of pig iron products in double tons for 1908 and 1909.

Dem Einfuhrrückgang von 4537 Doppelzentnern steht eine Ausfuhrsteigerung von 273 396 Doppelzentnern gegenüber.

Die ungünstig im allgemeinen die Verhältnisse in der Eisenindustrie noch liegen, erhellt schon daraus, daß noch vielfach mit weiter anhaltenden Betriebsbeschränkungen gerechnet werden muß. Wenn auch in einzelnen Branchen der Beschäftigungsgrad sich etwas gehoben hat, so vermehren dafür Lohnkürzungen das Einkommen der Arbeiter. Für weite Kreise von ihnen summiert sich das Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren zu einem recht empfindlichen Notstand. Diesen zu mildern, waren die Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion betreffend Getreidezölle und Einfuhrsicherheiten geeignet. Die im Interesse des Volkswohles dringend notwendige Wilderung verhindert zu haben, dürfen sich diejenigen rühmen, die des Volkes Müden nun sogar noch mit neuen Steuern belästigen — Agrarier und Zentrümier! Deren Taten sind Stoßschläge auf den Ragen der Arbeiter. D.

Eingegangene Druckschriften.

- List of received publications including 'Karl Georg Winklerblech', 'Zink im Jute', 'Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik', 'Kurorte und Kurpfuscher'.

Gewaltige Preisherabsetzungen bis 33 1/3 Proz.

guter, besonders für die Reise- und Ferienzeit geeigneter Sommer-Schuhwaren von tadelloser Beschaffenheit bietet Ihnen unser

Räumungsverkauf mit doppelten Rabattmarken!



Der Verkauf findet nur in unseren folgenden Geschäften statt, worauf wir im eigenen Interesse genau zu achten bitten.

- List of store addresses: N., Reinickendorfer Straße 12; N., Badstraße 23; N., Brunnenstraße 42; NW., Turmstraße 55; W., Potsdamer Straße 54; S., Kottbuser Damm 5; O., Andreassstraße 47; O., Frankfurter Allee 144; Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 121; Schöneberg, Hauptstraße 159.

Table listing shoe types and prices: Herren-Schnür-Stiefel, Damen-Stoff-Schnür-Stiefel, Herren-Schnür-Schuhe, Herren-Haus-Schuhe, Turn-Schuhe, Sandalen, Farbige Kinderstiefelchen.

Advertisement for Goodyear-Well-Stiefel, highlighting quality and price reduction from 12.50 to 10 M.

Max Tack

Einzig u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, deren Inhaber den Namen TACK führen.

Inserem Genossen 18253
Albert Mrowka nebst Frau
 die herzlichsten Glückwünsche
 zur silbernen Hochzeit
 der Genossen und Genossinnen
 des 227. Bezirks, Teil II.

Die herzlichsten Glückwünsche
 zur silbernen Hochzeit
 unserer Kollegen und Schanz-
 nicht
Albert Mrowka nebst Frau
 (siehe R. 2. S.)

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
 Am Freitag, den 9. Juli, ver-
 starb unser Mitglied, der Arbeiter
Karl Holzmann,
 Besilmerstraße 1.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 12. Juli, nach-
 mittags 6 Uhr, von der Leichen-
 halle des südlichen Friedhofes,
 Müllerstraße 44/45 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
 Am 9. Juli starb unser lang-
 jähriges Verbandsmitglied, der
 Lederarbeiter 4856

Karl Holzmann.
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 12. Juli, nachmittags
 6 Uhr, von der Leichenhalle des
 südlichen Friedhofes, Müller-
 straße 44/45 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung
 der Lederarbeiter. (Zentrale I
 Berlin.)

**Verband der Lithographen,
 Steindruckere u. verw. Berufe.**
 Allen Kollegen, Freunden und
 Bekannten machen wir hierdurch
 die traurige Mitteilung, daß unser
 unergiebiger Kollege und Freund
Max Obier

Mitbegründer des Verbandes,
 langjähriger Rebalteur der Ver-
 bandszeitung und in den letzten
 Jahren Sekretär beim Hauptvor-
 stand am Freitag, den
 9. Juli, nachmittags 1/2 Uhr,
 nach langem schweren Herz- und
 Nierenleiden im Alter von
 50 Jahren verstorben ist.
 Seine unermüdbare Tätigkeit
 für unsern Verband ruft ihm
 ein dauerndes Andenken!

Die Beerdigung findet von der
 Leichenhalle des Panlower Kirch-
 hofes (Schönholzer Heide) am
 Dienstag, den 13. Juli, nach-
 mittags 6 Uhr statt. 250/7
 Zahlreicher Beteiligung seien
 entgegen
Der Hauptvorstand
 und die
Berliner Ortsvorstände
 des Verbandes.

**Männer-Gesangverein
 „Senfelder“.**
 Am Freitag, den 9. Juli, ver-
 starb nach längerem Leiden unser
 Mitglied und Mitbegründer unseres
 Vereins, der Steinbruder
Max Obier.
 Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 13. Juli, nach-
 mittags 6 Uhr, von der Leichen-
 halle des Panlower Kirchhofes
 (Schönholzer Heide) aus statt.
 Um rege Beteiligung bittet
 61/2 Der Vorstand.

Allen Genossen und Freunden
 zur Nachricht, daß mein lieber
 Mann, unser guter Vater,
 Schwieger- und Großvater, der
 Tischler
Karl Pehlke
 am Freitag, nachmittags
 3 1/2 Uhr vom Krankenhaus am
 Urban aus auf dem Friedhof
 der Friedrichshagen-Gemeinde in
 der Hoppel-Klee.

Hiermit erlaube ich traurige
 Pflicht, Verwandten, Freunden
 und Bekannten das Hinscheiden
 meines Vaters
Richard Kempfe
 anzukündigen. 4815
 Die trauernde Tochter
Witwe Helene Schreiber
 geb. Kempfe.

Die Bestattung erfolgt Dienstag,
 den 13. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr,
 auf dem Zentral-Friedhof in
 Friedrichshagen.

**Deutscher
 Transportarbeiter-Verband.**
 Ortsverwaltung Berlin II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, die Lager-
 arbeiterin
Emma Kurth
 am Freitag, den 9. d. Mts., im
 Alter von 57 Jahren an Gehirn-
 schlag gestorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 12. d. M., nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 halle des Gemeinde-Kirchhofes
 zu St. Trinitatis, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 68/11 Die Verwaltung II.

**Verband der Schneider
 und Schneiderinnen.**
 Filiale Berlin I.
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern geben wir
 hiermit bekannt, daß der Kollege
Otto Schulze
 am 7. Juli im Alter von 36 Jahren
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonntag, den 11. Juli, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Halle
 der Simons-Gemeinde, Tempel-
 hofweg, aus statt. 163/1
 Die Ortsverwaltung I.

**Verband der Steinsetzer
 (Pflasterer)**
 und Berufsgenossen Deutschlands.
 Unterbezirk Rixdorf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Stein-
 setzer
Karl Scheunemann
 im Alter von 28 Jahren am
 8. Juli gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 12. Juli, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des neuen Rixdorfer Fried-
 hofes am Mariendorfer Weg
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer
 Deutschlands.**
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied
August Klebsch
 (Bezirk Westen)
 am 8. Juli verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von
 der Leichenhalle des neuen Be-
 nützungsplatzes der Gemeinde
 Schönberg, Tempelhofweg,
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 138/7 Der Vorstand.

**Deutscher
 Holzarbeiter-Verband**
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Drechsler
Josef Horvath
 am 9. Juli gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 12. Juli, nach-
 mittags 6 Uhr, von der Halle
 des Weisenker Kirchhofes in der
 Hildestraße aus statt.
 66/17 Die Ortsverwaltung.

Am 9. Juli starb nach langem
 schweren Leiden meine liebe Frau
Rosa geb. Herzberg.
 Dieses geht tiefbetäubt an der
 trauernde Witwe
Gottfried Woelk,
 Petersburger Str. 72a.
 Die Beerdigung findet am
 12. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr,
 von der Leichenhalle des südlichen
 Friedhofes in Friedrichshagen aus
 statt.

Danksagung.
 Für die bei der Beerdigung meines
 lieben unergiebigen Mannes,
 des Steinsetzers **Robert Schütze**
 erwiesene Teilnahme und herzlich
 fröhlichen Besuche sage ich allen
 lieben Verwandten, Freunden und
 Bekannten, insbesondere den
 teuren Kollegen der Simons-
 Gemeinde, den Kollegen und
 dem Chef Herrn Gahleit (sowie dem
 sozialdemokratischen Wahlverein,
 Bezirk 14, und dem Sparverein
 „Mittelschicht“ meinen herzlichsten
 Dank.
Witwe Emilie Schütze
 geb. Runge.

Genossenschaft
 sucht noch zwei tüchtige Tischler als
 Mitglieder mit Kapital 82/12
 Adressen unter A. B., Postamt 24.

Verband der Sattler und Portefeuller.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Donnerstag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-
 hallen“, Kommandantenstr. 58/59:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftliches.
 2. Bericht und Abrechnung vom 2. Quartal 1909.
 a) Sattler; b) Portefeuller.
 3. Bericht der Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission.
 4. Renoual der selben.
 5. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
 157/10 Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 25. Juli 1909:
Großes Sommerfest
 im Garten der
 „Brauerei Friedrichshagen“, Am Königstor.
Großes Garten-Konzert
 angeführt von der 30 Mann starken Kapelle des „Berliner Sinfoni-
 Orchesters“ (Dirigent M. Fischer).
Gesangsvorträge des „Berl. Männerchor 1905“
 (R. v. K. S. S.)
Humoristische Vorträge des Berliner „Ulk-Trio“.
 Im hinteren Teil des Gartens für die Kinder Kasperle-Theater.
 Zum Gastgebot für die Kinder Stocklaternen gratis. Kinetograph.
 Die Kaffeeküche ist von 3-6 Uhr geöffnet.
 Von 5 Uhr ab Herren, welche daran teilnehmen,
 im großen Saal: **Tanz.** zahlen 50 Pf. nach.
 Billetts 25 Pf. Programm gratis. In der Kasse 30 Pf.
 Eröffnung 3 Uhr. **Anfang 4 Uhr.**
 Billetts sind im Bureau und bei den Vertrauensleuten zu haben.
 Um zahlreiches Besuch bittet [157/11] Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
 Sonntag, den 11. Juli, vormittags 10 Uhr:
Bezirksversammlungen der Einsetzer
 in folgenden Lokalen:
 I. Morkowski, Andrastr. 26. VI. Mix, Stalher Str. 59.
 II. Schade, Koppenhagen Str. 74. VII. Volkshaus, Hofenstr. 3.
 III. Müller, Berdowstr. 11. Charlottenburg.
 IV. Freil, Rosenstr. 24, Rixdorf. VIII. Melzer, Bienenstr. 23.
 V. Wiemer, Bülowstr. 58.
 96/16* Die Branchenkommission.

Potsdam-Spandau-Gsthavelland
 Sonntag, den 15. August, mittags 12 Uhr, im Saal des Herrn
Kumke in Nauen:
Kreis-Generalversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion.
 3. Parteitag und Provinzkonferenz. Refer.: Gen. Dr. Liebknecht.
 4. Diskussion. 5. Anträge. 6. Wahlen.
 290/5
 Anträge sind dem Unterzeichneten einzureichen. **Der Kreisvorstand, J. K.: Aug. Paris in Selten.**

Sterbekasse ehemals Pflugscher Arbeiter
 (Heizelsche Kasse).
 Sonntag, den 25. Juli, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
 in Wilkes Saal, Brunnenstr. 188.
 Tages-Ordnung:
 1. Verlesung des Protokolls der Generalversammlung vom 24. Januar 1909.
 2. Kassensbericht des Kassanten pro I. Halbjahr 1909 und Bericht der Kassieren.
 3. Revisierung der Publikationsorgane für 1909/10.
 4. Bericht über die geplante Gründung des Sterbegeldes.
 5. Verschiedene Kassensangelegenheiten.
 290/6* **Mitgliedsbuch legitimiert.**
Der Vorstand. Otto Rißler.

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!
 Der geehrten Nachbarschaft zur gefälligen Kenntnis, daß ich die unten
 vermerkte Bäckerei übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, meine
 Kundenschaft aufs reellste zu bedienen. Die Forderungen des Verbandes der
 Bäcker und Konditoren habe ich anerkannt.
R. Pawlik, Bäckermeister, Carmen-Strasse 163.

Reisebrief



Man versäume nicht,
 genau auf meine Firma
 zu achten!

Allgem. Ortskrankenkasse für Rixdorf,
 circa 20 000 Mitglieder, hat per sofort die Stelle des
Rechnungs- und Kassensührers
 zu besetzen.
 Es wird nur auf tüchtige, in der Arbeiterversicherungsgesetzgebung
 und im Kassenswesen erfahrene, erste Kraft reflektiert.
 Geeignete Bewerber wollen ihre Offerten unter Beifügung von Zeugnissen
 und Angabe von Referenzen bis spätestens 1. August 1909 mit der
 Aufschrift „Kassant“ versehen an den Vorstand, Kassenslokal Ideal-Passage 12,
 einbringen. 276/3*
 Rixdorf, den 9. Juli 1909.
Der Vorstand. J. Neumann, Vorsitzender.

**Neue Berliner
 Genossenschafts-Bäckerei.**
 (Eingeschriebene Genossenschaft mit
 beschränkter Haftung.)
 Reinholdstr. 67, Wilhelmstr. 62.
 Sonnabend, den 7. August d. J.,
 abends 9 Uhr,
 im Versammlungszimmer der Bäckerei
**Außerordentliche
 General-Versammlung.**
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes und
 Kassensberichts. 106/15
 2. Statutenänderungen.
 3. Anträge.
 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.
 Robert Engel. Karl Marschel.

**Kranken- und Sterbekasse
 aller gewerblichen Arbeiter
 für Schöneberg und Berlin.**
 (E. G. R. 115.)
 Sonntag, den 12. Juli 1909, vor-
 mittags 9 Uhr:
General-Versammlung
 in den neuen Rathaussälen
 von Großer, Reimiger Str. 8, Tunnel.
 Tages-Ordnung:
 1. Halbjährlicher Kassensbericht.
 2. Bericht der Delegierten vom
 5. Allgemeinen Krankenkassenkongreß
 Deutschlands.
 3. Verschiedene Kassensangelegen-
 heiten. 290/2*
 Mitgliedsbuch legitimiert!
 Um zahlreiches und pünktliches Er-
 scheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

**Adam's
 Präzisions-Uhr**
 Die Beste!



Reich illustrierte
 Kataloge
 über Wand- u.
 Taschenuhren
 Gold- u. Silber-
 waren Ketten
 Ringe, Brillan-
 ten etc. gratis!
 Sollen Personen
 überall hin gegen
 bequemste
 Monats-
 Raten
 ihren Vertrag erfüllen?
Vertrauer gesucht!
otto Jacob,
 Sen.
**Friedenstr. 8
 Berlin 505***

Von der Reise zurück
Dr. Davidsohn, Arzt.
 Lichttherapie, Röntgenlaboratorium
 Luison-Ufer 32. 421b
 Für Krankenkassenspatienten 1/3 bis
 1/10. 4-1/2.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt 62/9*
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Meritzplatz,
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Billigste Bezugsquelle
 gedieg. Trauergarderobe
Westmanns
 Trauer-Magazin
 Berlin W., Mohrenstr. 37a
 NO., Gr. Frankf. Str. 115.
 Genaue Beachtung
 meiner Firma u. Haus-
 nummer geboten!

Ausnahme-Preise.
 Abnahme bis Ende Juli.
L. Loebell
Kohlen-Großhandlung.
 Kontor und Lager:
Kohlenbahnhof Wedding,
 Jenustraße 22/26, Platz I.
 Fernspr. 11, 1454.
 Dreife vom Lager von 10 Zentner an:
 Pa. Galbsteine Balken Str. 78 Pf.
 do. Geyse . . . 85
 Anth. Kohlenw. Salen . . . 95
 Alle . . . 95
 Geyse . . . 89
 Weis . . . 89
 Marie Senftenb. . . 79
 Stoffs, Steinbohlen usw. zu den
 billigsten Tages-Konventionspreisen.
 Umlieferung frei Keller je nach Ab-
 nahme pr. Str. 10-15 Pf. mehr. —
 Wagen z. Transport gekaufter Stehlen
 werden betriebl. 424b

W. Hermann Müller,
 Berlin, Magazinstr. 14.
Sumatra Decke Nr. 6198
 a 1,70 Mk. netto/ll.
Java-Sumatra Nr. 6105
 a 2,50 Mk. brutto/ll.
 SoMüller mit guten Farben und
 feinem Brande.

S. Hammerstein,
 Berlin N. 54, Brunnenstraße 181,
 — gegründet 1862 —
Rohtabak x Utensilien
 hält sein reichl. Lager von allen
 Sorten Tabak in jeder gewünschten
 Preislage bestens empfohlen. *

J. Baer
 Badstr. 28 Ecke
 Prinzen-Allee
 Herren- und Knaben-
 Moden, Berufs-Kleidung.
 Eleg. Paletots u. Pelarins.
 z. Grobes Stofflager z.
 zur Anfertigung n. Maß.
 Allerbilligste, streng feste Preise.

Bilz Nährsalz.
 Kranke wie Gesunde sollten dies täglich
 genießen. Es bildet gesundes Blut u. stärkt
 Magen an Nährsalz. bringt Kräfte u. Siech-
 tum. Aufkl. Broschüre über die hohe Bedeu-
 tung des Nährsalzes in allen Drogenesch.,
 etc. und Bilz, Dresden-Rathaus, zu haben.
 Bilz Sanatorium, 3 Ärzte, Prosp. Bad.
 Bilz Kurbuch 2 Millionen verkauft.

Persönliche Bitte!
 Ich verreise am Sonnabend, den 17. Juli und möchte bis dahin mein überwältigend
 großes Lager in
Sommer-, Reise- und Herbst-Konfektion
 geräumt haben!
 Daher verkaufe ich jetzt zu jedem irgend nur annehmbaren Preise
 meine gesamte
Tuch-, Rips-, Seiden-, Leinen-, Bast-Konfektion
 bestehend im einzelnen aus Kostümen, Kleidern, Mänteln,
 Jacketts, Blusen, Röcken, Kimonos
 □□□ tausendfacher Auswahl und neuester Mode! □□□
Wichtig für
 Reise-, Wanderung-, Gebirge-, Strand!
 Wasserdichte Paletots! x Regenmäntel! x Wetterfeste Loden-Capes!
 zum 5. Teil meiner früheren Verkaufspreise und zwar
 vorh. bis M. 20.- bis M. 30.- bis M. 50.- bis M. 90.- bis M. 150.- bis M. 225.- usw. bis M. 600.-
 jetzt M. 4.- M. 6.- M. 10.- M. 18.- M. 30.- M. 45.- bis M. 120.-
Gratis an jeden Käufer schon bei **elegante Bluse** oder **ein Stück Stoff!**
Spezial-Konfektionshaus Westmann
 Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemstr.)
 and Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andrastr.)

Teppiche

Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schleunigen Verkauf.

Preise bedeutend herabgesetzt.

Plüschteppiche ganz schwerer Qualität.

Stubengröße: früher M. 18,50, jetzt M. 12.-

Wohnzimmer-Größe: früher M. 32,75, jetzt M. 24,50

Salongröße: früher M. 43,50, jetzt M. 35.-

Teppich-Haus

Georg Lange
Chausseestr. 73/74.

Verkauf dieser besonderen Gelegenheit: Vormittags 9-12 und nachmittags 3-7 Uhr.



JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

lassen in ihrer stets gleichbleibenden Güte die ausserordentliche Sorgfalt erkennen, die bei ihrer Herstellung beobachtet wird. Es kann keine andere Marke in der Fabrikation peinlicher behandelt werden und es können bei keiner anderen Cigarette bessere Rohstoffe zur Verwendung gelangen, als wie bei Josetti-Junio-Cigaretten. Dem sachverständigen Raucher ist dies auch bekannt und deshalb wird er ihnen stets den Vorzug vor anderen Marken geben.

Josetti-Junio m. u. e. Mundstück
10 Stck. 20 Pf.



Josetti Cigarettes Josetti Cigarettes

Graumann's Festsäle und Garten.

27 Naunynstraße 27. 3 Kegelbahnen. Sonnabende u. Sonntage noch frei!

Treptow Keglerheim

Köpenicker Landstraße 19. Großer, schattiger Garten. Saal begrünt: 400 Personen. Hallen, 4 Kegelbahnen. Bekanntester, Bekanntester beistens empfohlen. Franz Eschstruth. 15892*

Karl Herrmann

BERLIN NO., Höchststraße 4. Mineralwasser- und Limonaden-Fabrik 1891 gegründet 1891. Spezialität: Gesundheitslimonade. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4675. Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Crubg. - Tor. Eleg. Frand. Gehrad 1,30,Bole 1,00, Belle 50Pf.

Direkt anschließend an den Bahnhof
Seegefeld Sadowa
30 Min. ab Lehrter Bhf. - Hamburger Bahn. 20 Min. ab Jungfernb. - Gartenstadt - Gassant, Güterbahn. R. v. 10 M. an. Verkaufskontor vis-à-vis Bahnhof
An der Straße nach Biesdorf, 7 Min. ab Bhf.
Im alten Hochwald beginnende Gartenstadt - Luftschiffhalle - Gas und Wasser R. v. 10 M. an. Ausk. i. Rest. Döring in Neu-Sadowa

Strecke Strausberg. 6 Minuten v. Bahnhof
Fredersdorf Kaulsdorf
Schönste Kolonie des Ostens R. v. 4 M. an. Anskuff im Pavillon am Bahnhof
Stadtbahn 20-Pl.-Tour. 5 Minuten v. Bahnhof
Gartenstadt nahe dem Bundeschützenhause R. v. 12 M. an. Ausk. a. d. Gelände u. l. Bahnhofstr. Bobey.

Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung
Nieschalke & Nitsche BERLIN NO. Neue Königstr. 10

Nassenheide.

300 eingezäunte Parzellen! Flächenparzelle 200 St. alle inkl. Baum und Obst 250 zum Doppelhaushaus, 650 Kucheng. Romantisch schön gelegen am Bahnhof und Dorf und eingeschlossen von der Königl. Forst. Beim Stettiner Bahnhof 3 Stunden Fahrzeit. Ein täglich von 12-5 auf dem Nassenheider Bahnhof angest. treffen. Bei G. Wolff, Oranienburg, Berliner Straße 52a.

Ausverkauf

ber aus der S. Hoffmannschen
Konkursmasse
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 12, Ecke Schulstraße, Hammerden guten Herren- und Knaben-Garderoben fertig und nach Maß findet täglich von 8-12 und 3-8 Uhr statt. Die enorm billigen Preise sind aus den 5 Schaufenstern ersichtlich.

2. Ziehung 1. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 10. Juli vormittags.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

53 65 183 258 883 1008 (300) 255 87 256 698 703 90
[300] 899 2010 56 215 [100] 48 813 458 772 801 97 943
2003 21 148 813 906 4044 130 84 207 8 242 807 828 788
824 5613 35 35 133 421 [100] 707 6108 840 97 807 434
7303 11 28 214 624 47 777 853 93 905 [300] 8354 359 814 44
618 3757 797

10171 225 205 677 11240 606 12005 847 64 503 700
801 937 40 13007 243 511 474 523 611 866 14122 39 806
08 84 723 61 [100] 886 15118 72 210 22 43 877 900
16101 359 458 701 29 867 58 050 17004 127 40 407 [100]
18 28 18043 291 228 78 706 [100] 67 72 806 924 52
15018 87 290 368 481 [200] 505 51 879

20054 759 815 93 21013 373 468 548 708 [100] 21
22016 [100] 126 217 856 490 [100] 583 [100] 843 813
23295 383 407 592 781 942 24195 87 319 49 419 25124
243 305 499 914 36 26190 287 539 81 48 27019 83
210 710 23190 285 832 222 62 25022 329 80 819 63 63
605 29 68 713 813

30033 676 31190 247 337 646 894 32014 181 309 38
22 27 899 [100] 350 281 944 33006 794 218 471 308 658
34041 125 311 [300] 374 84 530 758 [100] 35128 82 804
739 427 [100] 40 47 80 928 36046 163 297 37305 89
217 448 710 53 428 38100 222 301 433 742 523 63 909
30091 184

40011 389 79 470 619 840 [100] 41183 268 [300] 218
55 83 456 743 42111 202 63 468 575 734 43211 406 788
877 22 65 996 44104 10 37 228 405 29 739 828 [500]
65187 218 846 63 745 46119 504 87 47115 42 219 32
302 447 12 14 652 751 818 908 45022 222 [100] 454 606
709 49019 286 97 844

50000 66 62 212 38 206 709 92 817 20 022 51096 [100]
100 851 95 503 99 730 96 900 78 80 56706 230 43 216 684
779 924 53300 421 84 709 76 54100 203 719 664 [100] 66
812 56092 83 820 28 712 806 56187 275 412 27 57009 112
89 77 232 75 719 863 77 941 84 68148 200 [100] 6 19 300
421 803 50041 42 67 145 271 [100] 86 308 710 801 83 80
60006 663 71 543 739 863 89 607 61121 27 60 217
518 [100] 21 81 641 701 73 62000 55 210 58 90 32100 602
904 41 63110 770 411 81 637 80 704 843 65 64148 [300]
973 730 61 816 996 65348 400 [100] 408 [100] 15 53 717
22 802 66029 91 226 367 503 63 688 730 613 20 67025 240
82 509 41 89 813 743 814 909 68126 301 80 707 908 69270
473 729 809 40

70021 606 84 81 738 879 71123 43 368 79 232 715 77
015 34 72008 306 123 70 308 756 827 [100] 87 88 909 73105
002 939 [300] 898 203 74000 36 800 407 21 84 807 716
292 970 [100] 75382 692 708 923 33 [100] 70606 603 713
[200] 75 805 828 77044 61 73 82 148 976 706 11 43 917
75127 272 223 77 [100] 87 96 969 827 79047 210 287
816 68

80417 95 609 672 749 848 [100] 81000 3 460 96 628
62023 245 75 679 [100] 83011 96 210 447 404 82 700 20
803 815 85 84003 87 158 361 477 628 36 803 85010 107
230 30 420 726 534 607 86227 388 94 455 [100] 781 87016
18 58 [400] 111 264 412 598 88112 25 53 81 [200] 879 428
[200] 809 754 912 33 89129 55 548 698

90112 85 548 [100] 730 91641 328 345 87 605 50 619
744 841 92191 720 816 909 93082 116 210 373 633 749
61 94015 83 179 435 800 674 711 53 95028 43 511 86
905 96027 882 412 828 56 123 856 97007 156 303 4 903
415 803 935 88184 251 664 741 812 84 99244 [100] 80 23
672 725 812 988

100000 508 433 825 818 724 851 101078 234 430 626
711 804 28 32 102406 97 618 734 103177 511 49 745
814 935 104999 215 463 865 56 813 105058 79 420 25
94 807 106116 200 87 844 818 107257 61 511 94 834
95 918 108021 705 255 723 628 109043 45 103 23 227
215 [400] 713

110003 113 968 828 111290 865 112025 712 285
413 90 276 77 984 887 [100] 948 113811 520 693 772 815
21 114006 413 960 892 920 125954 443 671 126115 600 29
627 742 841 63 846 81 127105 19 30 52 819 580 662 830
128187 260 490 214 129045 489 76 871 51 725

130029 800 131187 328 363 964 132113 484 837
719 720 133007 74 134383 284 92 501 19 [300]
83 [100] 682 510 54 135174 692 820 136910 166 225
31 85 460 689 98 859 137000 7 206 11 20 36 874 879
[100] 824 138904 [100] 304 15 39 43 269 77 622 705
139087 104 342 487 4 848 859

140007 101 212 65 879 778 991 [100] 141805 109
55 226 640 510 86 808 63 142996 233 775 829 62 85 81
136 50 143150 375 809 76 [300] 89 448 544 849 940 [100]
145474 588 712 28 56 146429 83 594 844 968 [100]
147150 54 549 668 38 81 148149 [300] 75 844 423 48
203 879 742 149999 926 848 708 [300] 21 22 272 82

2. Ziehung 1. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 10. Juli nachmittags.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

4 106 221 78 243 638 87 963 76 1066 223 468 71 811
600 780 [100] 882 2170 294 700 40 3110 408 258 98 [200]
812 4017 120 56 237 231 97 404 48 870 750 42 450
783 804 42 501 6030 118 459 84 784 906 52 7803 80 127
200 471 810 637 8171 228 423 98 9053 250 752

10002 547 82 708 97 823 11300 802 877 613 934 12290
249 13059 83 78 257 238 92 6 849 14173 217 230 444
64 98 508 213 18238 520 [100] 463 22 682 18106 [200]
621 75 724 74 87 817 861 17098 284 226 968 18181 704
884 19051 94 138 233 374 77 419 584

20000 210 590 667 705 29 21141 48 346 [100] 71 410
880 507 776 631 22043 78 238 80 701 23011 163 97
325 813 21 24201 22 221 [100] 54 81 385 806 66 77 826
25303 [100] 430 817 63 728 23 544 990 26000 771 351
602 830 99 27520 678 770 824 28011 87 109 224 400 282
641 778 87 29161 260 332 76 442 679 798

30001 34 273 25 448 31024 245 450 84 538 706
820 512 32102 256 884 603 282 33003 170 [500] 97 680
801 34001 212 484 604 710 35083 78 78 282 229 97 490
608 63 753 824 41 [1000] 911 36577 459 540 611 790 19
844 87 80 37267 840 610 716 49 804 38124 [10000] 480
727 800 170 39960 700 975

40007 400 631 117 31 847 12 942 82 41077 241 907
41 407 364 814 42109 213 211 743 803 944 43143 203
66 877 34 44510 81 228 216 45029 78 217 810 815 667
46708 154 47003 94 3884 448 607 130 963 48011 374 83
630 60 608 861 441 48916 25 429 892 937

50013 437 89 607 850 97 916 [200] 61 51088 374 83
[100] 52130 773 53084 446 684 801 38 54048 133 [300]
216 783 857 82 90 55500 543 419 347 50 71 [200] 819 70
56146 879 81 704 887 57053 270 380 456 88 502 79
707 614 58137 227 509 730 815 59004 6 27 188 222 236 647

60107 61091 203 505 735 61 685 670 62106 82 878
720 87 [100] 87 925 26 63237 218 494 843 65149 765
807 [100] 65908 [100] 229 28 85 201 607 342 60008 36
129 70 749 67000 211 270 24 85 420 610 802 68148 64
328 68 70 850 971 69119 [600] 508 [100] 99 921

70005 49 74 123 81 700 852 951 71021 201 82 478
748 818 72130 126 61 677 718 805 73144 308 251 956
74200 215 418 554 423 4 825 75019 64 120 201 811 829
[100] 219 76029 71 84 162 15 85 206 432 91 [100] 923
77006 214 215 82 807 858 211 78120 243 481 959 701
78148 678 80 728 812 827 89

80001 61 109 78 817 428 522 704 896 81098 818 705
8 80288 239 948 328 507 76 773 86 844 837 84 97
83278 [100] 227 750 827 84606 120 671 714 78 818 85600
81 [200] 710 874 813 28 58 51238 95 004 672 808 807
87388 498 324 815 728 97 88916 147 35 208 450 614
89083 141 481 211

90100 206 [100] 48 484 880 948 91078 109 219 73
76 98 466 594 92190 949 [100] 206 723 93084 147 794
85 304 552 196 [100] 509 965 140027 51 124 74 282 89 62
412 314 69 400 0 11 700 95 95001 128 205 81 786 830
508 90347 [100] 227 304 80 404 204 [200] 97941 91 807
98148 279 268 509 287 750 75 80 818 98 215 27 84 99006
76 445 201 89 [100] 887 41 85

100100 [100] 10 200 844 [100] 101300 77 106 226
[100] 67 539 78 853 102206 404 715 [100] 48 227 [300]
905 103028 284 [100] 285 88 308 908 104005 643 257
906 105275 281 510 84 80 847 723 81 108 686 28 54 879
620 23 827 [100] 98 107128 71 230 [200] 283 682 265
108200 82 49 340 821 654 706 632 73 109407 703 [100]
110002 107 [100] 283 260 328 22 753 111075 254
77 518 450 801 112008 101 289 229 [100] 413 805 862
[100000] 80 75 800 [100] 804 113000 64 114 32 114442
54 680 [100] 104 89 804 853 113024 140 [100] 888 408
787 84 813 116008 784 802 117905 75 423 96 805 11
89 [200] 734 888 118114 75 235 028 77 718 88 947
119 600 846 710 54 27 973

120001 418 885 121003 178 83 824 805 122117 904
123157 88 447 868 73 82 407 100 124044 [100] 125 122
253 455 638 22 125003 100 78 [100] 283 80 494 707 823
126286 465 [100] 581 632 [100] 127000 127 285 87
672 470 [100] 717 824 [100] 503 61 128132 208 75 627 82
801 25 129048 400 690 [100] 715 613

130100 251 218 487 658 89 702 811 131241 71 570
62 800 955 132094 190 237 66 662 133020 106 18 81
814 [100] 288 683 294 134632 826 38 76 135149 253 97
136648 848 137061 85 802 1 74 96 807 138223 730
21 819 [100] 139043 170 308 571 648 [100]

140012 732 64 813 141038 644 906 142406 620 93
143117 813 144008 400 670 672 753 869 145977 149
238 271 614 743 825 809 25 146074 125 83 75 250 [100]
303 38 407 985 147164 270 211 429 37 [100] 801 20
66 701 985 148768 818 48 149006 127 263 502 682
640 571

150004 88 107 433 89 833 973 [300] 151011 [300]
245 748 152034 48 245 744 153008 18 58 [100] 57 [500]
88 509 87 481 154 58 87 887 917 82 154045 806 418 81
568 98 701 95 155145 904 66 156007 12 440 41 671 72
2* 221 812 62 157018 21 62 174 228 24 [100] 359 58

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche — soweit Vorrat

Ausserordentlich preiswerte Angebote

Damen-Konfektion

ca. 5000 Weisse Batist-Blusen	reich mit Spitze und Stickerei garniert ...	1 ²⁵ 2 ⁶⁵ 4 ⁵⁰
Woll-Musselin-Blusen	ganz gefüttert	3 ²⁵ 4 ⁵⁰
Leinen-Kostüme	imitiert, zum Teil mit Einsätzen ...	12 ⁵⁰ 18 ⁷⁵ 3 ⁷⁵ 4 ⁵⁰ 7 ⁷⁵
Staub- u. Reisemäntel		4 ⁹⁰ 9 ⁵⁰ 12 ⁵⁰ 18 ⁷⁵ 1 ²⁵ 1 ⁹⁰ 4 ⁵⁰
Loden-Capes		8 ⁷⁵ 12 ⁵⁰ 14 ⁵⁰ Alpaka-Jupons 5 ⁷⁵

Schuhwaren ausserordentlich preiswert

Damen-Schnür- und Knopfstiefel	10 ²⁵	Herren-Schnür- u. Knopfstiefel	braun 12 ²⁵
<small>pr. Boxcalf, Goodyear Welt, auch mit Lackkappe, Abs. amerik. hoch u. engl.</small>		<small>u. schwarz Chevreaux, grosse Formenauswahl, Goodyear Welt</small>	
Damen-Spangenschuhe	5 ⁷⁵	Kinder-Stiefel	braun, echt 21/24 25/26 27/30 31/35 36/39 Knaben
<small>kanische Absätze</small>		<small>Ziegenled. u. schwarz Boxcalf, breit. Form</small>	3 ¹⁰ 3 ⁹⁰ 5 ²⁵ 6 ²⁵ schwarz 7 ⁹⁰
Sandalen	21/26 27/30 31/35 36/42 43/47	Kinder-Stiefel	braun u. schwarz Chevreaux, auch mit Lackkappe, elegante Form, Goodyear Welt
<small>biegsam, randgenäht, breite Form</small>	3 ²⁰ 3 ⁹⁰ 4 ⁶⁰ 5 ⁵⁰ 6 ⁵⁰	<small>.....</small>	7 ⁷⁵ 8 ⁷⁵ 9 ⁷⁵ 11 ⁷⁵
Damen-Chevr.-Halbschuhe	11 ⁵⁰	Herren-Stiefel	Boxcalf und Chevreaux
<small>schwarz u. farb., feinste Ausföhr., darunter Wien. Fabrikate, Wert b. 16.50</small>		<small>Goodyear-Welt und randgenäht</small>	Wert bis 15.50 9 ⁹⁰

Allein-Verkauf des **Hassia-Triumph-Stiefels** in Chevreaux u. Boxcalf, f. Herren **17⁵⁰**

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.

Empfehlen wir **Arbeitern, Parteigenossen** und **Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

105/3* Große Auswahl in Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fantl-Westen

in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend, des Charlottenburger Konsum-Vereins sowie des Arbeiter-Radfahrerbundes.

Bildschön

macht ein zartes, reines Gesicht, rosiges jugendfrisches Aussehen, weiße sammetweiche Haut und blendend schöner Teint.

Alles dies erzeugt die allein echte **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** von Bergmann & Co., Radedeul. à St. 50 Pfg. Überall zu haben.

Phänomen Cigaretten!

Devisen: Qualität ist die beste Empfehlung



Salem-Aleikum Cigaretten

Keine Ausstattung nur Qualität!
Preis: $\frac{3}{33} \frac{4}{44} \frac{5}{55} \frac{6}{66} \frac{8}{88} \frac{10}{110}$ Pfg. a. Stk.

Echt mit Firma Orientalische Tabak u. Cigarettenfabrik **Yenidze**
Inhaber-Hugo Zietz, Dresden.

Deutschlands größte Fabrik für Handarbeitscigaretten

Metzner

BERLIN

Andersstr. 23 — Brunnenstr. 95
Leipzigerstr. 54-55 — Beusselstr. 67 — Rixdorf, Bergstr. 133

Kinderwagen Eisen-Bettstellen
Kindermöbel Korbwaren etc.

1000 Mk. Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Spezial-Geschäft in der Branche als das meinige nachweist. KATALOG GRATIS.

Brauerei Karl Gregory

Aktiengesellschaft

Berlin N., Hochstraße 21/24 Amt III 1608 und 3283.

Lager-Pilsener- | **Biere**
Münchener-



Wie die Sonne

auf dem Rasen, so bleicht die Wäsche im Kessel bei Gebrauch von

Persil.

Gibt blendend weiße Wäsche, ohne Reiben und Bürsten, ohne jede Mühe und Arbeit! Absolut unschädlich, schont das Gewebe und bewirkt enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld.

Überall erhältlich.

ALLEINIGE FABRIKANTEN:
Henkel & Co., Düsseldorf.

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.

Raucht Réunion-Cigaretten

Genau nach Cairo Art



VINETA 1930 STE

HARMONIE 277.

Heinrich Franck

Tel.: Amt III 4352. Brunnenstraße 185. 8-7 Uhr geöffnet.

Neue direkte Einkäufe in der Einschreibung

vom 30. April in Amsterdam:

Partie 189 Pn. Bezoeki Aufarbeiter und Einlagen von 90-120 Pfg. verz.

Zusendung in Berlin kostenfrei und schnellstens.

! Besichtigen Sie bitte im eigenen Interesse! meine anerkannt große Auswahl

Dienstagabend von 6 1/2 Uhr an: Flugblattverbreitung
Mittwoch: Zahlabend in Berlin und Vororten.

von den bekannten Stellen aus.

Partei-Angelegenheiten.

Die Provinzialkonferenz der Provinz Brandenburg findet am Sonntag, den 29. August 1909, im Gewerkschaftshaus statt.

Die Tagesordnung lautet:

- 1. Bericht und Diskussion.
2. Die Verwaltung in Preußen.
3. Die politische Lage.
4. Anträge.

Referenzen werden noch bekannt gegeben. Anträge sind bis zum 15. August an den Sekretär Otto Wels, Lindenstraße 69, einzusenden. Die Agitationskommission.

Das Flugblatt der Freien Volkshäuser, welches der Juli-Nummer des „Mittelungsblattes“ in einer größeren Zahl von Exemplaren beiliegt, machte dieses Mal vielfach Paketversand nötig, wo sonst Post- oder Streifenband-Expedition genügt.

Ein erheblicher Teil der Auflage wird daher erst am Montag bei den Empfängern eintreffen, was wir hiermit, um Reklamationen zu ersparen, bekannt geben.

Das Verbandsbureau.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Die neue Lokalliste erscheint Anfang August. Wir erziehen daher, alle Änderungen bezüg. Neuaufnahmen bis spätestens Sonntag, den 25. Juli, an die nachbezeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Barisch, NW. 23, Seiffingstraße 82.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Wärschstraße 47.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 50, Hebaustraße 93.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, O. 34, Stragmannstraße 29.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, O. 54, Auguststraße 51, Duerger. IV.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, N. 58, Heckerländer Straße 17, II.
Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenthalstraße 24.
Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Rott, Rixdorf, Seltowstraße 15-16, IV.
Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen August Paris, Welten, Wabnitzstraße 8.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, erziehen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitgliede, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokallisten der Lokalkreise so oft gefassten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 25. Juli einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des Weiteren erziehen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einwendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperre handelt (Verzögerung in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Richard Henschel, Berlin N. 58, Heckerländer Straße 17, II.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 18. Juli: Ausflug mit Familie nach Restaurant Heidekrug, Rixdorf-Süd (Kielemal), Station Adenau. Abmarsch vom Bahnhof Rixdorf 10 1/2 Uhr. Für Verpflegung aller Art ist bestens gesorgt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Pankow. Am Dienstag, den 13. Juli, abends 7 1/2 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Zahlabendlokalen aus statt. Wir erwarten von den Mitgliedern des Wahlvereins, daß sie ihrer Parteipflicht nachkommen und sich vollzählig und pünktlich zur Erledigung dieser Arbeit einfinden. Gleichzeitig machen wir auf den am Mittwoch stattfindenden Zahlabend aufmerksam und ersuchen auch hier um vollzähliges Erscheinen. Der Vorstand.

Pankow. Am nächsten Sonntag, den 18. Juli, von nachmittags 2 Uhr ab findet im „Kurfürsten“, Berliner Straße 102, das Sommerfest des Wahlvereins statt. Da durch geeignete Arrangements (Vollbelustigungen aller Art, Spezialitäten ersten Ranges, Kinder-Gadelpolonaie usw.) für Amusement und Unterhaltung bestens gesorgt ist, wird zahlreiche Beteiligung der Genossinnen und Genossen mit ihren Angehörigen erwartet. Eintrittskarten zum Preise von 25 Pf. sind bei den Funktionären sowie in den bekannten mit Plakaten belegten Lokalen erhältlich. Das Festkomitee.

Schöneberg. Die Flugblätter zu der am Dienstag, den 13. d. Mts., stattfindenden Flugblattverteilung sind in der „Vorwärts“-Expedition, Martin-Luther-Str. 51, abzuholen. Die Parteigenossen wollen zur schnellen Erledigung der Arbeit sich pünktlich in den bekannten Lokalen einstellen. Der Vorstand.

Steglitz. Heute, Sonntag, Ausflug nach Schmargendorf, Schützenhaus (Hundeflehenstraße). Die Genossen mit ihren Familien treffen sich um 2 Uhr nachmittags, Bahnhof Steglitz. Treffpunkt für Radfahrer im Schützenhaus, von 1/2 1/2 Uhr ab. Der Bildungsausschuß.

Steglitz. Am Montag, den 12. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Schellhase unser zweiter Diskussionsabend über die

Broschüre Kautskys: „Der Weg zur Macht“ statt. Alle Mitglieder sind eingeladen; die Bezirksführer sind verpflichtet zu erscheinen.

Weißensee. Die am Dienstag, den 13. Juli cr., abends über Groß-Berlin angelegte Flugblattverbreitung findet auch in unserem Orte von den bekannten Zahlabendlokalen aus statt.

Heute, Sonntag, den 11. Juli cr., bezieht in Nachhaus Volksgarten, Märkerstr. 6/9, der sozialdemokratische Wahlverein ein Sommerfest, verbunden mit einem Festzug durch den Ort. Die Aufstellung des Festzuges beginnt um 2 Uhr nachmittags am Lindenplatz, unweit des Schloß-Etablissements. Von 4 Uhr ab großes Gartenkonzert, Gesangs- und sonstige Vorträge, großer Kinderfahrgang. Jedes Kind erhält eine Stodlaterne gratis. Im Saale Ball. Herren zahlen 50 Pf. nach, Großes Kaffeelocher, Diner 60 Pf. Eintrittsgeld bei sehr reichhaltigem gutem Programm 20 Pf.

Tempelhof. Der Wahlverein Tempelhof veranstaltet am Sonntag, den 11. d. Mts., ein gemütliches Beisammensein im Lokal des Genossen Sielaff, Gottlieb-Dunke-Str. 59.

Tempelhof. Da die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im Juli ausfällt, ist es Pflicht der Genossinnen und Genossen, alle am Zahlabend zu erscheinen.

Rovawes. Mittwoch, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Ernst Schmidt, Wilhelmstr. 41/43, die Versammlung des Wahlvereins statt.

Französisch-Buchholz. Die Genossen werden ersucht, am Dienstag, abends 8 Uhr, bei Käthe recht zahlreich zur Flugblattverbreitung zu erscheinen.

Am Mittwoch fällt in allen Bezirken der Zahlabend aus und findet dafür bei Käthe die Generalversammlung statt.

Reinickendorf-West. Heute feiert der Wahlverein sein 4. Stiftungsfest in Gordes „Waldschlößchen“, Ecke der Eichhorn- und Waldstraße, bestehend aus Konzert, Gesang und Auftreten der Volksfänger-Gesellschaft H. Lepwandowsk. Für die Kinder finden Kinderbelustigungen statt. Anfang des Konzerts 4 Uhr, Tanz 5 Uhr. Die Kaffeelocher ist von 3 Uhr an geöffnet. Straßenbahnverbindungen der Linien 25, 28 und 31 bis Eichhornstraße, der Linie 28 bis zur Waldstraße. Mit der Eisenbahn vom Stettiner Bahnhof bis Station Eichhornstraße. Es verkehren ab Stettiner Bahnhof folgende Züge: 2,20, 2,45, 3,10, 3,30, 4,10, 4,50, 5,10 Uhr; ab Eichhornstraße 10,24, 10,44, 11,44, 12,44, 1,55 Uhr. Da wirklich etwas Gutes geboten wird, bittet um regen Besuch das Komitee.

Zernsdorf. Am Sonntag, den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Zernsdorf und Umgegend im Lokal Anor statt.

Johannisthal. Dienstag, den 13. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schulz, Friedrichstr. 10, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Friedrichshagen. Dienstag, den 13. cr., abends 1/2 8 Uhr, findet von den Bezirkslokalen aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Die Genossen wollen sich hierzu recht pünktlich und zahlreich einfinden. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Geistliche Sündenböcke.

Ueber die Lebenshaltung der Berliner Pastoren brachte der „Vorwärts“ in Nr. 148 nach einem Leitartikel der „Vossischen Zeitung“, der von einem Berliner Theologen verfaßt war, eine Kritik. Die schon wegen der Bezeichnung dieser Lebenshaltung als „Schlemmerlei“ dem Vorstand des Berliner Pfarrervereins Karl auf die Herzen gefallen zu sein scheint. Auch auswärtige sozialdemokratische Blätter und selbst die „Köln. Volks-Ztg.“ haben die Sache aufgegriffen und den angeschuldigten Pastoren noch deutlicher als jener Theologe den Tadel geleitet. Der genannte Pfarrerverein verweigert sich zu einer spaltenlangen Erwiderung in der Lanke Woz und greift dabei auch den „Vorwärts“ an. Er hätte besser getan, sich nicht die Finger zu verbrennen. Die üppige Lebensweise tatsächlich sehr vieler evangelischer und auch katholischer Geistlichen ist so allgemein bekannt, daß es einfach lächerlich wirkt, die erhabenen Vorwürfe auf die abgefägten Pfarrer Werkenhin und Diebstahl abzuwimmeln zu wollen. Um eine mit dem Amtscharakter und noch mehr mit dem Evangelium nicht im Einklang stehende üppige Lebensweise zu führen, braucht man doch nicht gerade immer Geldgeschäfte durch Spekulationen zu machen. Der Pfarrerverein gibt selbst zu, daß „einige“ Berliner Pastoren vermögend sind oder sonstige besonders große Einnahmen haben und eine kolossaliere Lebenshaltung führen, „was im Grunde niemanden interessiere“. Niemand ist behauptet worden, daß die sämtlichen 300 Berliner Pastoren oder auch nur die Hälfte davon über ihre Verhältnisse hinaus leben. Es genügt aber auch schon, wenn ein paar Duzend sich Extrabagunen leisten, die zu der Rot Hunderte aus der Gemeinde in krafftem Widerspruch stehen, und es sollte nicht schwerfallen, diese paar Duzend besonders zu zeichnen. Freilich mag sehr vielen, wenn nicht den meisten Berliner Pastoren nicht das als „üppige Lebensweise“ und „Schlemmerlei“ erscheinen, was das notleidende, ausgepreßte Volk dafür ansehen muß. Die Herrschaften sind eben seit Jahrhunderten so sehr an ein behagliches Leben gewöhnt, daß Selt und Austern ihnen noch lange nicht als etwas Außerordentliches vorzukommen. Wie die Herren darüber denken, sieht man ja klar an der Ausrüstung ihres Vereinsvorstandes, daß das Einkommen der Berliner Geistlichen ein „sehr mäßiges“ sei. Im Gegenteil — die Herren stehen sich durch die Bank so vortrefflich, daß die unläuglich zum Geß erhobene, von sozialdemokratischer Seite energisch bekämpfte Pfarrerechtsveränderung der Regierung für die Geistlichkeit einen weitere reine Liebesgabe, ein Geschenk aus dem geblinderen Beutel des Volkes war. Wenn sie nach dem so gern ins Vorder-treffen gestellten Evangelium leben wollten, könnten sie sehr wohl mit der Hälfte ihrer heutigen Einnahmen und noch weniger bequem auskommen. Aber selbst zu leben und anderen Leuten die Mäßigkeit predigen — das war schon immer die schwächste Seite der Gottesmänner. Raub meint der Pfarrerverein: Die Steuerbefreiung der Geistlichen ist doch nun mal Geß. Ebenso naiv ist es, wenn der Pfarrerverein Beweise unter Angabe einzelner Fälle fordert, daß „die meisten Pastoren zu stolz sind, um in eine sozialdemokratische Versammlung zu gehen, weil dort ihr Stand unansehnlich kritisiert werden

könnte“. Nun, die Berliner Geistlichkeit ist wiederholt und noch vor gar nicht so langer Zeit öffentlich aufgefordert worden, sozialdemokratische Versammlungen, in denen kirchliche Fragen zur Besprechung standen, zu besuchen. Man hat den Herren sogar ausdrücklich vollste Redefreiheit bei selbstverständlicher Wahrung der unter anständigen Menschen üblichen Umgangsformen zugesichert. Aber nicht ein einziger hat den Mut gehabt, seine Anschauungen vor dem Gegner Auge in Auge zu vertreten! Allenfalls schied man irgendeinen Kauderwelschmann aus dem kirchlich-sozialen Lager ab. Der Vorstand des Berliner Pfarrervereins hat also gar keine Ursache, sich jetzt mit gedundenen und zum Teil ganz haltlosen „Erklärungen“ aufs hohe Pferd zu setzen. Sehr richtig bemerkt die „Vossische Zeitung“, daß der Pastorenstand, der es als sein Recht betrachtet, allen anderen Ständen die Richtlinien ihres Wohlverhaltens zu ziehen, sich auch die öffentliche Kritik des eigenen Verhaltens gefallen lassen müsse.

Jener Berliner Theologe, der seinen Kollegen die schöne Suppe eingebracht hat, riskiert jetzt, vielleicht aus Besorgnis vor Rache seiner besser gestellten Amtsbrüder, einen traurigen Rückzug, setzt sich aber dabei in die Kesseln. Er bezeichnet es lähn als ein Häßlichkeit, daß andere Blätter seine beschränkende Betrachtung verallgemeinert haben. Der Herr mag sich vor allem gesagt sein lassen, daß seine Ausführungen nicht nur nichts Neues besagen, sondern daß sie von jenen anderen Blättern aus eigener Wissenschaft ergänzt und erweitert worden sind. Was mehr als ein offenes Geheimnis ist, bedarf nicht erst der „Häßlung“. Er sagt: „Bestimmte einzelne Persönlichkeiten wurden von mir nicht bezeichnet (Werkenhin, Diebstahl? Die Neb.); aber jedes Wort des Artikels schöpft allerdings aus einer Fülle tatsächlichen Materials, und vieles blieb ungegagt...“ Na also! Will der Herr Theologe, der sich seiner engen Beziehungen zu hervorragenden Berliner Geistlichen rühmt, uns einreden, daß diese Fülle und das Ungegagte sich nur auf einige wenige Berliner Pastoren bezogen hat? Der Artikelschreiber vom geistlichen „Dan“ sollte mit der Bezeichnung „Häßlichkeit“ doch etwas vorsichtiger umgehen und nicht nachträglich die blasse Furcht zeigen, welche für viele aus seinem Berufsstande so charakteristisch ist, sobald man — nicht aus sicherer Deduktion seine Pfeile versenden kann.

Wolf-Becher-Erholungsstätte vom Roten Kreuz. Wenige Minuten von der Station Eichkamp bei Grunewald hat der Volkshilfsverein vom Roten Kreuz, Abteilung für Erholungsstätten, eine neue vorzüglich ausgestattete Wald-Erholungsstätte für Kinder errichtet, die zum Andenken an den früh gestorbenen Begründer der Erholungsstätten den Namen „Wolf-Becher-Erholungsstätte“ erhielt. Wie in den übrigen Kinder-Erholungsstätten vom Roten Kreuz in Schönholz und Sadowa bleiben auch hier die Kinder tagsüber in voller Verpflegung und Behandlung daselbst. Sie erhalten alle Mahlzeiten, werden von Kindergärtnerinnen und einer Krankenpflegerin beaufsichtigt und beschäftigt, machen Liegekur, erhalten im Bedarfsfalle Soolbäder und stehen in ständiger ärztlicher Behandlung. Zur Aufnahme gelangen Kinder, die zu krank für die Ferienkolonien, aber imstande sind, frühmorgens und abends mit der Stadtbahn den Weg hin und zurück in die Erholungsstätte zu machen. Die Verpflegungsgebühren betragen für den Tag 50 Pf., im Bedarfsfalle übernehmen die Stadtgemeinden, vorwiegend Berlin und Charlottenburg, die Kosten. Anträge sind an das Bureau, Friedrichstraße 207, Hof rechts 2 Treppen, geöffnet von 10-1 Uhr vormittags, zu richten.

Mehr Reinlichkeit in den Gastwirtschaften verlangt eine bemerkenswerte Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Potsdam. Sie schreibt u. a. vor, daß waschbare Servietten, ebe sie nach ihrer Benutzung wieder einem Gasse zur Verfügung gestellt werden, durchzuwaschen oder unter Anwendung von heißer Seifenlauge durchzuwaschen sind. Trink- und Geschirrtell soll nach der Reinigung noch besonders in reiner Wasser nachgespült und das Personal, insbesondere das Küchen- und Kellerpersonal, zu peinlichster Sauberkeit angehalten werden. Interessant ist ferner die Vorschrift für Gastwirtschaften, daß sie die Fremdenbeherbergung, nach welcher die Bettstücken entweder völlig in waschbare Bezüge einzuhüllen oder mit leinenen Laken zu versehen sind, die derart besetzt werden, daß eine Verührung des Körpers mit dem Bett selbst verhindert und ein Verschieben der Laken vermieden wird.

Die Verwaltung der Berliner Wasserstraßen, ist jetzt dem Polizeipräsidenten von Berlin übertragen worden. Die Kabinettsorder des Kaisers, die an den Finanzminister, den Handelsminister, den Eisenbahnminister, den Landwirtschaftsminister und den Minister des Innern gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut: Auf den Bericht vom 11. Juni d. J. will ich genehmigen, daß die Verwaltung der Wasserstraßen, soweit sie gegenwärtig zur Zuständigkeit der Ministerialbaukommission zu Berlin gehört, auf den Polizeipräsidenten daselbst übertragen wird. Neues Palais, den 18. Juni 1908. Wilhelm R. v. Arnim. v. Arnim. v. Arnim. v. Arnim.

Dem Polizeipräsidenten von Berlin unterstand schon bisher ein Teil der Verwaltung der Wasserstraßen im Innern Berlins, durch die Kabinettsorder sind seine Befugnisse erheblich erweitert worden.

Dem Antrag, die Verbesserung des kommunalen Wahlrechts auf die Tagesordnung des diesjährigen Brandenburgischen Städtetages zu setzen und demgemäß zu verhandeln, kann nicht entsprochen werden, weil bereits jetzt schon die Tagesordnung derartig umfangreich sei, daß es unmöglich wäre, weitere Gegenstände zu behandeln. Damit ist gezeigt, wie ängstlich man bemüht ist, dieser Frage aus dem Wege zu gehen. Ein jeder wird gespannt sein, was die Antragsteller nunmehr unternehmen werden, damit die Angelegenheit nicht ruhen bleibt. Die Wahlen stehen vor der Tür und da muß den Wählern vor Augen geführt werden, was für Notwendigkeit vorhanden ist. Daß gerade dieser Antrag, der sicher einer der wichtigsten ist, von der Tagesordnung verschwindet, war für jeden Kenner der einschlägigen Verhältnisse klar. Wenn trotzdem damit gerechnet wurde, ihn wenigstens als einen Punkt auf der Tagesordnung zu sehen, dann doch nur aus dem Grunde, daß auf dem nächsten Städtetage der Antrag als einer der ersten erscheinen würde. Aber ganz und gar abzufallen, das muß den Herren Liberalen doch zu denken geben, ob derartige Anträge dorthin gehören. Geldstrafenbrecher erlitten in der Nacht zum Sonnabend im Bureau der Norddeutschen Textilversuchsgenossenschaft in der

Rüneburger Straße 21 eine Enttäuschung. Sie fanden dort zwei Schränke und glaubten, daß beide Schätze bergen müßten. Mit ihren Werkzeugen machten sie sich über den einen her, der ihnen am wenigsten widerstandsfähig zu sein schien. Sie bewältigten ihn auch, aber er enthielt außer den Geschäftsbüchern nur die Portofolle mit 11,90 M., zu wenig für ihre schwere Mühe. Das zweite Spind zu bearbeiten, hatten sie nun keine Zeit mehr.

Ein freikender Briefmarkenautomat auf dem Postamt 26 war am Montag gegen Abend nicht zu bewegen, Marken herzugeben. Ein Arbeiter, der für seine dem Automaten anvertrauten 10 Pfennig nichts bekam, meldete das am Schalter. Als nach einer Viertelstunde noch kein diensthabender Beamter erschienen war, bat er einen Postboten, doch Abhilfe zu schaffen. Nach weiteren 10 Minuten kam ein Beamter. Einigen Personen wurden Marken ausgehändigt, dem Arbeiter aber nicht. Es ging nicht; das Geld müsse erst nachgezählt werden. Dabei waren einige Zeugen anwesend, die gesehen hatten, wie der Arbeiter seine 10 Pf. dem Automaten anvertraut, aber keine Marken bekommen hatte. Wir fragen: Was ist das für eine Art der Behandlung des Publikums? Einmal diese unterschiedliche, dann aber diese bürokratische Behandlung. Bürokratische insofern, als der Arbeiter aufgefordert wurde, seine Adresse abzugeben, um dann, wenn sich herausstellt, daß die 10 Pf. übrig sind, wieder nach dem Postamt 26 zu kommen und sich die zwei Pfennigmarken abzuholen.

Ferien- und Sonntagsnachmittagsdiebstahler treiben auch wieder ihr Unwesen. Einem Magistratsbeamten in der Rauerstraße, der mit seiner Frau in der Provinz weilte, öffneten sie mit Nachschlüssel Wohnung und Behältnisse und stahlen für 800-900 Mark Wäsche und Wertgegenstände. Bei einem Kolonialwarenhändler in der Bogenstraße erbeuteten sie 200 M. bares Geld und zwei Sparflaskenbücher. Einem Kleiner Mag. K. aus der Elbasser Straße räumte ein Herr, dem er erst fälschlich ein Nachtquartier gewährt hatte, zum Dank dafür die Wohnung aus. Er nahm sich einen Helfershelfer an und schleifte seinem Wohlthäter, während dieser bis zum frühen Morgen in seinem Geschäft im Zentrum der Stadt zu tun hatte, Kleider und andere Sachen im Werte von 2000 M. weg. Der Wohlthäter sah am nächsten Tage zwei Kerle mit Kleidungsstücken auf den Armen aus einer Kasse kommen, versäumte aber, sie festzunehmen zu lassen. Bald darauf wurden sie dann aber doch in der Wohnung des einen ergriffen. Es sind ein wohnungsloser Arbeiter Edmund Kiewitz und ein Kleiner Eward Wenger aus der Borsigstraße. Bei diesem wurde noch der größte Teil der Beute in der Wohnung gefunden.

Offizier und Oberkellner. Das auffehrenderende Intermezzo, das sich seinerzeit in einem der ersten Hotels unter den Linden zwischen einem Offizier und einem Oberkellner abgespielt hat, beschäftigte gestern noch einmal das Militärgericht. Die Vorgänge, die dem Prozeßverfahren zugrunde lagen, seien hier kurz erzählt: Am Abend des 28. März lehrten mehrere zur Kriegsakademie abkommandierte Offiziere in die Weinstuben eines Hotels unter den Linden ein. Erst in vorgeklärter Stunde wurde zum Aufbruch gemacht. Als sich Oberleutnant Edehard Freiherr v. Dallwig erheben wollte, um sich zu entfernen, bedrängten ihn seine Kameraden, doch noch etwas zu verweilen. Um ihn noch zu längerem Sitzen zu bewegen, versuchte man ihm die Mütze, Vergeblich suchte dann Freiherr v. D. nach seiner Mütze. Der Oberkellner hatte dies beobachtet und als auch er ohne Erfolg mitsuchte, rief er einem der Kellner zu, er gebe einen Later Belohnung für das Finden der Mütze. Kaum hatte dies Freiherr v. D. gehört, so trat er an den Oberkellner heran und verschiebe ihm eine Ohrfeige. Der Kellner entfernte sich nun nach dem Nebenzimmer, da er dort gerufen wurde. Als er nach kurzer Zeit wieder zurückkehrte, fragte er den Offizier, warum er ihn geohrfeigt habe. Er erhielt keine Antwort und verabschiedete im nächsten Moment dem Freiherrn v. D. eine so kräftige Ohrfeige, daß dieser zu Boden taumelte. Der Offizier hatte den Oberkellner auch noch durch die Worte: „Sie unverschämter Lämmel!“ gereizt. Am folgenden Morgen erschien Freiherr v. D. in dem Hotel, um sich von dem Oberkellner Genugtuung zu verschaffen. Er wurde von dem Hotelbesitzer in ein Privatzimmer geführt, wo er sich mit dem Oberkellner aussprechen sollte. Doch kaum hatte der letztere das Zimmer betreten, so fiel der Offizier über ihn her und schlug ihn mit einem Reitstock, den er bei sich geführt hatte, über den Kopf. Die Folge dieser Vorgänge war, daß Freiherr v. D. seinerzeit wegen tätlicher Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung durch hinterlistigen Uebertal von dem Kriegsgericht der Kgl. Kommandantur zu 200 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Mit ihm zugleich hatte sich Oberleutnant Stempel vom 188. Infanterieregiment wegen Anstiftung zu verantworten. Das Urteil gegen ihn lautete ebenfalls auf 200 M. Geldstrafe bezw. 30 Tage Gefängnis. Gegen diesen Urteilspruch wurde sowohl seitens des Angeklagten als auch seitens des Gerichtsherrn Berufung eingelegt. Das Urteil gegen Freiherrn v. D. ist inzwischen rechtskräftig geworden. Das Oberkriegsgericht des Kgl. Gouvernements, vor dem die Berufungsverhandlung gestern stattfand, gab dem Antrage des Gerichtsherrn auf höhere Bestrafung des Angeklagten nicht statt. Nach längerer Verhandlung wurde folgender Urteilspruch verkündet: „Die Berufung des Gerichtsherrn wird verworfen. Auf die Berufung des Angeklagten wird das kriegsgerichtliche Urteil vom 17. Juni v. J. aufgehoben und der Beschuldigte von der Anklage der Anstiftung freigesprochen.“

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend schließt ihr 10. Geschäftsjahr mit einem Gesamtumsatz von 3 061 500 M. ab, davon entfallen auf das eigene Geschäft 2 805 800, auf das Nebengeschäft etwa 255 700 M.; im Vorjahr betrug der Gesamtumsatz 2 988 506 M., das sind 72 996 M. Zunahme, während der Umsatz im eigenen Geschäft um 727 610 M. zunahm. Der Monat Juni brachte einen Umsatz von 312 886,05 M. gegen 208 353,00 M. im Vorjahre, also ein Mehr von 104 532,06 M. Von den Pausenanteilen sind jetzt 103 000 M. abgesetzt. Am 30. Juni wurde vorüberläufig der am 6. August stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung in der Rittergutsstraße in Richtenberg ein Terrain von 11 800 Quadratmeter gekauft, auf welchem in der 100 Meter langen Front 5 Wohnhäuser und auf dem Hinterlande links ein Kantor- und Lagergebäude, in der Mitte nach hinten zu eine Kraftzentrale und Automobilschuppen für 8-10 Autos und auf der rechten Seite eine Großbäckerei errichtet werden, welche bei vollständigem Ausbau mit 20 Doppelausgüssen den vor kurzem in „Vorwärts“ beschriebenen „Hammerbrotwerken“ in Wien entsprechen dürfte. Durch den Bahnanschluß, der infolge der Lage des Grundstücks ermöglicht wird, ist das Heranschaffen der Waren besonders erleichtert.

Ein stiller Kämpfer, der Großdestillateur Genosse Fritz Schröder, dessen Leben ein Schlaganfall endete, wurde am Sonnabend zur letzten Ruhe geleitet. Das zahlreiche Gefolge war ein Beweis für die Liebe und Achtung, deren er sich erfreute. Wie so viele, wurde auch er Gastwirt, weil die Pforten der Fabriken ihm verschlossen waren. Obwohl einer der tüchtigsten Formier in Berlin, wurde er ein Opfer der ersten Malfeyer. Seine Einstellung hätte der Fabrikant mit 1000 Mark Konventionalstrafe hängen müssen; so wollte es der Arbeitgeberverband. — Schröder war ein allezeit hilfsbereiter Genosse, ein guter Mensch und Familienvater.

Wegen eines gefährlichen Kellerbrandes wurde am Sonnabend der 17. Zug nach der Prinzenstraße 103 alarmiert. Venzol war dort in Brand geraten. Brandmeister Grabow ließ kräftig Wasser geben, wodurch der Brand auf den Keller beschränkt wurde. Gleichzeitig mußte in der Charlottenstraße 68 ein Feuer gelöscht werden, das in einer Wohnung ausgebrochen war und Papier, Tische usw. ergriffen hatte.

Zu dem Bericht über die Ausschussung des Arbeiter-Sängerbundes in der Donnerstagsnummer erucht und Genosse Wulff-Nigdorf um Aufnahme folgender Notiz:

„Wie haben zunächst — wie es selbstverständlich ist — einen Verein des Arbeiter-Sängerbundes um Mitwirkung bei unserer Sommerfest (des Gemeindearbeiterverbandes) gebeten. Dieser lehnte jedoch wegen anderweiter Verpflichtungen ab. Da inzwischen die Frist bis zum Fest ähnerst knapp geworden war und die Billetts heraus mußten, kamen wir in eine Zwangslage. Kein Tag war mehr zu verlieren und so setzte ich mich auf Ersuchen des Kollegen, der unsere Feste arrangiert, stehenden Fußes mit einem Genossen in Verbindung, von dem ich wußte, daß er Mitglied des auch in Arbeiterkreisen bekannten ausgezeichneten Männerquartetts Harmonie früher war. Dieser erklärte, daß sie sich zwar einem anderen Verein angeschlossen hätten, im übrigen aber so wie ehemals Geschäfte übernehmen. Ein solches wurde dann von unserem Festarrangeur abgeschlossen, der, wie gesagt, damit aus seiner Bedrängnis herauskam. Wir haben also wieder einen Gesangsverein „Liederkreis“, wie in einem Schreiben des Arbeiter-Sängerbundes gesagt wird, noch einen Gesangsverein „Sangesfreude“ aus Nigdorf, wie es in der „Vorwärts“-Notiz heißt, noch überhaupt einen Verein engagiert, sondern uns eben so gut es ging aus der Klemme gezogen. Das ist alles! Daß ich damit eine schwere Parteilunde auf mich geladen habe, vermag ich nicht einzusehen.“

Eine dieser Tage im Zentralvorstand von Groß-Berlin in der vorstehenden Sache erfolgte Aussprache endete, wie wir bemerken wollen, damit, daß erklärt wurde, in Zukunft sich der Hilfe der Bundesvereine zu bedienen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Am Sonntag, den 18. Juli, Familienausflug nach dem Grunewald. Treffpunkt von 2 1/2 Uhr nachmittags am Restaurant „Schützenhaus“, Hundeshagenstr. 20, in Schwanbergdorf. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Das Komitee.

Der Zoologische Garten hat in den letzten Tagen noch recht reichliche Jagd zu erhalten. Sowohl bei den kubanischen Baumratten als auch bei den südamerikanischen Mara's haben sich Jovillinge eingestellt, die bis auf die Größe der Eltern völlig gleich, letzteren sofort durch ihre Abteilungen in der Kage-tieranlage überallhin nachfolgen. Besonders interessant und wertvoll ist der Sprößling des Bunibopaares, der den leuchtend braun, schwarz und weiß gefärbten Eltern in seinem fast einfarbig gelblichen Kleide in nichts ähnelt. Der Bunibod ist eine südafrikanische Antilopenart, die in freier Wildbahn für ausgerottet gilt und zurzeit in ihrer Heimat noch in halbwillkürlichen Zustände erhalten wird, so daß daher die Tiere bei uns außerordentlich selten und kostbar sind.

Vermischt wird der Arbeiter Johann Krausch, Berlin, Kreuzigerstraße 22. Am Freitag, den 2. Juli, nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, verließ er seine Arbeitsstelle in der Pallasienstraße 73 und ist seitdem spurlos verschwunden. R. trägt Vollbart und volles dunkles Kopfsaar. Der Mittelfinger der linken Hand ist verkrüppelt, die Haltung des Körpers geknickt. Bekleidet war R. mit schwarzem Jackett, grauer Hose, weitem Strohhut und Schnallenschuhen. Seine Angehörigen vermuten geistige Umnachtung und bitten zweckdienliche Angaben an oben bezeichnete Adresse gelangen zu lassen.

Der Buchdruckereihilfsarbeiter Jygalshy, Altesberger Str. 14, bittet um mitzuteilen, daß er mit dem wegen Uebertal verhafteten Gelegenheitsarbeiter gleichen Namens — wir berichteten am Freitag unter Nigdorf über den Raubfall — nicht identisch ist.

Feuerwehbericht. Der erste Zug wurde gestern nach der Prengler Str. 29 alarmiert, wo in einem Keller Spiritus u. a. brannte. Der dritte Zug hatte gleichzeitig in der Kärgener Straße 21 zu tun, wo ebenfalls Spiritus usw. und zwar in einer Apotheke, durch Fahrlässigkeit in Brand geraten war. Wegen eines Räucherkerzens erfolgte ein Alarm nach der Adlerstr. 24. In der Gaudystr. 40 mußte ein Brand gelöscht werden, der in einem Badezimmer ausgebrochen war. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Lindenstr. 68 u. a. Stellen gerufen.

Arbeiter-Samariterkolonne. Montag abend 9 Uhr 1. Abteilung, Dresdenerstr. 45, und Donnerstag abend 4. Abteilung in Lichtenberg Samariterstr. 11 bei Bedmann. In beiden Abteilungen praktische Übungen und Wiederholung.

Vorort-Nachrichten.

Nigdorf.

Der freiwillige Erziehungsbeitrag für Nigdorf schickte uns unter Hinweis auf unsere Notiz in Nr. 155: „Sonderbare Ferienkolonien“ eine längere Zuschrift, deren Aufnahme aus Grund des § 11 des Preisgesetzes gefordert wird. Obwohl der Inhalt dieser Verächtigung keineswegs dem angezogenen Paragraphen entspricht, wollen wir dieselbe doch im Interesse der Sache zum Abdruck bringen. Sie lautet:

1. Es ist unwahr, daß jedes an der Kolonie teilnehmende Kind 1,50 Mark pro Woche oder 6 Mark für die ganze 4 Wochen währende Zeit zahlen muß. Von den 90 Knaben der Kolonie zahlen nur vier freiwillig 1,50 Mark pro Woche, während die übrigen Freistellen haben.

2. Es ist unwahr, daß jedes Kind zwei Liter Milch für den Tag erhalten sollte, vielmehr ist pro Kind durchschnittlich ein Quantum von einem Liter bestimmt worden, und dassebe hat sich bis dahin als vollkommen ausreichend erwiesen, ja, es müssen sogar die Kinder durch vieles Jureben zum reichlicheren Trinken veranlaßt werden, damit keine Milch übrig bleibt.

3. Es ist unwahr, daß die Kinder bis 3 Uhr nachmittags unter Aufsicht stehen sollten, vielmehr ist den Eltern mitgeteilt, daß die Ferienkolonisten um 12 Uhr entlassen werden.

4. Von einem bezirksweisen Versammeln der Nigdorfer Kinder ist nicht die Rede gewesen; es ist anzunehmen, daß dem Einsender des Artikels Berliner Verhältnisse vorkam.

5. Die Kinder werden in der Tat zum Spiel im Freien angehalten und beim Spiel beaufsichtigt; ein Spielplatz findet jedoch aus pädagogischen Gründen nicht statt. Spoziergänge werden nur bei ausgeprochen günstigem Wetter und unter Berücksichtigung der zum größten Teil kleinen und schwächlichen Kinder auf vielfachen ausdrücklichen Wunsch der Eltern nur in beschränkter Zahl unternommen.

6. Die Behauptung, groß und klein werde auf dem Schulhofe eingesperrt, ist unverständlich, da den Kindern ein Schulhof und ein freiliegender großer, schattiger Spielplatz zur Verfügung stehen, deren Eingänge offen gehalten werden.

7. Dem Fußballspiel kann keine Rede sein, da der Kolonie ein Fußball nicht zur Verfügung steht. Es ist wohl selbstverständlich, daß etwa „träbelsig“ dahingende Kinder seitens des Leiters ermuntert und nach Kräften aufgebessert werden.

8. Es ist geradezu empörend, wenn behauptet wird, die Kinder amüsierten sich über die tüchtige pädagogische Kraft, die, mit einem Rohrstock bewaffnet, unter den Kindern umherfuhr.“ Es sei hier vielmehr der Wahrheit gemäß ausdrücklich und öffentlich festgestellt, daß der in Frage kommende Leiter keinen Rohrstock mitgebracht hat und auch nicht eine einzige Unpöliche Jähstigung hat eintreten lassen, trotzdem letztere vielleicht bei Vergeben, wie Beschädigungen von Sträudern und Bäumen trotz wiederholten Verbots, am Plage gewesen wäre.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die hiesige Ferienkolonie keinesfalls eine Einrichtung des Nigdorfer Magistrats, sondern eine solche des von letzterem unabhängigen Vereins, nämlich des „Freiwilligen Erziehungsbeirats für die Jugend in Nigdorf“, ist.

Eward Renda,

Leiter der Knaben-Ferienkolonie Nigdorf.

Die vorstehende Verächtigung beschränkt sich nur zum Teil auf die von uns veröffentlichte Notiz. In derselben war mitgeteilt, daß den Kindern in der Klasse das gesagt worden sei, was von uns mitgeteilt wurde. Das kann der Erziehungsbeirat gar nicht bekräftigen, da er davon nichts weiß. Wenn es nicht stimmt,

so können doch die Eltern nicht dafür. Jedenfalls sind Eltern von ihren Kindern in der von uns angegebenen Weise unterrichtet worden. Wir geben gern zu, daß diese Art der Mitteilung zu erheblichen Mißverständnissen Veranlassung geben kann und es wäre sicherer gewesen, wenn den Kindern eine schriftliche Mitteilung an die Eltern mitgegeben worden wäre.

Das ändert aber nichts an der Kernfrage, daß die Kinder in der Kolonie nicht die Aufsicht finden, die verlangt werden muß. In dem von uns veröffentlichten Falle sollte ein in diese Kolonie geborener Knabe um 12 Uhr durch ein Mädchen abgeholt werden. Es stellte sich aber heraus, daß der Knabe nicht mehr zu finden war. Er irrte in dieser Zeit bereits in Nigdorf umher und mit ihm noch andere Kinder im Alter von 6-7 Jahren. Es mag sein, daß bei 90 Kindern es nicht leicht ist, alle zu beaufsichtigen, das beweist aber nur, daß es mit dieser Kolonie nicht gerade sehr weit her zu sein scheint. Was nun, wenn den in Nigdorf umherirrenden Kindern etwas passiert wäre?

Was die Schlußbemerkung betrifft, daß die Nigdorfer Ferienkolonie keine Einrichtung des Nigdorfer Magistrats ist, sondern eine solche des von letzterem unabhängigen Vereins, des „Freiwilligen Erziehungsbeirats für die Jugend in Nigdorf“, so ist das richtig. Vergeben ist nur zu sagen, daß der Magistrat von Nigdorf den Verein subventioniert.

Aus der Magistratsrechnung. Die Ueberlassung eines Schulraumes im Schulhause Eulstraße für Zwecke der katholischen Präparandenanstalt wird den Direktoren Marquardt und Wänisch gegen Erhaltung der Kosten bewilligt. — Die im Schreiben der kgl. Eisenbahndirektion Berlin berechneten Zuschüsse für Verbreiterung der Hertzstraße auf 16 Meter mögliche Breite und Ausbesserung der Straßenrampe und Bürgersteigbefestigung sollen übernommen, die Kosten hierfür im Betrage von 65 000 M. aus einer neu aufzunehmenden Anleihe bestritten werden. — Der Magistrat beschließt die Verlängerung des mit dem Restaurateur Riecke über den 1. April 1910 hinaus zum bisherigen Pachtpreise. — Der Magistrat nimmt Kenntnis von dem Bericht betreffend die Revision der Allgemeinen Ortskrankenkasse, welche einen Fehlbetrag von 27 010 M. infolge der Unterschlagungen des früheren Rentanten (König) ergeben hat, und von den zur Verhütung von Unterschleifen angeordneten Maßnahmen. — Der Magistrat beschließt die Instandsetzung des Statetenganges auf dem Friedhof an der Rudower Straße.

Charlottenburg.

Achtung! Gemeindevähler! Nach einer Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts wird nur derjenige in die Gemeindevählerliste aufgenommen, der bis zur Aufstellung der Liste seine Steuern gezahlt hat. Um denjenigen Genossen entgegenzukommen, die durch Arbeitslosigkeit oder sonstige Umstände nicht in der Lage gewesen sind, ihre Steuern zu entrichten und ihnen das Wahlrecht zu sichern, haben die hiesigen Genossen bei dem Genossen Alfred Will, Kirchstr. 30 im Zigarren-Geschäft, eine Reklamationsstelle errichtet. Jeder Gemeindevähler, der seine Steuer gestundet oder davon befreit zu werden wünscht, findet dort darin die erforderliche Unterstützung. Auf hier tut Eile not, da die Gemeindevählerlisten bereits vom 16. August bis 30. August im Statistischen Amt, Berliner Str. 71, ausliegen. Und nur die in dieser Zeit geltend gemachten Einsprüche gegen die Wählerliste können berücksichtigt werden. Es sollte also kein Arbeiter zögern, sich sein Gemeindevahlrecht zu sichern.

Schöneberg.

Der Jugendbildungsausschuss hat zu heute, den 11. Juli, einen Ausflug geplant. Treffpunkt früh 8 Uhr, Bahnhof Ebersstr. nach Bahnhof Bestend (Fahrpreis 10 Pf.), von da zu Fuß nach Spandauer Wald. Von hier unter Leitung eines Geologen nach dem Stöcken-See, Hadel, Seeufer usw.

Nachzügler treffen sich nachmittags um 2 Uhr Bahnhof Eberskamp. Wir richten die Bitte an alle Jugendlichen, sich recht zahlreich an diesem Ausflug zu beteiligen. Ermöglichte sind ebenfalls sehr gern gesehen.

Mariendorf-Südende.

In der Gemeindevertretung wurde beschlossen, an den Eisenbahnstrecke für den Umbau der Straßenunterführung am Bahnhof Mariendorf einen Kostenschuß von 154 000 M. zu zahlen, wozugegen nochmals versucht werden soll, eine Beihilfe zu diesen Kosten durch den Kreis zu erlangen. — Der gestankten Herstellung einer Ueberführung für Lokomotiven über den Lokomotivkanal — auf der Brücke in der Ringstraße — stimmte die Mehrheit der bürgerlichen Vertreter zu. Diese folgte blindlings dem eifrigen Befürworter des Projekts, dem Gemeindevorsteher, ungeachtet der Einwände des Genossen Reichardt, daß dadurch ein erhebliches Hindernis für den Fußgänger- und Fußverkehr geschaffen werde. — Weiter wurde die Anstellung eines Nachwählers für den Ortsteil Südende beschlossen. Die Genossen Weber und Reichardt wünschten, daß endlich der Tagesdienst dieser Beamtenkategorie geregelt werden möchte. Diese Beamten würden so doch von einer Ruhe und Pflege, wie sie zur Erhaltung der Gesundheit nötig ist, gar nicht gesprochen werden kann. Der Gemeindevorsteher sagte eine solche Regelung zu, aber — für später. — Schließlich lag noch ein Antrag unserer Genossen vor, dahingehend, die für den Monat September in Aussicht genommenen Gemeindevahlen an einem Sonntag stattfinden zu lassen. Genosse Reichardt befand sich in der angenehmen Lage, gewichtige Gründe für den Antrag ins Feld führen zu können. Es würde, wenn die Wahlen an einem Sonntag stattfänden, dies nicht nur, wie man glaubt annehmen zu müssen, der Arbeiterschaft allein, sondern auch anderen Wählern zugute kommen. So gehen z. B. die meisten Bädermeister Mariendorfs ihrem Gewerbe in Berlin nach. Diesen werde es unmöglich gemacht, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Auch würden doch vielfach Beamte und Lehrer von den Herren Bürgerlichen zu Schlepperdiensten herangezogen. Es könnten also die Aussichten auf einen Wahlerfolg bedeutend erhöht werden, wenn an einem Sonntag die Wahlen stattfänden. Was bei den Kaufmanns- und Gewerbebetriebswahlen möglich ist, sei wohl auch bei den Gemeindevahlen durchführbar. Der Gemeindevorsteher erklärte, die Festsetzung des Wahltages stehe allein ihm zu, und er könne nicht in Aussicht stellen, daß er einen Sonntag dazu festsetzen werde. —

Steglitz.

Der Jugendauschuss für Steglitz veranstaltet für die arbeitende Jugend in nächster Zeit Spielpartien usw. und zwar sind vorläufig in Aussicht genommen: am Sonntag, den 18. Juli, Ausflug nach Bannsee (Vabepartie). Treffpunkt Bahnhof Steglitz, früh 8 Uhr. — Sonntag, den 25. Juli und 1. August, Spieldausflüge nach dem Grunewald. Treffpunkt Bahnhof Steglitz, 1/3 Uhr.

Mit diesem Ausflügen soll der arbeitenden Jugend beiderlei Geschlechts Gelegenheit gegeben werden, mit gleichgesinnten Gefährten einige frohe Stunden in frischer und reiner Luft zu verbringen. Der Jugendauschuss darf daher erwarten, daß die Jugendlichen sich recht zahlreich an diesen Ausflügen beteiligen. In die organisierte Arbeiterschaft sei ganz besonders das Ersuchen gerichtet, ihre schulenklassene Jugend diesen Veranstaltungen zuzuführen und, wenn möglich, auch selbst daran teilzunehmen.

Mariensfelde.

Aus der Gemeindevertretung. In der am Mittwoch, den 7. Juli, stattgefundenen Gemeindevertretung wurde das Angebot der Lampenfabrik Erich u. Graeb-Treptow auf probeweise Aufstellung von zwei Gasinlampen in der Pumpstation angenommen. Die Aufstellung erfolgt unentgeltlich ohne gegenseitige Verbindlichkeit. — Der Amtsvorsteher hatte seinerzeit die Gemeinde aufgefordert, die unhaltbaren Zustände des Bürgersteigs in der Rantwischstraße zu beseitigen; die Räume stehen dort zum Teil so dicht an der Bordsteigkante, daß man sich die Kleider zerreißt.

Die Vertretung sollte auch feinerzeit einen dahingehenden Beschl. Da aber die meisten der Herren Grundbesitzer das abzutretende Land bezahlt haben wollen, wird wohl der gegenwärtige Zustand noch lange erhalten bleiben, denn von einer Enteignung wurde Abstand genommen. Im Bebauungsplan von Groß-Berlin war die Berliner Straße mit 30 Meter Breite vorgesehen, die Straße nach Lichtenrade sollte 38 Meter breit werden, die letztere führt durch vollständig unbebautes Terrain. Vor einiger Zeit hatte man beschlossen, jede der beiden Straßen um 8 Meter zu schmälern. Nun will der Landrat die Gründe wissen, die diesen Beschl. notwendig gemacht haben; da man nun keine stichhaltigen Gründe hatte, wurde eine Kommission gewählt, um dieselben zusammenzustellen und dem Landrat mitzuteilen. Der Vorsitzende meinte: Meine Herren! Je breiter die Straße, desto weniger bleibt für den Verkauf übrig, denn an den neuangelegten Straßen muß das dazu gehörige Land lasten- und kostenfrei aufgegeben werden. Bei der Beratung über den Neubau einer Schule wurde beschloffen, auf dem alten Schulgrundstück einen Anbau von 8 Klassen aufzuführen. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob dies von der Aufsichtsbehörde gestattet wird, denn wenn in den vorhandenen Gebäuden Feuer ausbricht, besteht für die Kinder die größte Lebensgefahr. Zum Schluß brachte der Vorsitzende der Vertretung zur Kenntnis, daß der Vertreter der 1. Klasse, Herr Beyrodt, sein Mandat sowie alle Kommissionsämter niedergelegt hat, angeblich wegen geschäftlicher Verhinderung. Für Eingeweihte sind es aber andere Gründe; unter anderem war der Schulhausneubau der Hauptgrund seines Rücktritts. Herr Beyrodt wollte nämlich von der Anbauerei auf dem Schulhof nichts wissen, (diese Ansicht wird von den meisten Einwohnern geteilt) sondern wollte gleich ein modernes, allen Anforderungen der Neuzeit entsprechendes Schulhaus bauen. Da er mit dieser vernünftigen Idee keinen Anklang fand, legte er seinen Posten nieder. Der Gemeindevorsteher meinte, es wäre feinerzeit zweckmäßig gewesen, den Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins anzunehmen und die Vertreterszahl zu erhöhen, damit nicht die einzelnen Mitglieder so vielen Kommissionen angehören brauchen. Die Erhöhung der Zahl ist zum nächsten Jahre sicher zu erwarten.

Gerichts-Zeitung.

Der des räuberischen Ueberfalls auf den Geldbriefträger Eulenburg

verdächtige Schneider Emil Drechsler hatte gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I noch ein anderes Schuldkonto zu begleichen. Unter der Anklage des gemeinschaftlichen schweren Diebstahls hatte sich Drechsler in Gemeinschaft mit dem Händler Johann Dornbach vor dem Strafrichter zu verantworten. Am Sonntag, den 9. Mai d. J., wurde in der Wohnung des Kaufmanns Meier in der Stralauer Allee 88 ein Einbruchdiebstahl verübt, bei welchem den Tätern etwa 60 M. Bargeld, verschiedene Kleidungsstücke und ein Fahrrad in die Hände fielen. Als Diebe kamen zwei Männer in Betracht, die vorher nach Art der „Altingel-fahrer“ an verschiedenen Wohnungen gelauert hatten, um festzustellen, ob die Wohnungsinhaber anwesend waren. Bei einer Hausbesucherin, die geöffnet hatte, fragten die beiden Unbekannten nach einem Postsekretär, der angeblich in dem Hause wohnen sollte. Als Täter wurden die beiden Angeklagten festgenommen. Diese Festnahme brachte auch gleichzeitig etwas Licht in die Affäre des Ueberfalls auf den Geldbriefträger Eulenburg. Als Drechsler in dem „grünen Wagen“ zum Polizeipräsidium geschafft wurde, befand sich zufällig auch der Handlungsgehilfe Kasper, der wegen des kürzlich mitgeteilten Ueberfalls auf einen Kaufmannslehrling verhaftet worden war. Drechsler glaubte nun, daß er in dieser Sache verhaftet sei und legte ein offenes Geständnis ab, daß er auf Anstiften des Kaufers den Geldbriefträger überfallen hätte. Dieses Geständnis widerrief er später und spielte im Untersuchungsgefängnis den „wilden Mann“. — In der vorliegenden Sache bestritten die Angeklagten jede Schuld und traten einen Alibiweis an, der die Ladung weiterer Zeugen erforderlich machte. Die Sache fiel deshalb einer Verlegung anheim.

Musterhafter Stadtdiakon.

Dreiste Erpressungsversuche fielen dem Kaufmann Gustav Weiße zur Last, der gestern aus der Untersuchungshaft der dritten Strafkammer des Landgerichts II vorgeführt wurde. Der Angeklagte, der wegen Unterschlagung mit 1 1/2 Jahren Gefängnis bestraft ist, war feinerzeit in Leipzig als sogenannter Stadtdiakon für die innere Mission tätig und ist dann nach Berlin übergesiedelt. Hier lernte er ein Dienstmädchen kennen, der er die Ehe versprach und die ihm ihre sauren Ersparnisse völlig

überließ, da er behauptete, daß er das Geld als Kaution für eine von ihm einzunehmende kaufmännische Stellung gebrauche. Als er sein Ehebündnis einlösen sollte, fehlte es ihm an den nötigen Geldern zur Beschaffung der Wirtschaftseinrichtung und da kam er auf den Gedanken, sich die erforderlichen Mittel auf verbrecherische Weise zu beschaffen. Aus seiner Tätigkeit in Leipzig waren ihm Damen der Gesellschaft bekannt, die auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege tätig waren und an diese wandte er sich mit Expressbriefen. Er erklärte ihnen, daß er aus ihrem intimen ehelichen und außer ehelichen Leben allerlei Vorgänge kenne, deren Bekanntgabe sie auf das äußerste kompromittieren würde und forderte für sein Schweigen nicht unbedeutende Geldbeträge, die ihm an eine von ihm bezeichnete Berliner Postanstalt unter bestimmter Chiffre zugestellt werden sollten. In Leipzig hat er drei Damen durch derartige dreiste, förmlich erfundene Angriffe auf ihre weibliche Ehre in Angst und Schrecken zu setzen versucht, ohne daß er sein Ziel erreichte. Hier in Berlin hat ihm sein Geschick erreicht, als er die Unverschämtheit hatte, einen solchen Expressbrief auch an die Witwe eines hochstehenden Staatsbeamten zu richten. Die betreffende Postanstalt war schon eine geraume Zeit durch die Kriminalpolizei überwacht worden, ohne daß es gelang, des Expressers habhaft zu werden. Dieser muß die ihm drohende Gefahr erlitten haben und so blieben die nach Verabredung von den zu brandstiftenden Damen abgeordneten Chiffre-Briefe auf der Post liegen, ohne daß sich ein Empfänger meldete. Die Kriminalpolizei ließ die Postanstalt aber weiter durch zwei Beamte überwachen und es gelang eines Tages, die Braut des Angeklagten zu fiksieren, die dort erschienen war und nach den Briefen fragte. Der Angeklagte verschwand noch auf kurze Zeit, hat sich dann aber selbst der Polizei gestellt. — Das Gericht verurteilte ihn zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Verleitung zum Meineid.

Eine hohe, aber nicht ungerichte Strafe wurde dem Kaufmann Karl Dübner zubilligt, welcher sich gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II wegen Verleitung zum Meineid zu verantworten hatte. Der Angeklagte war früher Leiter einer Filiale der bekannten Meierei Volle in der Habsburgerstraße. Er wurde jedoch wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten entlassen. Eines Tages wurde seinem Nachfolger in der Filiale telefonisch mitgeteilt, daß zwei Vollesche Milchmädchen angeblich betrunken auf der Straße lägen und Alkotria trieben. Der Filialleiter schloß sofort seinen Laden zu und eilte nach der genannten Straße, wo sich herausstellte, daß die ganze Geschichte erfunden war. Nichts Gutes ahnend, eilte er zurück und konstatierte, daß während seiner kurzen Abwesenheit ein Paket Quittungen durch eine zufällig offen gebliebene Türklappe entwendet worden war. Als Täter kam nur eine Person in Frage, die mit den örtlichen Verhältnissen genau vertraut war. Es wurde festgestellt, daß der jetzige Angeklagte die gestohlenen Quittungen einsteckt hatte. Er wurde deshalb von dem Schöffengericht zu 2 Monaten Gefängnis wegen Diebstahls verurteilt. Hiergegen legte er Berufung ein und bezog sich auf das Zeugnis einer Frau Weiß, die ihn angeblich zur Zeit der Verübung des Diebstahls in einer ganz anderen Stadtgegend gesehen haben sollte, so daß er als Täter gar nicht in Frage kommen könne. In der Verhandlung vor der Berufungskammer gab die Frau Weiß an, daß der Angeklagte an sie herangetreten sei und versucht habe, sie gegen Zahlung von 20 M. zu verleiten, fälschlich auszusagen, daß sie mit ihm um jene Zeit gesprochen habe. Dübner wurde feinerzeit sofort verhaftet. — Das Urteil gegen ihn lautet wegen verurteilter Verleitung zum Meineid auf 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Strafbarer Vorkott im Geschäftsleben.

Wegen verurteilter Erpressung ist am 3. April vom Landgerichte Zwidau der Färbereibesitzer Otto Busch in Rixdorf zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er gehörte als Schriftführer dem Verein der Färbereien und chemischen Waschanstalten in Berlin an. Die Färberei von D. u. W. in Glauchau errichtete in Berlin eine Filiale. Der Verein bestellte in einer Sitzung die ihm dadurch erwachsene schwere Konkurrenz und beauftragte den Angeklagten, an D. zu schreiben, er möge die Filiale wieder aufgeben. Der Brief sollte ebenso lauten wie ein früherer an eine andere fälschliche Firma. In dem Briefe wurde der Firma angekündigt, daß man die den Vereinsmitgliedern verursachte Schädigung durch gegenseitige Schädigung beantwortet werden, und zwar mit großer Energie. D. nahm an, daß man seine Firma durch Errichtung von Filialen in Glauchau würde schädigen wollen, ließ sich aber nicht abschrecken, sondern reiste sofort nach Berlin und verlängerte seinen Mitgliedsbeitrag. — In seiner Revision rügte der Angeklagte Verleumdung des Begriffs der Drohung. Es

sei nur mit Konkurrenz gedroht worden, das sei aber etwas, wozu jeder Mensch ein Recht habe.

Das Reichsgericht verwarf am Freitag die Revision, indem es ausführte: Die Statthaltigkeit eines Kampfmittels ist in erster Linie danach zu beurteilen, welches Ziel im Kampfe verfolgt wird und welche Art der Führung des Kampfes angebrocht wird. Im vorliegenden Falle ist als das Ziel des Konkurrenzkampfes deutlich zu verstehen gegeben, dem Gegner überhaupt den Gewerbebetrieb unmöglich zu machen da, wo er ihn ausüben wollte. Das ist ein Eingriff in die auch nach dem Gesetz jedermann gewährleistete Gewerbefreiheit. Maßregeln, durch welche ein solcher dem Gesetz zuwiderlaufender Zweck erreicht werden soll, können nicht als zulässig gelten. Daß aber die Führung eines solchen Kampfes nicht mit den Mitteln eines lauterer Wettbewerbes bewirkt werden sollte und konnte, liegt auf der Hand. Das Landgericht hat danach keineswegs verkannt, daß es sich um die Androhung eines Uebels handelt. Auch die übrigen Tatbestandsmerkmale der verurteilten Erpressung sind in bedenkenfreier Weise festgestellt worden.

Zwei Jahre Zuchthaus wegen 30 Pfennige!

Vor dem Landgericht in Oldenburg hatte sich der Arbeiter Ziegenbein aus Delmenhorst wegen Diebstahls zu verantworten. Gelegentlich einer Auktion hieß er einen Kasten mitgehen und verkaufte ihn sofort wieder für 30 Pf. Der Angeklagte ist bereits 21 mal vorbestraft, darunter 13 mal wegen Diebstahls. Weil er ein unverbesserlicher Dieb sei, beantragte der Staatsanwalt zwei Jahre Zuchthaus. Das Gericht erkannte demgemäß.

Wenn Ziegenbein ein halbes Duzend Medizinräte mitgebracht und das Glück einer schweren Krankheit mit überzeugendem Anfall vor Gericht gehabt hätte, könnte er jetzt wohl nach Hause fahren. Aber wenn du gar nichts hast, Lump, so lasse dich begraben — im Zuchthause.

Vermischtes.

Gefährliches Spiel.

Meiwiß, 10. Juli. Beim Spielen mit einem Jagdgewehr erschloß ein junger Balzarbeiter eine 20jährige Bauernochter im Schiratsföwiger Balle.

Ein Drama.

Magdeburg, 10. Juli. In der Nähe der Strombrücke stürzten sich heute vormittag zwei junge Frauen, die anscheinend von auswärts gekommen waren und nach ihrer Kleidung den besseren Ständen angehörten, in die Stromelbe. Sie nahmen ein etwa vierjähriges Kind mit sich ins Wasser. Von einem in der Nähe liegenden Dampfer wurden sofort Rettungsversuche unternommen, die aber infolge des zeitweiligen Hochwassers keinen Erfolg hatten. Bis jetzt sind die Leichen noch nicht gefunden worden.

Ämtlicher Marktbericht der k. k. Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Zufuhr schwach, Geschäft reger Preise unmerklich. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft reger, Preise fest. Geflügel: Zufuhr ausreichend, Geschäft reger, Preise behauptet. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unmerklich. Gemüse, Obst und Säfte: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 9. 7.		am 8. 7.		Wasserstand	am 9. 7.		am 8. 7.	
	m	cm	m	cm		m	cm	m	cm
Remel, Mühl	196	0	196	0	Saale, Großh.	82	+2	82	+2
Bregel, Jüterburg	134	+30	134	+30	Qabel, (Sachsenw.)	34	-5	34	-5
Wesche, Thom	266	+34	266	+34	Spree, (Spreemb.)	86	-10	86	-10
Oder, Rastow	247	+8	247	+8	Beesow	72	+2	72	+2
Krossen	232	0	232	0	Weser, Minden	-60	+28	-60	+28
Frankfurt	58	+6	58	+6	Weser, Minden	2	+32	2	+32
Weser, Schrum	-8	-1	-8	-1	Rhein, (Main) 1. 1. 1.	560	+38	560	+38
Weser, (Sondberg)	-27	0	-27	0	Rhein, (Main) 2. 1. 1.	287	+1	287	+1
Rega, (Sondberg)	106	-24	106	-24	Rhein, (Main) 3. 1. 1.	307	0	307	0
Elbe, (Rettmer)	17	-43	17	-43	Redar, (Spremb.)	115	-5	115	-5
Elbe, (Rettmer)	350	+12	350	+12	Wain, (Spremb.)	—	—	—	—
Elbe, (Rettmer)	293	+25	293	+25	Wolke, (Trier)	124	+7	124	+7

+) bedeutet Hoch, —) Niedrig. —) Unterpegel. —) höchster Wasserstand: 352 am am 9. um 1 Uhr nachts.

Nach langem, schwerem Leiden verchied am Sonnabend, den 10. Juli, mein lieber Mann und Vater, der Schneider **Gustav Lis.**
Im Namen der Hinterbliebenen:
Emma Lis, geb. Zähling
und **Lotho Friedrichstr. 210.**
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. Juli, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalemers Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstr. 84-90, aus statt.

Andreas-Festsäle
Andreasstraße 21, Tel.: VII. 12586.
Achtung! Vereine!
Im September und November sind je ein Sonntag frei gemeldet. — Ferner empfehle meine 30-1000 Personen fassenden Vereinszimmer u. Säle zu Versammlungen.
1895*
Herm. Borgmann.

Karl Kellers „Victoria-Garten“.
Wilmersdorf, Wilhelmsau 114/115.
Täglich Konzert.
Empfehle mein Etablissement zu Sommerfesten u. sonstig. Veranstaltg.

Karl Kellers Neue Philharmonie
Köpenicker Straße 96/97.
Täglich Konzert.
Empfehle meine aufs prächtigste renovierten Säle, 50 bis 2000 Personen fassend, zu sämtlichen Veranstaltungen.

Richters Volksgarten
Nordend, Blankenfelder Straße 20 18362*
empfehle mein Lokal mit Garten und Saal den verehrten Vereinen bei Beerdigungen und Auslägen. Gut gepflegte Biere und vorzügliches Speisen.
Tel. Amt Banlow 127. Zwei Regalbahnen.
E. Richter.

Sozialdemokratischer Wahlverein Weißensee.
Sonntag, 11. Juli 1909, in Backhaus' Volksgarten, Uckermarkstr. 6-9: 1873*
Großes Sommerfest
bestehend in **Konzert, Gesang, Vorträgen usw. usw.**
Um 2 Uhr: Großer Festzug durch den Ort ab Lindenplatz. Im Saale: **Gr. Ball.** Anfang des Konzerts 4 Uhr nachm. Die Kaffeeküche ist bis 6 Uhr geöffnet (Lit. 60 Pf.) Eintritt 20 Pf. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis

Erfrischend — Durststillend!
Die köstlichen, erfrischendsten Limonaden, Brause-Limonaden u. Frucht-Sirup-Extrakte, das volle Noa's Frucht-Sirup-Extrakte, natürliche Aroma reicher Früchte enthalten, vorzüglich in Himbeer, Kirsch, Erdbeere, Zitronen, Pfirsich, Waldmeister, Apfelsinen, Limette etc., Preis p. Fl. 50 Pf. zur Destillation von 4 Pf. Frucht-Sirup, monon sich das ganze Geschäft u. fertig auf nur 25 Pf. stellt. Vorzüglich zu Cremes, Spelsen, Puddings, Weißbier, Selters etc. Für Juckwasser geeignet, ergibt 1 Fl. Extrakt, Preis 50 Pf., 15 Pf. wunderbar erquickende Limonade. 1 Glas davon stellt sich auf nur 1 Pf., Brause-Limonade auf nur 3 Pf. d. 1/2 Literflasche.
Werte. Markt. 192 seit. Rezeptbuch 13. Auflage, Anleitung zur Bereitung von Kognak, Rum, allen echten Likören, Biere, Limonaden und Brausewässern, Selters etc. im Haushalt kostenlos.
Max Noa, Niederschönhausen, Treskowstr. 5.
Berlin, Elsasser Straße 5, 3. Haus vom Rosenthaler Tor.

Verfallene Betten
Stand schon für 9 Mark
in der Pfandleihe
Reinickendorfer Str. 19 jetzt gegenüber, Nr. 105.

Große Firma
verkauft durch Brinhand Decken jeder Art, Gardinen, Stores, Portieren, Wäsche, Bilder und Uhren. Ohne Anzahlung bei kleinen Monatsraten. 4638*
Keine Kasse. Offert. U. W. 100 an „Bormarts“ (Reption, Auguststr. 50.)
Königsberger Lotterie
Ziehung 15. Juli 1909.
3397 Gewinne im Werte von **50000 Mark.**
Lose a 1 M., 6 Lose 5.50 M. bei **Rixdorf, Berliner Silbergleit & Co., Straße 31.**

Teilzahlung
monatlich 10 M. kleine Herron-Gardorob nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Stage.
Kasse Bellefleurplatz.
Kasse 10/, billig.
Piano erster Herstellerfirma weit unter Wert sofort veräußert Franziscostraße 15, 1. r.
Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Deutschlands größtes Spezialgeschäft für **Bettfedern**
Erste Bettfedernfabr. m. eiekt. Betriebe
Gustav Lustig
BERLIN S. 390 Prinzestr. 46
berendet geg. Nachnahme garantiert neue und gut erhaltene, gut füllende Bettfedern p. St. 2. 0.50-1.00-1.25; prima Halbbaunen 1.75; Gäusefedern p. St. 2.00; prima weiche Gäusefedern 2.50-3.00-3.50-4.00-4.50-5.00-5.50-6.00-6.50-7.00-7.50-8.00-8.50-9.00-9.50-10.00-10.50-11.00-11.50-12.00-12.50-13.00-13.50-14.00-14.50-15.00-15.50-16.00-16.50-17.00-17.50-18.00-18.50-19.00-19.50-20.00-20.50-21.00-21.50-22.00-22.50-23.00-23.50-24.00-24.50-25.00-25.50-26.00-26.50-27.00-27.50-28.00-28.50-29.00-29.50-30.00-30.50-31.00-31.50-32.00-32.50-33.00-33.50-34.00-34.50-35.00-35.50-36.00-36.50-37.00-37.50-38.00-38.50-39.00-39.50-40.00-40.50-41.00-41.50-42.00-42.50-43.00-43.50-44.00-44.50-45.00-45.50-46.00-46.50-47.00-47.50-48.00-48.50-49.00-49.50-50.00-50.50-51.00-51.50-52.00-52.50-53.00-53.50-54.00-54.50-55.00-55.50-56.00-56.50-57.00-57.50-58.00-58.50-59.00-59.50-60.00-60.50-61.00-61.50-62.00-62.50-63.00-63.50-64.00-64.50-65.00-65.50-66.00-66.50-67.00-67.50-68.00-68.50-69.00-69.50-70.00-70.50-71.00-71.50-72.00-72.50-73.00-73.50-74.00-74.50-75.00-75.50-76.00-76.50-77.00-77.50-78.00-78.50-79.00-79.50-80.00-80.50-81.00-81.50-82.00-82.50-83.00-83.50-84.00-84.50-85.00-85.50-86.00-86.50-87.00-87.50-88.00-88.50-89.00-89.50-90.00-90.50-91.00-91.50-92.00-92.50-93.00-93.50-94.00-94.50-95.00-95.50-96.00-96.50-97.00-97.50-98.00-98.50-99.00-99.50-100.00-100.50-101.00-101.50-102.00-102.50-103.00-103.50-104.00-104.50-105.00-105.50-106.00-106.50-107.00-107.50-108.00-108.50-109.00-109.50-110.00-110.50-111.00-111.50-112.00-112.50-113.00-113.50-114.00-114.50-115.00-115.50-116.00-116.50-117.00-117.50-118.00-118.50-119.00-119.50-120.00-120.50-121.00-121.50-122.00-122.50-123.00-123.50-124.00-124.50-125.00-125.50-126.00-126.50-127.00-127.50-128.00-128.50-129.00-129.50-130.00-130.50-131.00-131.50-132.00-132.50-133.00-133.50-134.00-134.50-135.00-135.50-136.00-136.50-137.00-137.50-138.00-138.50-139.00-139.50-140.00-140.50-141.00-141.50-142.00-142.50-143.00-143.50-144.00-144.50-145.00-145.50-146.00-146.50-147.00-147.50-148.00-148.50-149.00-149.50-150.00-150.50-151.00-151.50-152.00-152.50-153.00-153.50-154.00-154.50-155.00-155.50-156.00-156.50-157.00-157.50-158.00-158.50-159.00-159.50-160.00-160.50-161.00-161.50-162.00-162.50-163.00-163.50-164.00-164.50-165.00-165.50-166.00-166.50-167.00-167.50-168.00-168.50-169.00-169.50-170.00-170.50-171.00-171.50-172.00-172.50-173.00-173.50-174.00-174.50-175.00-175.50-176.00-176.50-177.00-177.50-178.00-178.50-179.00-179.50-180.00-180.50-181.00-181.50-182.00-182.50-183.00-183.50-184.00-184.50-185.00-185.50-186.00-186.50-187.00-187.50-188.00-188.50-189.00-189.50-190.00-190.50-191.00-191.50-192.00-192.50-193.00-193.50-194.00-194.50-195.00-195.50-196.00-196.50-197.00-197.50-198.00-198.50-199.00-199.50-200.00-200.50-201.00-201.50-202.00-202.50-203.00-203.50-204.00-204.50-205.00-205.50-206.00-206.50-207.00-207.50-208.00-208.50-209.00-209.50-210.00-210.50-211.00-211.50-212.00-212.50-213.00-213.50-214.00-214.50-215.00-215.50-216.00-216.50-217.00-217.50-218.00-218.50-219.00-219.50-220.00-220.50-221.00-221.50-222.00-222.50-223.00-223.50-224.00-224.50-225.00-225.50-226.00-226.50-227.00-227.50-228.00-228.50-229.00-229.50-230.00-230.50-231.00-231.50-232.00-232.50-233.00-233.50-234.00-234.50-235.00-235.50-236.00-236.50-237.00-237.50-238.00-238.50-239.00-239.50-240.00-240.50-241.00-241.50-242.00-242.50-243.00-243.50-244.00-244.50-245.00-245.50-246.00-246.50-247.00-247.50-248.00-248.50-249.00-249.50-250.00-250.50-251.00-251.50-252.00-252.50-253.00-253.50-254.00-254.50-255.00-255.50-256.00-256.50-257.00-257.50-258.00-258.50-259.00-259.50-260.00-260.50-261.00-261.50-262.00-262.50-263.00-263.50-264.00-264.50-265.00-265.50-266.00-266.50-267.00-267.50-268.00-268.50-269.00-269.50-270.00-270.50-271.00-271.50-272.00-272.50-273.00-273.50-274.00-274.50-275.00-275.50-276.00-276.50-277.00-277.50-278.00-278.50-279.00-279.50-280.00-280.50-281.00-281.50-282.00-282.50-283.00-283.50-284.00-284.50-285.00-285.50-286.00-286.50-287.00-287.50-288.00-288.50-289.00-289.50-290.00-290.50-291.00-291.50-292.00-292.50-293.00-293.50-294.00-294.50-295.00-295.50-296.00-296.50-297.00-297.50-298.00-298.50-299.00-299.50-300.00-300.50-301.00-301.50-302.00-302.50-303.00-303.50-304.00-304.50-305.00-305.50-306.00-306.50-307.00-307.50-308.00-308.50-309.00-309.50-310.00-310.50-311.00-311.50-312.00-312.50-313.00-313.50-314.00-314.50-315.00-315.50-316.00-316.50-317.00-317.50-318.00-318.50-319.00-319.50-320.00-320.50-321.00-321.50-322.00-322.50-323.00-323.50-324.00-324.50-325.00-325.50-326.00-326.50-327.00-327.50-328.00-328.50-329.00-329.50-330.00-330.50-331.00-331.50-332.00-332.50-333.00-333.50-334.00-334.50-335.00-335.50-336.00-336.50-337.00-337.50-338.00-338.50-339.00-339.50-340.00-340.50-341.00-341.50-342.00-342.50-343.00-343.50-344.00-344.50-345.00-345.50-346.00-346.50-347.00-347.50-348.00-348.50-349.00-349.50-350.00-350.50-351.00-351.50-352.00-352.50-353.00-353.50-354.00-354.50-355.00-355.50-356.00-356.50-357.00-357.50-358.00-358.50-359.00-359.50-360.00-360.50-361.00-361.50-362.00-362.50-363.00-363.50-364.00-364.50-365.00-365.50-366.00-366.50-367.00-367.50-368.00-368.50-369.00-369.50-370.00-370.50-371.00-371.50-372.00-372.50-373.00-373.50-374.00-374.50-375.00-375.50-376.00-376.50-377.00-377.50-378.00-378.50-379.00-379.50-380.00-380.50-381.00-381.50-382.00-382.50-383.00-383.50

